

## epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,  
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd Dokumentation: Peter Bosse-Brekenfeld (verantw.)

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 22,30 Euro, jährlich 267,60 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt des Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: aboservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

# Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 19. Februar 2008

[www.epd.de](http://www.epd.de)

Nr. 8/9

## Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen

Auf der hier dokumentierten Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden) vom 2. bis 4. November 2007 ging es neben einer Analyse des wiederkehrenden Antisemitismus in Europa auch um den islamistischen Antisemitismus im Nahen Osten.

### Impressum

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH  
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,  
60439 Frankfurt am Main.  
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt

Direktor:  
Jörg Bollmann  
Verlagsleiter:  
Frank Hinte  
epd-Zentralredaktion:  
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:  
Verantwortlicher Redakteur  
Peter Bosse-Brekenfeld  
Tel.: (069) 58 098 -135  
Fax: (069) 58 098 -294  
E-Mail: [doku@epd.de](mailto:doku@epd.de)

Der Informationsdienst  
epd-Dokumentation dient der  
persönlichen Unterrichtung.  
Nachdruck nur mit Erlaubnis und  
unter Quellenangabe.

Druck: druckhaus köthen

## ■ Antisemitismus in Deutschland und Europa

»Der sich seit einigen Jahren vollziehende ‚Gezeitenwechsel‘ in Sachen Erinnerung dürfte die Vordenker der NPD zusätzlich in ihrem Handeln bestärken. In dem Maße, in dem die nationalsozialistische Diktatur und die daraus zu ziehenden »Lehren der Vergangenheit« ihre mahnende Kraft verlieren, entwickelt sich die NPD, vor allem im Osten Deutschlands, zu einer von immer breiteren Bevölkerungsschichten akzeptierten Stammwähler-Partei.

Rechtsextreme Jugendliche und junge Muslime kultivieren einen Hass, der in Deutschland jahrzehntelang für undenkbar gehalten wurde: Sie machen Jagd auf jüdische Mitschüler. Politische Appelle verhallen an vielen Schulen ungehört. »Jude« wird an vielen Schulen zum Modeschimpfwort.

Zudem hat der Nahostkonflikt einen großen Mobilisierungseffekt auf versteckte antisemitische Vorurteile. Antisemitismus zeigt sich u.a. in der Hasspropaganda im Internet, unter dem Deckmantel des Antizionismus, bei dem an Stelle ‚der Juden‘ nun ‚der

Staat Israel‘ tritt oder in drohenden und beleidigenden Briefen an Vertreter jüdischer Einrichtungen.

‚Jugendschutz Net‘, die zentrale Stelle für die Einhaltung des Jugendschutzes im Internet, habe in den vergangenen Monaten in mehr als hundert Fällen indiziert, zum Hass aufstachelnde Videos bei YouTube abgemahnt, ohne dass die Firma diese Filme aus ihrem Angebot herausgenommen hätte, berichtet »Report«.

Nach Einschätzung des Meinungsforschungsinstituts Forsa haben in Deutschland die Vorbehalte gegen Juden in den letzten fünf Jahren zugenommen. 23 Prozent der Deutschen vertreten latent antisemitische Ansichten. Dies sind drei Prozentpunkte mehr als noch vor fünf Jahren.

Auch 62 Jahre nach der Befreiung Deutschlands ‚ist Hitler geistig immer noch nicht geschlagen‘, so der Publizist Ralph Giordano. Und der Sozialwissenschaftler Harald Welzer, der das Thema der NS-Verbrechen in deutschen Familien behandelt hat, stellt fest, dass in deutschen Familien offenbar eine schleichende Umdeutung der Geschichte abläuft. Es besteht die Tendenz, Unangenehmes umzudeuten, bis hin zur Verdrehung

von Opfer- und Täterrollen. Und der Befund der Wochenzeitung DIE ZEIT lautet: ‚Das Ausmaß der rechten Gewalt wird verharmlost, mal aus politischem Interesse, mal aus Bequemlichkeit‘. Der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz erklärt in einem Interview: ‚Wir sind an einem Punkt angekommen, wo es kaum noch Hemmschwellen gibt.‘ Früher sei über Juden abwertend am Stammtisch gesprochen worden. ‚Heute haben die Leute keine Scheu davor, Juden in aller Öffentlichkeit zu diffamieren.‘ Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse ist der Überzeugung, dass autoritäre und antisemitische Einstellungen Teil des Alltagsbewusstseins vieler Menschen geworden ist. (...)

Und wie sieht es in Europa aus? Es gibt sie auch in Europa: die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten vom Schlage eines Le Pen oder Haider, die Nationalisten und Revisionisten wie Lepper oder Fini. Nichts wäre leichtfertiger, als sie zu einem Randphänomen herunterzuspielen. Überall in Europa, auch in den jungen Demokratien Osteuropas, haben sich die radikalen Rechten längst ihr (Stamm-) Plätzchen gesucht und treten mit fremdenfeindlicher und nationalistischer Rhetorik auf.«

*(Rudolf W. Sirsch, Seite 4 ff)*

---

## Quellen:

### Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen

Referate einer Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2.– 4.11.2007

**Aus dem Inhalt:****»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen« /  
Einführung und Grußworte**

---

- ▶ Rudolf W. Sirsch:  
»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen / Einführung« 4
- ▶ Martin Dulig:  
»Grußwort zur Tagung ‚Rechtsextremismus und Antisemitismus  
in Deutschland und Polen‘« 7
- ▶ Dr. Hans-Wilhelm Pietz:  
»Von hilfreicher Differenzierung und gelingender Begegnung / Grußwort« 8

**Beiträge zur Tagung**

---

- ▶ Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke:  
»Zur Entwicklung des Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland« 10
- ▶ Dr. Georg M. Hafner:  
»Antisemitismus in den Medien« 17
- ▶ Dr. Norman Geißler, Oliver Decker und Elmar Brähler:  
»Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2006 –  
ein Phänomen vom Rand zur Mitte« 26
- ▶ Dr. Andreas Zick und Beate Küpper:  
»Alten Mythen auf neuen Umwegen – Facetten des Antisemitismus« 36
- ▶ Prof. Dr. Karol Sauerland:  
»Zur Entwicklung des Antisemitismus im heutigen Polen« 40
- ▶ Dr. Juliane Wetzel:  
»Antisemitismus in Europa – Herausforderungen an die Staatengemeinschaft« 48
- ▶ Dr. Matthias Küntzel:  
»Hitlers Vermächtnis: Der islamische Antisemitismus im Nahen Osten« 54
- ▶ Dr. Wahied Wahdat-Hagh:  
»Islamistischer Antisemitismus als ein Merkmal des neuen Totalitarismus« 63

**Autorenverzeichnis**

---

- ▶ Die Autoren und Autorinnen 74

## Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen / Einführung

Von Rudolf W. Sirsch

**»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007**

In den zurückliegenden Wochen und Monaten häuften sich verstärkt Angriffe auf Menschen, die nicht in das Weltbild Rechtsextremer passen. Ereignisse wie in Halberstadt, wo acht Schläger eine Gruppe junger Schauspieler zusammengeslagen und schwer verletzt haben oder die ausländerfeindlichen Exzesse wie im sächsischen Mügeln oder im rheinlandpfälzischen Guntersblum werfen erneut die Frage auf, wie gewalttätig die Rechtsextremisten sind und wie der Staat und die Zivilbevölkerung sich dazu verhalten.

Ein Blick auf den Rechtsextremismus der Gegenwart zeigt: Er hat sich modernisiert und verjüngt, und damit haben die politisch motivierten Straftaten dramatisch zugenommen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat im Frühjahr 2006 dazu alarmierende Zahlen geliefert: Im Jahr 2005 wurden 15.361 rechtsextreme Straftaten in Deutschland erfasst. Damit stieg ihre Zahl um 27,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Rechtsradikalismus tritt seit der Wiedervereinigung Deutschlands immer stärker in den Vordergrund und fordert die Demokratie heraus.

Seit etwa zwanzig Jahren hat sich die Vielfalt an Parteien und Gruppen im politischen Spektrum der extremen Rechten stark ausdifferenziert. Ihre Akteure, ihr politisches Profil, die Organisationsformen, die sozialen und politischen Praxen und ihre jeweiligen Kommunikationsstrategien, mit denen sie in die Öffentlichkeit treten, haben sich verändert.

»Die Schwelle, die NPD zu wählen, ist für viele im Osten offenbar niedriger als im Westen«, sagt Heinz Fromm, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Sie sympathisieren mit der Idee der »revolutionären Umwälzung des Systems« und dem Parteiprogramm der NPD mit dem Titel »sozial geht nur national«.

Fast 40 gewaltbereite Kameradschaften gibt es allein in Sachsen. Gewalt gegen Fremde und An-

dersdenkende gehört in diesen Gruppierungen zum festen Ritual von Abendstunden und Wochenenden. Nach außen sind sie moderat und engagiert in Fußballvereinen und Freiwilligen Feuerwehren, im Verborgenen brutal gegen die Feinde.

Gewaltbereite Jugendliche werden durch den Einsatz bei Störtrupps und Rollkommandos eingebunden, während sich lokal angesehene, als seriös geltende Persönlichkeiten unterdessen der rechtskonservativen, von der Politik enttäuschten Klientel annehmen und ihr rassistisch-antisemitisches Weltbild verbreiten.

Wer die Augen vor der Wirklichkeit nicht verschließt, erkennt einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und der Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern aber auch in den anderen Bundesländern: Rechtsextreme Gruppierungen und insbesondere die NPD wandeln Profil und Strategie, um sich in der Mitte der Gesellschaft festzusetzen. »Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einbeziehen« so lautet die Parole der ausländerfeindlichen Integrationsgegner. Vielerorts gehört es mittlerweile zum guten Ton, rechtsextreme Haltung durch passives Wegsehen oder durch augenzwinkernde Zustimmung zu fördern.

Der sich seit einigen Jahren vollziehende »Gezeitenwechsel« in Sachen Erinnerung dürfte die Vordenker der NPD zusätzlich in ihrem Handeln bestärken. In dem Maße, in dem die nationalsozialistische Diktatur und die daraus zu ziehenden »Lehren der Vergangenheit« ihre mahnende Kraft verlieren, entwickelt sich die NPD, vor allem im Osten Deutschlands, zu einer von immer breiteren Bevölkerungsschichten akzeptierten Stammwähler-Partei.

Rechtsextreme Jugendliche und junge Muslime kultivieren einen Hass, der in Deutschland jahrzehntelang für undenkbar gehalten wurde: Sie machen Jagd auf jüdische Mitschüler. Politische Appelle verhallen an vielen Schulen ungehört. »Jude« wird an vielen Schulen zum Modeschimpfwort.

Zudem hat der Nahostkonflikt einen großen Mobilisierungseffekt auf versteckte antisemitische Vorurteile. Antisemitismus zeigt sich u.a. in der Hasspropaganda im Internet, unter dem Deckmantel des Antizionismus, bei dem an Stel-

le »der Juden« nun »der Staat Israel« tritt oder in drohenden und beleidigenden Briefen an Vertreter jüdischer Einrichtungen.

»Jugendschutz Net«, die zentrale Stelle für die Einhaltung des Jugendschutzes im Internet, habe in den vergangenen Monaten in mehr als hundert Fällen indizierte, zum Hass aufstachelnde Videos bei YouTube abgemahnt, ohne dass die Firma diese Filme aus ihrem Angebot herausgenommen hätte, berichtet »Report«.

Nach Einschätzung des Meinungsforschungsinstituts Forsa haben in Deutschland die Vorbehalte gegen Juden in den letzten fünf Jahren zugenommen. 23 Prozent der Deutschen vertreten latent antisemitische Ansichten. Dies sind drei Prozentpunkte mehr als noch vor fünf Jahren.

Auch 62 Jahre nach der Befreiung Deutschlands »ist Hitler geistig immer noch nicht geschlagen«, so der Publizist Ralph Giordano. Und der Sozialwissenschaftler Harald Welzer, der das Thema der NS-Verbrechen in deutschen Familien behandelt hat, stellt fest, dass in deutschen Familien offenbar eine schleichende Umdeutung der Geschichte abläuft. Es besteht die Tendenz, Unangenehmes umzudeuten, bis hin zur Verdrehung von Opfer- und Täterrollen. Und der Befund der Wochenzeitung DIE ZEIT lautet: »Das Ausmaß der rechten Gewalt wird verharmlost, mal aus politischem Interesse, mal aus Bequemlichkeit«. Der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz erklärt in einem Interview: »Wir sind an einem Punkt angekommen, wo es kaum noch Hemmschwellen gibt.« Früher sei über Juden abwertend am Stammtisch gesprochen worden. »Heute haben die Leute keine Scheu davor, Juden in aller Öffentlichkeit zu diffamieren.« Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse ist der Überzeugung, dass autoritäre und antisemitische Einstellungen Teil des Alltagsbewusstseins vieler Menschen geworden ist.

In einem Interview erwähnte Wilhelm Heitmeyer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, »dass die Älteren zum Teil feindseligere Einstellungen haben als die Jüngeren. Aber die Jüngeren bringen die Gewalt ins Spiel. Und dann wird plötzlich die Gesellschaft kurzzeitig nervös. Aber gleichzeitig pflanzen sich diese Mentalitäten immer weiter fort durch die Eltern und Großeltern. Doch um die Älteren kümmert sich kaum jemand, die Gegenstrategien beschränken sich in der Regel auf Jugendprogramme. Dadurch wird der Kreislauf nicht unterbrochen.«

Rechtsextremes Gedankengut ist nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland quer durch alle Bevölkerungsschichten und Generationen zu finden. »Auffällig sind besonders der Wunsch nach Diktatur und starker Führung sowie das rechtsextreme Integrationspotential der Volksparteien.«

**» Nach Einschätzung des Meinungsforschungsinstituts Forsa haben in Deutschland die Vorbehalte gegen Juden in den letzten fünf Jahren zugenommen. 23 Prozent der Deutschen vertreten latent antisemitische Ansichten. Dies sind drei Prozentpunkte mehr als noch vor fünf Jahren.**

Und wie sieht es in Europa aus? Es gibt sie auch in Europa: die Rechtsextremisten und Rechtspopulisten vom Schlage eines Le Pen oder Haider, die Nationalisten und Revisionisten wie Lepper oder Fini. Nichts wäre leichtfertiger, als sie zu einem Randphänomen herunterzuspielen. Überall in Europa, auch in den jungen Demokratien Osteuropas, haben sich die radikalen Rechten längst ihr (Stamm-) Plätzchen gesucht und treten mit fremdenfeindlicher und nationalistischer Rhetorik auf.

In Belgien und Frankreich gehören die extreme Rechte längst zum politischen Establishment, in Dänemark, Italien, Österreich und seit einigen Jahren auch in Polen sitzen Rechtspopulisten sogar in der Regierung. Es wird von einer wachsenden Szene gewalttätiger rechter Gruppen und Skinheads in Osteuropa berichtet. Nationalistische Rhetorik und das ethnische Konzept der Nation sind in den neuen Mitgliedsstaaten der EU weit verbreitet.

Und mehr noch: Nie zuvor waren populistische Parteien so zahlreich im Europa-Parlament vertreten wie heute. Nach dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum 1. Januar 2007 hatte die rechte Parlamentariergruppe die notwendige Anzahl von 20 Mitgliedern aus sieben Ländern zusammen und beantragten die offizielle Bildung einer neuen Fraktion.

Der Vizepräsident der EU-Kommission, Franco Frattini beklagt vor diesem Hintergrund einen zunehmenden Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in einzelnen Staaten der EU, dazu gehöre auch Deutschland.

Zu Recht weisen die Vertreter der 55 Mitgliedsstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Berliner Deklaration darauf hin, dass der Antisemitismus

neue Formen und Ausdrucksweisen angenommen habe und stelle zusammen mit anderen Formen der Intoleranz eine Bedrohung der Demokratie, der Werte der Zivilisation und der gemeinsamen Sicherheit dar.

Daher gilt gerade auch im Alltag, Gesicht zu zeigen, überall dort, wo Gesichtslosigkeit – sei es in Form von Gleichgültigkeit oder gar Bösartigkeit – vorherrscht, wo Hinsehen und handeln, statt Wegsehen und Flüchten gefordert sind: in der U-Bahn, auf der Straße, bei einer Party, in Schule und Beruf sowie gewiss auch in der eigenen Familie.

Zivilcourage muss von jedem Einzelnen ausgehen, aber damit sie wirkt, muss sie von vielen gleichzeitig praktiziert werden. Wir brauchen daher eine stärkere Kultur des Hinschauens und des Miteinanders.

### Die Beiträge der Tagungsdokumentation

**Karl Sauerland** schlägt in seinem Beitrag einen Bogen von der letzten großen Antisemitismusdebatte in Polen, die Jan Tomasz Gross mit seinem Buch »Nachbarn« entfachte und die die antisemitischen Pogrome unmittelbar nach Ende der Kriegshandlungen thematisierte, bis hin zu den Anträgen auf Rückgabe jüdischen Gemeindeeigentums und die damit einhergehenden Schwierigkeiten.

**Georg M. Hafner** beschreibt in seinem Beitrag eine Vielzahl von Beispielen, die Anlass geben, dass die Medien tendenziös einseitig berichten. So wird die deutsche Öffentlichkeit von tendenziös berichtenden Nachrichtenagenturen »mit scheinbar harmlosen Worten« etwa mit Zusätzen nach dem Muster »Hardliner« Sharon oder mit der seit langem in der Sache widerlegten Formel von einer »Provokation Sharons auf dem Tempelberg« sowie mit »fragwürdigen Ministatistiken« über palästinensische und israelische Totenzahlen gezielt zu Judenhass, falschem Mitleid und Parteinahme gedrängt. »Auch auf einer eindrucksvollen Tabelle schwerer Terroranschläge der letzten Jahre seit dem 11. September, einer »Chronologie« oder einem »best of«, die der Stern veröffentlichte, fehlte Israel komplett. Alle Anschläge gegen die Zivilbevölkerung in Israel fallen damit unter den Tisch«.

**Hans-Gerd Jaschke** führt in seinem Beitrag sowohl historische und ideengeschichtliche Hintergründe, wie die Klassiker des Altkonservatismus und die Deutschkonservative Partei, ein Vorläufer

der Deutschnationalen Volkspartei, die monarchistisch, religiös, antisozialistisch aber auch antisemitisch agierte, als auch die politischen Richtungen des modernen Rechtsextremismus auf, um die Entwicklung des Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland zu verdeutlichen. Auch Grundmuster der Prävention und Repression im Umgang mit Rechtsextremismus werden von ihm dargestellt.

**Juliane Wetzel** gibt in ihrem Beitrag zunächst einen Überblick über den Antisemitismus in Europa, in dem die Hauptvertreter des vergangenheitsbezogenen Antisemitismus in Europa vom extrem rechten bis hinein ins konservative Lager zu finden sind. Sie bedienen sich eines nahostbezogenen Antisemitismus, dies trifft auch auf die Akteure aus dem linken und dem islamistischen Spektrum zu. In einem zweiten Schritt geht sie auf die Konferenzen der OSZE-Mitgliedsstaaten ein, die das Thema Antisemitismus nur als »Teil einer generellen gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit Diskriminierung von Minderheiten betrachtet«. Zuletzt stellt sie in ihrem Beitrag das lange verharmloste Thema des Antisemitismus in den muslimischen Communities in Deutschland vor.

**Norman Geißler** stellt das rechtsextreme Gedankengut quer durch alle Bevölkerungsschichten und Generationen in Deutschland vor. Auffällig sind besonders der Wunsch nach Diktatur und starker Führung sowie das rechtsextreme Integrationspotential der Volksparteien und der Gewerkschaften.

**Wahied Wahdad** erläutert den islamischen Antisemitismus am Beispiel vom Iran. Der Terror gegen Israel, aber auch die Anschläge in London und Madrid, werden in der islamistischen Perspektive mit den Kämpfen Mohammads verglichen. Dabei geht es um die Ideologie der islamischen Weltherrschaft. Eine Tatsache, die weit über das Palästina-Israel-Problem hinausgeht. Der Jude, der Israeli erscheint in der arabischen Welt und bei den iranischen Khomeinisten als der Hauptrepräsentant der Moderne. Seine These ist, »dass der Antizionismus und die antijüdische Haltung geradezu die logische Konsequenz des islamischen Fundamentalismus und eine Konsequenz der fundamentalistischen Gegenmoderne ist«.

**Matthias Küntzel** erläutert den islamischen Antisemitismus anhand einiger Beispiele, wie El Hussein, der zwischen 1941 und 1945 von Berlin aus die muslimischen SS-Divisionen betreute.

Es war El Husseini, der den Antisemitismus christlicher Prägung in die Sprache der Muslime übersetzte und damit einen »islamischen Antisemitismus« schuf. Der Satellitensender der Hizbollah, Al Manar, der in der arabisch-islamischen Welt Millionen von Menschen erreicht, »hat aus den Protokollen der Weisen von Zion – Hitlers Leitfaden für den Holocaust – eine Soap Opera gemacht, die das Phantasma der jüdischen Weltverschwörung neu inszeniert: Juden hätten beide Weltkriege ausgelöst, Juden hätten die Chemiewaffen erfunden, Juden hätten Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben zerstört: Kurzum: Juden hätten nichts als Tod und Verderben über die Menschheit gebracht«.

**Andreas Zick** zeigt, dass sich der Antisemitismus immer wieder entfalten kann, indem er in neue Gewänder gekleidet wird. Mit dem Aufleben des Israel-Palästina-Konflikts hat der Antisemitismus eine weitere Ausdrucksform gefunden. Der Antisemitismus bedient sich zunehmend neben offener Hetze subtilen Diffamierungen, die an Einstellungspotentiale in der Bevölkerung anknüpfen. »Dazu gehören sowohl beiläufige Verweise auf die jüdische Herkunft öffentlicher Personen als auch antisemitische Stereotypen oder Verschwörungstheorien. Ebenso lassen sich Facetten des Antisemitismus hinzurechnen, die über den Umweg einer Kritik an Israel kommuniziert werden, sowie Formen, die mit der Unterstellung von Vorteilsnahme aus dem Holocaust verbunden werden und mit einer Täter-Opfer-Umkehr operieren«.

## Grußwort zur Tagung »Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland und Polen«

*Von Martin Dulig*

**»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007**

Zunächst möchte ich mich für Einladung zu dieser Tagung herzlich bedanken. Ich bin sehr gerne gekommen, weil mich das Thema Rechtsextremismus schon seit langem am Herzen liegt und ich der Überzeugung bin, dass die Probleme, die es in Sachsen mit Rechtsextremismus gibt, immer wieder offen angesprochen werden müssen. Wer beschönigt oder wegsieht trägt dazu bei, dass sich der Rechtsextremismus umso ungehinderter ausbreiten kann.

Denn davon, dass die Sachsen immun gegen Rechtsextremismus sind, wie von Kurt Biedenkopf noch im Jahr 2000 behauptet, kann keine Rede sein. Rechtsextreme, besonders die NPD, haben jahrelang ungehindert Strukturen aufgebaut, Kader geschult und Bündnisse mit den freien Kameradschaften geschmiedet. Die Landtagswahl 2004 hat dann nur bewiesen, dass diese Strategie auf der parlamentarischen Ebene erfolgreich war. Mit 9,8 % wurde mit der NPD eine sich antikapitalistisch und sozialrevolutionär gebende Partei in den Landtag gewählt, die stramm rechtsextreme Positionen vertritt. Das war vielleicht für Kurt Biedenkopf eine Überra-

schung, aber nicht für die Menschen, die sich schon jahrelang im Kampf gegen Rechtsextremismus engagiert haben.

Mein Thema ist heute aber nicht die NPD. Ihre Abgeordneten sitzen im Landtag und können dort ihre Hasstiraden gegen Ausländer, die EU und die demokratischen Parteien loslassen. Natürlich müssen wir im Parlament entschieden gegen die NPD vorgehen und tun das auch. Aber eine tatsächliche Gefahr für die Demokratie ist die NPD im sächsischen Landtag nicht. Sie ist eher ein Symptom dafür, dass es ein grundlegendes Misstrauen gegen die Politik gibt. Viele Menschen fühlen sich von den aktuellen Entwicklungen überfordert und finden bei den demokratischen Parteien zu wenig Antworten.

Mich interessiert deshalb mehr, was den Erfolg der NPD in Sachsen möglich gemacht hat, was der Humus ist, auf dem ihre Wählerstimmen wachsen. Denn ich bin der Überzeugung, dass der Erfolg der NPD nur Ausdruck für Probleme ist, die viel tiefer sitzen und die mit der Verfasstheit von Staat und Gesellschaft in Sachsen zu tun haben.

Ich kann hier nicht alle Probleme nennen, möchte aber auf drei Entwicklungen hinweisen, die mir große Sorgen bereiten.

1. In Sachsen fehlt eine »Kultur des Widerspruchs« gegen rassistische und ausländer-

feindliche Tendenzen. Ein Rechtsextremer kann hier offen seine Meinung sagen, weil seinen Sprüchen zu wenige in die Parade fahren. Hier sind Rechtsextreme im Sportverein oder der Feuerwehr in das öffentliche Leben eingebunden und treten dort auch mit ihren kruden Überzeugungen an die Öffentlichkeit. Zu oft bleiben diese Meinungen unwidersprochen, zu oft werden sie als Lappalie abgetan und nicht ernst genommen.

2. Die Demokratie wird als ein System verstanden, in dem scheinbar auch rechtsextreme Parolen vom Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt werden. Dafür, dass diese Freiheit von den Grenzen des Grundgesetzes beschränkt wird und dass rechtsextreme Propaganda diese Grenze oft überschreitet, ist kein Bewusstsein vorhanden. Deshalb werden rechtsextreme Meinungen in der Bevölkerung als normal, eben als Teil des demokratischen Spektrums, wahrgenommen.
3. Immer mehr Menschen, die ihren Wertvorstellungen nach eigentlich rechtsextrem denken,

rechnen sich selbst der politischen Mitte zu. Sie nehmen ihre Positionen als normal und sich selbst als Teil der Mehrheit war, die genauso denkt. Hier findet eine schleichende Verschiebung der gesellschaftlichen Koordinaten von rechts in die Mitte statt, zu der die Politik durch Diskussionen zum Beispiel zur Verschärfung des Asylrechts selbst beiträgt. Stück für Stück werden rechtsextreme Wertvorstellungen damit gesellschaftlich hoffähig.

Gegen diese Entwicklungen müssen wir uns wehren. Dafür ist ein Bewusstsein über die Werte notwendig, die es zu verteidigen gilt. Toleranz, Offenheit und Demokratie machen unsere Gesellschaft aus. Dabei kann niemand seine Verantwortung delegieren. Nicht die Polizei, die Lehrer oder der Staat sind dafür zuständig, sondern jeder Einzelne in seinem persönlichen Umfeld. Die Demokratie braucht im Alltag überzeugte Demokraten, die ein ums andere Mal für die Werte und das Menschenbild unserer Gesellschaft eintreten. **D**

## Von hilfreicher Differenzierung und gelingender Begegnung / Grußwort

Von Regionalbischof Dr. Hans-Wilhelm Pietz

**»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007**

*»O Mensch,  
warum will dir die Welt zu enge werden?  
Du willst sie allein haben,  
und hättest du sie,  
so hättest du doch nicht Raum.  
Ach Mensch, o Mensch,  
warum tanzest du doch mit dem Teufel,  
der dein Feind ist?  
Wie gehst du so sicher?  
Siehst du nicht,  
wie hoch und gefährlich du gehst?  
Du tanzest zwischen Himmel und Hölle!«*

So, sehr geehrte Damen und Herren, hat es vor 400 Jahren hier in Görlitz Jakob Böhme formuliert. Er wusste, was eintritt, wenn Menschen die Welt alleine haben wollen. Er ahnte, in welche

Höllen wir geraten, wenn alles dem Zugriff des Menschen anheimfällt, wenn zumal das Recht des anderen dem menschlichen Zugriff ausgeliefert wird. Jakob Böhme war ja einer, der in so besonderer Weise von der bedrohten Freiheit des Menschen zu reden hatte.

Dass der andere und das andere nicht Ursache von Bedrohung und Infragestellung des eigenen Daseins, sondern Grund von Bereicherung und Miteinander sind, das stand ihm vor Augen. Das sah der Schuhmacher und Gottsucher von Görlitz in der Tiefe der Schöpfung und in der Weite der Welt. Dazu stand er in der Stadt, die da am Beginn des 17. Jahrhunderts so voller Umbrüche und Verunsicherungen war. Im Zusammensein des Unterschiedlichen, im Miteinander der Verschiedenen entdeckte er eine Antwort auf die Fragen eines Zeitalters, dem die scheinbar so selbstverständliche Einheit verloren gegangen war.

Wer sich das nahe kommen lässt, entdeckt bald, dass Ihre Tagung zum Thema »Antisemitismus

und Rechtsradikalismus in Deutschland und Polen« einen besonderen Bezug zu unserer Stadt hat: Da ist die herausfordernde Prägung der Europastadt Görlitz / Zgorzelec, in der die Chancen des zusammengewachsenen Europa so deutlich zu spüren sind und in wenigen Wochen mit dem Wegfall der Grenzkontrollen an der Neiße noch deutlicher zu erfahren sein werden. Da sind die Hoffnungen von Menschen, die aus so unterschiedlichen Erfahrungen und kulturellen Bezügen heraus einen gemeinsamen Weg gestalten. Da sind aber auch die Beunruhigungen und Ängste, die in der Begegnung mit dem Anderen und Fremden aufbrechen.

Man weiß hier darum. Und wir wissen auch darum, wie schnell solche Ängste und Beunruhigungen instrumentalisiert werden können. Der alte und der neue Antisemitismus und Rechtsradikalismus greifen auf sie zurück – in dem Willen und Wollen die Welt alleine zu haben.

Wie wichtig dagegen konkrete Begegnung, eigene Erfahrung und die Atmosphäre einer Bildung sind, die sich vom Anderssein des Anderen anziehen lässt, das ist hier in Görlitz seit den Tagen Jakob Böhmes präsent. Und es war ein Glücksfall für unsere Stadt, dass nach der politischen Wende der Jahre 1989/90 hier eine im besten Sinne grenzübergreifende Bildungs- und Begegnungsarbeit einen guten Platz fand. Zumal das Evangelische Bildungswerk und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit haben zur Gestaltung dieser Arbeit in den vergangenen 15 Jahren

wichtige Beiträge leisten können. Der deutsch-polnische Dialog und das christlich-jüdische Gespräch sind durch sie nachhaltig gefördert worden. So konnte etwa bei der wichtigen Tagung des Jahres 1994 über »Antisemitismus in Deutschland und Polen« auf die Bedeutung des jüdischen Beitrags zum deutsch-polnischen Dialog hingewiesen und ein Schritt zur Stärkung dieser Dimension getan werden. Und eine Vielzahl von Begegnungen, Exkursionen und Diskursen hat Junge und Altgewordene, Menschen aus Deutschland und aus Polen in Beziehung miteinander gebracht.

Wenn im Laufe dieser Tagung sicher nicht nur einmal deutlich gemacht werden wird, wie wichtig eine differenzierte und die Bedeutung von notwendiger und hilfreicher Differenzierung erfahrbar machende Bildungsarbeit zur Überwindung von Antisemitismus und Rechtsradikalismus ist, dann ist das gewiss der angemessene Weg zur Würdigung der 15 Jahre, durch die hier nun die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Görlitz wirken konnte. Ich möchte meinerseits für diese Arbeit und alle guten Beiträge dazu Dank sagen.

»Ach Mensch, o Mensch« – so konnte Jakob Böhme rufen: im Wissen um die Bedrohtheit der menschlichen Freiheit und im Staunen über das, was ihr möglich ist. »Ach Mensch, o Mensch« – prägnanter lässt es sich wohl kaum formulieren, was gefährliche Verkürzungen und Ideologien aufhalten und überwinden kann. D

# Zur Entwicklung des Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland

Von Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke

»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007

## Vorbemerkung

Die folgenden Ausführungen greifen Überlegungen auf, die ich kürzlich andernorts vorgestellt habe (Jaschke 2006). Entscheidende Punkte bei der Analyse der Entwicklung von Antisemitismus und Rechtsextremismus sind ein historischer Zugang, der die Ausbreitung dieser Phänomene als Ergebnis der Industrialisierung und Modernisierung Ende des 19. Jahrhunderts begreift. Auf diese Zusammenhänge wird zunächst eingegangen. Es folgen dann einige Thesen zur Struktur- und Ideologienbildung des Rechtsextremismus, die sich hauptsächlich auf die ideologisch-programmatische und die organisatorische Ausdifferenzierung beziehen.

## Historische und ideengeschichtliche Hintergründe

Die Klassiker des Altkonservatismus, Louis de Bonald, Joseph de Maistre, Edmund Burke, lehnten Kapitalismus und Demokratie ab. Sie kämpften für Hierarchie und Adel, für den Vorrang des Kollektivs oder des Staates gegenüber dem einzelnen im Rahmen einer christlichen Gesellschaftsordnung. De Bonald und de Maistre verteidigten die göttliche Ordnung des Mittelalters gegen die Unordnung der Revolution. Sie sahen in der Aufklärung und in den liberalen Ideen den sündigen Versuch, das Göttliche in allem menschlichen Tun zu zerstören und das natürliche Band zwischen den Menschen und Gott zu zerstören. Burke misstraute der Einsicht und der Vernunft des einzelnen und setzte auf die althergebrachten Ordnungen und die Kraft des Staates. Die Altkonservativen begreifen Gesellschaft als göttlich inspirierte Gemeinschaft. Die neuen Entwicklungen des industriellen Kapitalismus und der demokratisch-republikanischen Bestrebungen sehen sie als Zersetzung einer gottgewollten organischen Ganzheit.

Der Konservatismus des 19. Jahrhunderts lebt von der Beschwörung der Tradition, romantischer Verklärung des Landvolks, des Militärs und der hierarchischen, angeblich natürlichen Ordnung der Dinge. Er wurde wesentlich getragen von der Klasse der Besitzenden. Diese Beobachtung ist deshalb von Bedeutung, weil mit den zeitgleich sich formierenden sozialistischen Bewegungen auch die Eigentumsverhältnisse infrage gestellt wurden. In Deutschland waren es vor allem Großgrundbesitzer, Militärs und die Spitzen der Verwaltung, die offen waren für die konservativen Ideen und die sich für den Erhalt der in ihren Augen bewährten ständischen Ordnung einsetzten, aber auch für die traditionellen Institutionen zur Sicherung der Eigentumsverhältnisse. So gesehen war der Konservatismus nicht nur eine traditionalistische, in der Verwurzelung in früheren Lebensverhältnissen verankerte Überzeugung, sondern auch Abwehr gegen Besitz- und Partizipationsansprüche der neuen sozialen Klassen.

Die 1876 als Sammlung unterschiedlicher konservativer Gruppierungen gegründete Deutschkonservative Partei, ein Vorläufer der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) der Weimarer Republik, war die beherrschende Kraft im preußischen Abgeordnetenhaus. Ihre soziale Basis war vor allem der Großgrundbesitz, aber auch andere mittelständische Gruppen. Sie war monarchistisch, religiös, antisozialistisch, aber auch antisemitisch. Beeinflusst durch den antisemitischen Hofprediger Adolf Stöcker beklagt sie in ihrem Programm von 1892 den »zersetzenden jüdischen Einfluss«. Spätere rechtsextremistische Politik kann an solchen Punkten ansetzen und damit auch im konservativen politischen Spektrum Bündnispartner gewinnen.

Die jahrhundertealten antisemitischen Vorurteile und Pogrome waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts politisch und »wissenschaftlich« begründet worden und entstanden im Zuge der Kritik am Rationalismus der Wissenschaften und an der industriellen Fortschrittsidee. Die bekanntesten Verfechter in dieser Zeit sind Arthur Gobineau, der 1853 eine dreibändige Studie über »Die Ungleichheit der Rassen« vorlegte und Houston Stewart Chamberlain, der in seinem 1899 erschienenen Buch über die Grundlagen des 19. Jahrhunderts die Geschichte als Kampf der Ras-

sen darstellte und alle kulturellen Leistungen nur der arischen Rasse vorbehalten wollte. Dieser intellektuell begründete Rassismus des 19. Jahrhunderts war Wegbereiter des Nationalsozialismus und findet sich wieder in der Propaganda des Dritten Reiches, aber er hat auch den deutschen Konservatismus vor 1945 stark beeinflusst. Zusammen mit dem Ende des 19. Jahrhundert stärker werdenden Nationalismus und völkischen Ideen sind Antisemitismus und Rassismus sowohl Versuchungen für das bürgerlich-konservative Lager als auch Bruchlinien und Ansätze zur Abspaltung des rechtsextremistischen Denkens vom konservativen.

“ **Die jahrhundertealten antisemitischen Vorurteile und Pogrome waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts politisch und »wissenschaftlich« begründet worden und entstanden im Zuge der Kritik am Rationalismus der Wissenschaften und an der industriellen Fortschrittsidee.**

Im deutschen Kaiserreich wandelt sich der Antisemitismus. Waren bis dahin Ausschreitungen und Agitation auf der Basis von Vorurteilen das bestimmende Element, entwickelten sich nun Ansätze der systematischen Organisation. Parteien und Interessengruppen greifen ihn auf und verbinden ihn mit politischen Programmen. Judentum wurde gleichgesetzt mit Kapitalismus und Liberalismus, der Bund der Landwirte und der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband taten sich besonders hervor in antisemitischer Agitation.

Auch die »kleinen Leute« sahen sich bedroht durch neue gesellschaftliche Entwicklungen. Europa- und weltweit ist das Ende des 19. Jahrhunderts eine Zeit der Völkerwanderung vom Land in die Städte, von agrarisch geprägten armen Ländern in reichere Industriestaaten. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit vermischten sich mit konservativen Ideologien zu einer Mixtur der Xenophobie. 1891 wurde der »Allgemeine Deutsche Verband«, die »Alldutschen« gegründet, ein Interessenverband zur Abwehr der Einwanderung insbesondere polnischer Arbeiter und zur Erhaltung der deutschen Kultur. Völkisches, nationalistisches, antisemitisches Denken bildet von da an eine schwer greifbare geistige Unterströmung, die den Konservatismus begleitet, sich aber erst später, bei Gründung der NSDAP, von ihm wirklich löst. »Der Kitt dieser Bewegungen waren«, wie Hobsbawm notiert (1995: 155), »die Ressentiments des ‚kleinen Mannes‘ in einer Gesellschaft, in derer sich zwischen den Mühlsteinen des

Großunternehmertums und der aufstrebenden Arbeiterbewegung zermalmt fühlte«. Doch auch Teile des Bürgertums revoltierten. Im Übergang zum 20. Jahrhundert bildete die Bewegung der Lebensreform und der Jugendbewegung ein Konglomerat unterschiedlicher Ideen, von dem auch der Nationalismus, völkische und rassistische Strömungen bedient wurden und nicht zuletzt die Idee der Volksgemeinschaft, die später zur zentralen Ideologie des Nationalsozialismus wurde.

Die antisemitische und rassistische Radikalisierung des deutschen Konservatismus wurde wesentlich vorangetrieben durch eine weitere bedeutende geistesgeschichtliche Strömung: den Nationalismus. Die deutsche Nationalbewegung war zwischen 1750 und 1850 von Philosophen, Schriftstellern und anderen Intellektuellen immer wieder beschworen worden. Die Auserwähltheit des deutschen Volkes, seine historische Mission und auch die Forderung nach einer geeinten deutschen Nation gehörten zu den Forderungen der Nationalbewegung. Der Theologe Friedrich Schleiermacher, der Philosoph Johann Gottlob Fichte, der »Turnvater Friedrich Ludwig Jahn und andere sangen das Lied von der großen deutschen Nation. Paul de Lagarde kämpfte für eine neue deutsche Religion aus Mystik und Rasse, Julius Langbehn forderte die nationale Wiedergeburt aus einer neuen deutschen Jugend (Vgl. Stern 2005). Nach der von Bismarck betriebenen Reichsgründung 1875 wurde der Nationalismus aggressiver und drängte auf Expansion, aber auch nach Exklusion der nicht-deutschen Elemente aus dem Reich. Hier waren Verbindungslinien zum Antisemitismus und Rassismus. Hans-Ulrich Wehler hat auf die geistige Unterwanderung des Konservatismus durch diese Spielart des Nationalismus hingewiesen: »Aber dieses radikale Exklusionsdenken, das sich durchaus als Spielart des Reichsnationalismus mit seinem Ideal der purifizierten Nation entpuppte, fraß sich dennoch heimlich in die konservativen Parteien und Verbände, in das akademische Milieu, in die damalige rechtliberale Mitte immer tiefer ein« (Wehler 2001:78).

Die Gründung rechtsextremistischer Gruppen nach dem Ersten Weltkrieg, zumal der NSDAP 1920, war angesichts der Lage, und das heißt eines antisemitischen und nationalistisch durchtränkten Konservatismus nur noch folgerichtig. Umgekehrt aber ist die Entstehung des Rechtsextremismus im Deutschland der zwanziger Jahre ohne die Wandlungen des Konservatismus, ohne seine offenen Flanken gegenüber dem Antisemitismus und dem aggressiven Nationalismus, nicht

denkbar. Die rechtsextremistischen Gruppen nach 1918/1919, von denen die NSDAP sich schließlich durchsetzte, radikalisierten konservative Ideen, die lange vorher schon entwickelt worden waren.

### **Programmatik und politische Richtungen des modernen Rechtsextremismus**

Im Gegensatz zur extremen Linken kennt der Rechtsextremismus kaum Programmdebatten und inhaltlichen Kontroversen. Seine gedankliche Struktur ist sehr viel stärker Religion, Glaubensbekenntnis und Weltanschauung. Mythen wie Natur, Volk, Nation, Heimat, Blut und Boden werden als »ewige« Wahrheiten betrachtet, die man nicht diskutiert, sondern an die man glaubt. Der Rechtsextremismus im Nachkriegsdeutschland setzt ideenpolitisch an der extremen Rechten der Weimarer Republik an. Nazistische und deutschnationale Töne überwiegen, auch das Gedankengebäude der konservativen Revolution wird rezipiert. Betrachtet man mehr als fünfzig Jahre Nachkriegsentwicklung, so kann man einige zentrale Punkte benennen, die den Kern des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland ausmachen.

**„ Im Gegensatz zur extremen Linken kennt der Rechtsextremismus kaum Programmdebatten und inhaltlichen Kontroversen. Seine gedankliche Struktur ist sehr viel stärker Religion, Glaubensbekenntnis und Weltanschauung.**

– Der Reichs-Mythos spielt eine zentrale Rolle: die Annahme, es gebe ein Deutsches Reich, das durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges verstümmelt worden sei und das in seinen Grenzen von 1937 wiederhergestellt werden müsse. Dieser Mythos, fern jeder realpolitischen Denkbareit, findet sich bis heute in den Schriften und Köpfen des organisierten Rechtsextremismus.

– Der Geschichts-Revisionismus, der die Ehre der deutschen Soldaten in den Schmutz gezogen sieht, die Frage deutscher Schuld offensiv abwertet und die guten Seiten des Dritten Reiches betont. Gleichzeitig entstanden schon in den fünfziger Jahren erste Versuche, die Geschichte umzuschreiben und die Verbrechen des Nationalsozialismus zu leugnen. Autoren wie David Hoggan, David Irving und Zeitungen wie die »National-Zeitung« betrieben und betreiben das Geschäft der Umschreibung deutscher Geschichte.

– Die Dekadenz-Theorie, die vom sittlichen Verfall von Kultur und Gesellschaft nach 1945, besonders aber nach 1968, ausgeht. Familie, Kultur, Moral und bürgerliche Tugenden sind demnach überfremdet durch amerikanischen Kulturimperialismus und südeuropäisch-afrikanisch-asiatische Zuwanderer. Daraus lassen sich vielfältige Verschwörungstheorien konstruieren, denen zufolge amerikanische oder israelische oder sonstige Mächte das Geschehen in Deutschland bestimmen.

– Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, die sich aus der Tradition des organisch-biologischen Denkens heraus entwickeln, die Gesellschaft als Volkskörper betrachten, aus dem das Fremde auszumerzen ist. Rassismus als politische Theorie verbindet sich periodisch immer wieder mit xenophoben Stimmungen in der Bevölkerung, im Ergebnis entsteht so Gewalt gegen Fremde.

– Demokratie- und Parlamentarismuskritik, die sich aus den Wurzeln einer organischen Demokratie-Auffassung speist. Sie geht davon aus, dass der Stärkere sich durchsetzt, Autorität gewinnt und so mit dem Volk eins ist. Es ist das nationalsozialistisch gedeutete Führerprinzip, das in der Demokratie- und Parlamentarismuskritik der extremen Rechten immer wieder deutlich wird.

Über Jahrzehnte hinweg haben diese Auffassungen in unterschiedlicher Gewichtung das Weltbild des Rechtsextremismus geprägt. Dabei lassen sich verschiedene Strömungen nachzeichnen.

– Der parteienförmige Rechtsextremismus. SRP, NPD, DVU und Republikaner haben zeitweise durchaus bescheidene Wahlerfolge erzielen können. So etwa die SRP 1952, die NPD im Zeitraum 1966 bis 1969, die Republikaner Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre. War die SRP noch offen nazistisch, versuchten später NPD und DVU aus einer Mischung von deutschnationalen und gemäßigt rechtsextremistischen Positionen Stimmen zu gewinnen. Besonders den Republikanern gelang unter ihrem Vorsitzenden Schönhuber eine rechtspopulistische Agitation, die Haider in Österreich und Le Pen in Frankreich ähnelte und die versuchte, Ressentiments der Bevölkerung gegen die Zuwanderung eine Stimme zu geben. Seit Ende der neunziger Jahre ist die NPD offen für Bündnisse im gesamten rechtsextremistischen Spektrum.

– Die intellektuelle Neue Rechte. Sie greift Ideen der Weimarer Konservativen Revolution auf. Im Zentrum steht die Kulturkritik an den Ideen von 1789, am liberalen Zeitgeist und an sozialisti-

schen Ideen. Die Neue Rechte versteht sich als elitäre Avantgarde, als Think Tank, beeinflusst von der französischen Nouvelle Droite. Sie agiert in Form von Tagungen, kleinen Zirkeln, Zeitschriftenprojekten und sie hat ihre Basis in Burschenschaften an Hochschulen, in Redaktionen von Zeitungen wie »Junge Freiheit« und im Brückenspektrum zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus (Gessenharter 2002).

– Der militante Rechtsextremismus wurzelt im Umkreis der rechten Skinheads, an den Grenzreichen zum organisierten Rechtsextremismus und in den freien Kameradschaften. Gewalt von rechts gab es zuerst Ende der sechziger Jahre im Umfeld des NPD-Ordnerdienstes, in den siebziger Jahren erstmals nennenswert in jugendlichen Subkulturen und seit den neunziger Jahren im Skinhead-Umfeld, wobei deren Musik, illegale Konzerte und damit kulturelle Ausdrucksformen eine herausragende Rolle spielen. Nicht nur das, sie stützen sich inzwischen auf eine etablierte subkulturelle Ökonomie der Musik-Vermarktung (Flad 2006).

Der organisierte Rechtsextremismus entwickelt sich nach 1945 in mehreren Phasen. Die »Ewiggestrigen« ehemaligen NSDAP-Mitglieder und Deutschnationalen sammelten sich zunächst in der SRP, der Deutschen Reichs-Partei (DRP) und Verbänden der ehemaligen Wehrmachtssoldaten. Nach dem Verbot der SRP 1952 und dem Damoklesschwert weiterer Verbote zogen sie sich zurück in eher unverdächtige, weniger öffentlich bekannte kulturelle Organisationen wie dem Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes.

Der politische Druck auf den organisierten Rechtsextremismus führte zu einer Zersplitterung der Szene und zu einer Konzentration auf öffentlich wenig auffällige Aktionsformen. Das NS-Gedankengut wurde konserviert in kleinen kulturellen Zirkeln wie dem betulichen Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes oder der Gesellschaft für freie Publizistik, und in Zeitschriften wie Nation Europa. Hier fanden die Dichter und Denker des Nationalsozialismus ihre Anhänger und Verehrer im Verborgenen, bei den Lippoldsberger Dichtertagen oder auch den öffentlich wenig beachteten Sonnenwendfeiern. Hier betrieben NS-Literaten wie Hans Grimm oder Hans Venatier Traditionspflege für Ewig-Gestrige, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit der Wirtschaftswunder-Gesellschaft mit ihrer an Politik wenig interessierten »Ohne-mich«-Mentalität. Das politische und gesellschaftliche Ghetto solcher Positionen wurden von den Akteuren gerechtfertigt vom Glauben an die künftige Elite, an die besseren

Deutschen. Ihre Aktivitäten waren natürlich noch eng verbunden mit den biografischen Erfahrungen des noch nicht lange zurückliegenden Nationalsozialismus. Die rechtsextreme Szene der fünfziger Jahre agierte bewusst im gesellschaftlichen Abseits und entwickelte dort subkulturelle Verhaltensstile. Lebenspraktische Orientierungen, subjektive Wertsetzungen, Sprachregelungen, Feerrituale, soziale Beziehungsmuster und Umgangsformen stifteten einen gemeinsamen Lebenszusammenhang, der das gesamte rechte Lager zusammenhielt im kollektiven Selbstverständnis des Wartens auf bessere Zeiten.

Erst 1964 führten die Bemühungen der versprengten Rechten, eine schlagkräftige Sammlungsbewegung von rechts zu gründen, zum Erfolg. Die Nationaldemokratische Partei (NPD) wurde zur erfolgreichsten rechtsextremen Partei in der Bundesrepublik. Sie saß bis 1969 in sieben Länderparlamenten und scheiterte bei der Bundestagswahl 1969 nur knapp mit 4,3 Prozent. Sie bot sich als traditionsbewahrende national-konservative Gegenströmung zur revoltierenden Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre und als Alternative zur CDU/CSU, die in eben jenen Jahren eine Große Koalition mit der SPD eingegangen war und von vielen Konservativen des Verrats ihrer Ideale bezichtigt wurde. Die Niederlage der NPD bei der Bundestagswahl 1969 und das anschließende parlamentarische Aus auch bei den folgenden Landtagswahlen schien all denen recht zu geben, die Rechtsextremismus für ein Problem der Kriegsgeneration hielten, das sich mit fortschreitender Zeit von selbst erledigen würde.

In den siebziger Jahren vollzieht sich in Westdeutschland ein grundlegender Strukturwandel des organisierten Rechtsextremismus. Generationswechsel, Provokation und Militanz sind die Stichworte. Jüngere, in der Nachkriegszeit Geborene drängen nach vorne. In der NPD und anderen Organisationen geraten die Alten unter Druck, die Jüngeren wollen eine radikale Reform der Programmatik. Die Aktion Neue Rechte, national-revolutionäre Gruppen an den Hochschulen und andere, zumeist um kleine Zeitschriften gruppierte Strömungen nehmen sich die französische Neue Rechte, die Nouvelle Droite zum Vorbild und starten den Kampf um die Köpfe. Die Rechte will theorie- und programmfähig werden, rechtsgerichtete Schüler- und Jugendzeitschriften expandieren. Ernst Jünger, Moeller van den Bruck und andere Vertreter der Konservativen Revolution der zwanziger Jahre werden gelesen und diskutiert, die Neue Rechte orientiert sich am Muster der Neuen Linken. Es geht um die Kritik am

»american way of life«, am Kapitalismus, die nationale Revolution soll Deutschland und Europa wieder auf die alteuropäischen, vorrevolutionären Entwicklungspfade bringen. In Deutschland operieren die kleinen Gruppen der Neuen Rechten letztlich ohne größere Erfolge, sieht man von kleinen Projekten, wie etwa der Wochenzeitung Junge Freiheit ab, die sich als Gegengründung zur Tageszeitung (taz) versteht.

Folgenreicher sind die Provokationen der jungen Neonazis um Michael Kühnen und Christian Worch. Vor allem Kühnens Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) betreibt geschickte Öffentlichkeitsarbeit. Kühnen erklärt in der Rhetorik und im Gestus junger Intellektueller die Gaskammern zur Erfindung der Siegermächte und proklamiert die nationalsozialistische Revolution. Die westdeutsche Öffentlichkeit hatte lange Jahre, begleitet vom »Wirtschaftswunder«, geringer Arbeitslosigkeit und steigenden Einkommen, den Rechtsextremismus zum Randproblem ewiggestriger Alt-Nazis erklärt und damit das Problem verdrängt. Nun aber war es eine neue Generation der Zwanzig- und Dreißigjährigen, die unter Bedingungen einer lange anhaltenden Krise des Arbeitsmarktes und verminderter Lebenschancen Jugendlicher nach der Ölkrise 1973/74 an den Zielen der NSDAP festhielten und durch spektakuläre Aufmärsche auf einen wunden Punkt der demokratischen Entwicklung in Westdeutschland hinwiesen.

Der Strukturwandel des organisierten Rechtsextremismus erhärtete die Annahme, dass die Rechtsaußen-Parteien NPD und DVU, eine Vielzahl neonazistischer Kleingruppen und ebenso viele sonstige Vereinigungen eine abseitige, aber auch etablierte Randströmung des politischen Spektrums geworden waren. Die außerhalb der rechtsextremen Kernströmung 1984 erfolgte Gründung der Republikaner ergänzte dieses Bild von einer anderen Seite: Aus der konservativen Mitte heraus, in der bayerischen CSU hatte sich Protest entzündet an der Ostpolitik der Partei. Drei CSU-Abtrünnige gründeten die Republikaner, ihr Zugpferd Franz Schönhuber konnte mit populistischen Parolen süddeutsche Wirtshäuser füllen und die Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus verwischen.

Die Republikaner galten zu Beginn der neunziger Jahre als aussichtsreichste Partei Rechtsaußen, der auch längerfristig parlamentarische Erfolge zugetraut wurden. Maßgeblich für diese Einschätzung waren der wesentlich von Franz Schönhuber geprägte populistische Politikstil, die

Attraktivität der Partei bei Arbeiter- und kleinbürgerlichen Wählern und das internationale Umfeld erfolgreicher rechtspopulistischer Parteien in Frankreich, Österreich und Italien. Es gelang den Republikanern eine zeitlang, das Asylthema wählerwirksam zu instrumentalisieren und die Sehnsüchte der Stammtische zu bedienen. Sie schienen in der Lage, das diffuse rechte Protestpotential längerfristig zu bündeln und ihm einen parlamentarischen Ausdruck zu verleihen. Ihre Themen zielten in die Mitte der Gesellschaft: Weltweite Armutswanderungen wurden wirkungsvoll als »Überfremdung« der Deutschen durch Ausländer artikuliert. Der Vertrauensverlust der Institutionen und weitreichende Individualisierungsprozesse der Gesellschaft wurden übersetzt in autoritär-populistische Konzeptionen der inneren Sicherheit, in Probleme von Recht und Ordnung.

Überdies kamen die Republikaner nicht aus dem weitverzweigten rechtsextremen Netzwerk, sondern sie entstanden aus einer Abspaltung aus der CSU. Auftrieb erhielten sie von Konservativen im Grenzbereich zwischen rechts und rechtsextrem, die mit dem Ausbleiben der von Kohl versprochenen »geistig-politischen Wende« unzufrieden waren und diese Wende jetzt einforderten. Dieser bürgerlich-oppositionelle Herkunftsrahmen schien eine Garantie zu sein für eine wirksame Protestpartei jenseits des rechtsextremen Stigmas. Zwar stießen seit 1985 einige Funktionäre zu den Republikanern, die zuvor bei rechtsextremen Organisationen tätig waren, allen voran Harald Neubauer, zuvor lange Jahre bei NPD und DVU und die rechte Hand des DVU-Chefs Gerhard Frey. Doch diese braunen Tupfer beeinträchtigten das nationalkonservative populistische Image der Republikaner nicht allzu sehr, zumal Schönhuber sich als geschickter Stratege und Redner erwies, der die Wirtshäuser und Festzelte der bayerischen Provinz problemlos füllen konnte. Zwischen 1989 und 1992 hatte die Partei beachtliche Wahlerfolge, in Baden-Württemberg war sie zwei Legislaturperioden im Landtag vertreten, die Landtagswahlen im März 2001 bedeuteten jedoch das parlamentarische Aus in ihrem stärksten Bundesland.

Decker (2004) hat überzeugend dargelegt, dass der Aufstieg des Rechtspopulismus kein genuin deutsches, sondern ein internationales Phänomen ist. In Italien, Frankreich, Österreich und Skandinavien war er zumindest zeitweilig besonders erfolgreich. Decker führt dies auf situative Gelegenheitsstrukturen zurück, aber auch auf veränderte nachindustrielle Konfliktstrukturen. Demnach stehen nicht mehr in gewohntem Ausmaß Verteilungskonflikte im Zentrum, sondern Kon-

flikte um Kultur und Kulturen. Hier setzt der Rechtspopulismus an und bietet einfache Antworten auf Gefühle der Überfremdung und der kulturellen Fremdheit. Man könnte aber auch anfügen, dass Rechtsextremismus aus seinem Scheitern in der Nachkriegszeit gelernt hat und dabei ist, neue Formen der Programmatik und der Agitation zu entwickeln, wobei der Rechtspopulismus gewiss noch nicht das letzte Wort ist.

Die deutsche Vereinigung 1989/90 hat eine weitere Veränderung der Struktur des Rechtsextremismus zur Folge. Westdeutsche Organisationen versuchen, im Osten Fuß zu fassen und treffen dort auf eine Mentalität, der es an demokratischen Erfahrungen fehlt. Mehr als zehn Jahre nach der Vereinigung sind rechtsextreme Parteien im Osten noch immer schwach, aber das rechte Gewaltpotential entwickelt sich dennoch überwiegend in den neuen Ländern. »Im Ergebnis«, schreibt Peter Reif-Spirek (2000: 28), »führt dies zu einer rechten Alltagskultur, in der die alltägliche Diskriminierung von Fremden und Anderen (keineswegs nur durch gewalttätige Übergriffe militanter Cliques) überhaupt nicht mehr als Problem wahrgenommen wird, sondern als normal und berechtigt gilt. Die sozialräumlichen Positionsgewinne der Rechten sind bereits so gravierend, dass zahlreiche Gegenden im Osten als 'No-go-areas' für Minderheiten eingeschätzt werden müssen«.

“ **Der Vormarsch der rechten Skins bringt eine Seite des Rechtsextremismus zum Vorschein, die über Jahrzehnte eher verdeckt in den verborgenen Randzonen des Rechtsextremismus fortlebte: Politische Ästhetik.**

Eine besondere Rolle spielt dabei die rechte Skinhead-Szene. Sie entwickelte sich als zunächst unpolitische jugendliche Subkultur in Westdeutschland in Anlehnung an britische Vorbilder in den siebziger Jahren. Wenige Jahre später versuchte die Neonazi-Szene, Skin-Gruppen zu infiltrieren und zu politisieren. Auch in der damaligen DDR entwickelte sich eine Skinhead-Szene. Nach dem Fall der Mauer wurde sie politisiert und hatte großen Zulauf, die neuen Bundesländer wurden Schwerpunkte ihrer Aktivitäten. Eine maßgebliche Rolle spielt hierbei die Expansion der Skinhead-Musik und ihre Rolle als Ideologisierung-, Integrations- und Mobilisierungsfaktor. Die rechte Skinhead-Szene heute ist im Zusammenhang der Entwicklung des Rechtsextremismus eine ambivalente Erscheinung: Sie ist Teil des deutschen Rechtsextremismus, aber auch

jugendliche Subkultur. Sie trägt zur kulturellen Modernisierung des Rechtsextremismus bei, indem sie neue, moderne Musikstile propagiert.

Antibürgerliche Gruppen-Identität, subkulturelles Bewusstsein, kompromissloses fremdenfeindliches Denken, jugendspezifisches »Outfit« und eine Dynamik von Aktionen, die von oben stigmatisiert und verfolgt werden, machen die rechten Skins zu einer kleinen, subkulturellen Minderheit, die deutliche Züge einer sozialen Bewegung annimmt und ihrerseits Bewegungselemente in den Protest von rechts einbringt. Das Lebensgefühl der Skins zehrt von einem Selbstbild, das, wie es Brück für die neuen Bundesländer beschrieben hat, formiert ist »nach den Maßstäben des Daseinskampfes, d.h. sich Behaupten und Durchsetzen, Gewaltanwendung als soziale Technik, Unberechenbarkeit im Sozialverhalten (bedingt auch durch eine Eigendynamik in den Gruppen), Desillusionierung als Erfahrungswert der bisherigen Biografie« (Brück 1991:164). Rechte Skinheads sind gruppenspezifisch hoch aktiv, dennoch aber kaum überörtlich vernetzt im Sinne hierarchischer traditioneller Organisations- oder Vereinsstrukturen. Überregionale Kommunikationsstrukturen gewährleisten die Skin-Bands, die »Fanzines« und die Internet-Kommunikation.

Der Vormarsch der rechten Skins bringt eine Seite des Rechtsextremismus zum Vorschein, die über Jahrzehnte eher verdeckt in den verborgenen Randzonen des Rechtsextremismus fortlebte: Politische Ästhetik. Die Propaganda der NSDAP vor 1933 brachte in Plakaten, Liedern, Aufmärschen und Parteitag ein Lebensgefühl zum Ausdruck, nämlich den Hass auf die Weimarer Verhältnisse. Der Mythos des heldischen, nordischen SA-Mannes, voller Kampf- und Opferbereitschaft, der das Leitbild der NS-Propaganda war, erscheint heute in anderen Symbolzusammenhängen in der Figur des rechten Skinheads. Das Keltenkreuz, das Totenkopfsymbol der SS und Heldenbilder kämpfender Wehrmachtssoldaten gehören zum »Outfit« der »Nazi-Skins«. Lieder wie »Söldner« (von »Störkraft«), »Rotfront verrecke« (von »Volkszorn«) oder »Kanaken« (von »Endsieg«) verweisen aggressiv auf diesen historischen Zusammenhang, ebenso Zeitschriften-Titel wie »Nahkampf«, »Schlachtruf« und »Nordwind«. In Texten und Liedern wird ein Kult der Gewalt und des Hasses zum Ausdruck gebracht, der ästhetisch verklausuliert in ein Lebensgefühl transformiert wird. Ueltzhöffer hat diesen Zusammenhang wie folgt beschrieben:

»Vor der politischen steht für viele Skins die ästhetische Identität. Die maskuline Gewalt-Ästhetik, die sie dabei entfalten, ist eine Mischung aus nordischem Helden-Antlitz (das gemeinsame Erkennungszeichen ist das sogenannte 'Keltenkreuz') und Rambo-Kult. Die Gewalt-Ästhetik der Skins darf aber nicht als lediglich stilistisches Attribut verstanden werden, sie ist sinnstiftender Inhalt und politische Programmatik zugleich. Wir haben also Anlass, den bisherigen wissenschaftlichen Erklärungsmustern zur Entstehung von Rechtsextremismus eine sozialästhetische Theorie anzufügen« (Ueltzhöffer: 1993).

Im Unterschied zur NSDAP ist die Skin-Gewalt freilich nicht ein politisches Mittel zum Kampf um die Macht. Die Gewalt-Ästhetik heute scheint vielmehr Selbstzweck. Sie ist expressiv, verkörpert einen gesellschaftlich verachteten Stil und verdankt ihre Wirkung gerade der lautstarken Ausgrenzung durch die Mehrheitskultur. Rechte Skins sind in kurzer Zeit aufgrund ihres »Outfits«, ihrer Vulgärsprache und ihrer Gewaltbereitschaft zu einem von den Medien sorgsam gepflegten innenpolitischen Feindbild geworden. Ohne die breite Zuwendung von Justiz, Medien und Sozialarbeit wäre das Skin-Phänomen kaum denkbar. Die Angst der Skins vor sozialen Bindungsverlusten und vor versperrten persönlichen und beruflichen Perspektiven spiegelt sich in eigentümlicher Weise in der Angst einer Gesellschaft, die die Gewalt von rechts doch selbst mit hervorgebracht hat.

## Literatur

**Brück, Wolfgang**, *Skinheads vor und nach der Wende in der DDR*, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.), *Minderheiten – Störpotential oder Chance für eine friedliche Gesellschaft?* Baden-Baden 1991, S. 163-174

**Decker, Frank**, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*, Opladen 2004

**Flad, Henning**, *Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene – Die Bedeutung des Handels mit Musik*, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006, S. 102-115

**Gessenharter, Wolfgang**, *Intellektuelle Strömungen und Vordenker in der deutschen neuen radikalen Rechten*, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsradikalismus*, Opladen 2002, S. 189-202

**Hobsbawm, Eric**, *Das Zeitalter der Extreme*, München/Wien 1995

**Janke, Hans-Gerd**, *Politischer Extremismus*, Wiesbaden 2006

**Reif-Spirek, Peter**, *Der Rechtsextremismus und das Sommerloch*, in: *Journal der Jugendkulturen* Heft 3/2000, S. 27-36

**Stern, Fritz**, *Kulturpessimismus als politische Gefahr – Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*, Stuttgart 2005 (zuerst 1953)

**Ueltzhöffer, Jörg**, »Wir sollten in Zukunft von Menschenfeindlichkeit reden«. *Zu Gewalt und Rechtsextremismus in Deutschland*, in: *Frankfurter Rundschau* 16.3.1993, S. 10

**Wehler, Hans-Ulrich**, *Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 2001



## Antisemitismus in den Medien

Von Dr. Georg M. Hafner

**»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007**

Vielleicht machen wir erst einmal ein Fragezeichen dahinter. Antisemiten in deutschen Redaktionsstuben? Das herauszufinden ist nämlich einigermaßen schwierig, aber es lohnt sich. Auch wenn erst einmal jeder und jederzeit, egal welche Blödheit er verzapft, für sich in Anspruch nehmen wird, alles zu sein, nur kein Antisemit.

Der Kölner Radiomoderator Manes Meckenstock zum Beispiel: Er hatte jüngst in seiner Radio-Show »Kuckuck« bei einem privaten Lokalsender über die Viva-Moderatorin Gülcan Karahanci gewitzelt: *»Wenn ich Gülcan sehe, dann bedaure ich, dass es die Nürnberger Rassengesetze nicht mehr gibt.«*

Natürlich ist er kein Antisemit, aber er denkt wie einer.

Oder Eva Hermann, ehemalige Tagesschau-Frontfrau, und ihr unsägliches Geplapper von den guten Familien-Werten aus der Nazizeit, die die bösen 68-er zerdebber hätten. Nein, auch sie ist keine Antisemiten, aber sie denkt wie eine.

Jeder, der ertappt wird, sagt: ich doch nicht! Das verwundert insofern, als sich jeder Zweite in Deutschland ansonsten ganz gerne antisemitisch äußert. Weil er zum Beispiel der Auffassung ist: *»dass sich das Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern grundsätzlich nicht von dem der Nazis im Dritten Reich gegenüber den Juden unterscheidet.«*<sup>1</sup>

Das denkt und sagt die Hälfte aller Deutschen, jedenfalls nach einer Studie der Universität Bielefeld. Sind wir damit dem Antisemitismus auf der Spur?

Ja, sagt die Untersuchung: wer die Vernichtung der Juden unter den Nazis mit der Politik Israels gegenüber den Palästinensern auf eine Ebene stellt, und das ist eine ganze Menge von Zeitgenossen, verhält sich antisemitisch.

Ist damit also auch der Bischof von Eichstätt, Gregor Maria Hanke, ein Antisemit?

Immerhin kam er die Situation der Palästinenser in Ramallah mit der Situation der Juden im Warschauer Ghetto zu vergleichen. Und das, nachdem er morgens in Jad Vashem Bilder aus dem Warschauer Ghetto gesehen hatte, also durchaus wusste, was er womit verglich. Erst nach einem Protestbrief des Direktors von Jad Vashem ging der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, auf deutliche Distanz zum Ausfall seines Amtsbruders.

Bleibt trotzdem die Frage, wie ein zweifellos gelehrter Kirchenmann auf einen derartig abwegigen Vergleich kommt. Entweder hat er »alles vergessen oder nichts gelernt und moralisch versagt«, meinte der damalige israelische Botschafter in der Bundesrepublik, Shimon Stein.

Die Untersuchung der Universität Bielefeld unter der Leitung des renommierten Forschers Heitmeyer nennt weitere Definitionskriterien für Antisemitismus.

Ein Antisemit ist danach auch wer:

- Israel das Existenzrecht aberkennt oder das Recht des Landes auf Selbstverteidigung
- Israel mit anderen Maßstäben beurteilt als andere Länder
- wer Vorurteile gegenüber Juden hat oder gegenüber dem Staat Israel
- oder wer Juden allgemein für die israelische Politik in Haftung nimmt.

Eine klare und übersichtliche Mängelliste, für die sich nahezu täglich Beispiele finden lassen – auch und gerade bei Journalisten.

Aber die Verstöße kommen oft so beiläufig und häufig unbewusst daher, dass wir uns meistens scheuen, gleich »Haltet den Antisemiten« zu rufen. Stattdessen beanspruchen die etappten Kolleginnen und Kollegen mildernde Umstände, war doch nicht so gemeint und wir schrecken zurück, weil das, was wir lesen und hören und sehen uns so vertraut und alltäglich vorkommt, weil wir es kennen, und weil es den Gedanken und Meinungen so vieler Leser, Hörer und Zuschauer durchaus entspricht.

Grundsätzlich gilt, dass viele Zuschauer oder Leser auf der Suche nach der Bestätigung für vorgefasste Meinungen sind und wir Journalisten uns als Bildbeschaffer verstehen für die Bilder im Kopf – auch die eigenen.

„ **Jeder, der ertappt wird, sagt: ich doch nicht! Das verwundert insofern, als sich jeder Zweite in Deutschland ansonsten ganz gerne antisemitisch äußert. Weil er zum Beispiel der Auffassung ist: »dass sich das Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern grundsätzlich nicht von dem der Nazis im Dritten Reich gegenüber den Juden unterscheidet**

Selten tritt dieser Mechanismus, diese Wechselwirkung, so offen zutage wie im Nahostkonflikt. Und selten sind Journalisten so willig dabei, diese Rolle zu spielen, weil sie vielfach übereinstimmt mit der eigenen Haltung. Dass diese nicht antisemitisch ist, lässt man sich am besten durch prominente Juden, noch besser Israelis bestätigen, z.B. durch Uri Avnery. Der Umstand, dass seine Familie im Holocaust ermordet wurde und er selbst, als Helmut Ostermann in Westfalen geboren ist, nach wie vor fließend Deutsch spricht, erleichtert die Sache. Da spielt es dann auch keine Rolle mehr, wie mehrheitsfähig Avnery in der Friedensbewegung in Israel selbst ist.

Als in Palästina gewählt wurde, 2006, schlugen alle demokratisch gestimmten Herzen hoch. Freie Wahlen! Ein Hoffnungsschimmer für das palästinensische Volk.

Aber die Wahl ging gründlich schief: Demokratisch gewählt wurden nämlich erklärte Antidemokraten, die die Demokratie zum Teufel wünschen, die Terroristen der Hamas.

Das hinderte den schwedischen Premierminister und die spanische Außenministerin nicht daran, in der »Financial Times« zu schreiben, die Demokratie habe bei den Palästinensern gesiegt und die Welt solle jetzt endlich aufhören, Israel als einzige Demokratie in der Region zu zelebrieren. Etwas voreilig, denn was die Hamas unter Demokratie versteht, hat sie gleich nach der Wahl gezeigt: sie schaffte das Verfassungsgericht kurzerhand ab. Das war nur ein Vorgeschmack auf das, was noch kommen sollte. Nach innen, wie nach außen.

Nach außen steht die Vernichtung Israels an erster Stelle. Da lässt die Charta der Hamas nicht den geringsten Zweifel: »Israel existiert und wird weiter existieren, bis der Islam es ausgelöscht hat,

*so wie er schon andere Länder vorher ausgelöscht hat.«* Schon der offizielle Briefkopf der Hamas zeigt, was ihre Führer wollen: Eine Landkarte ganz Palästinas, ohne Israel.

Natürlich kann man sagen, die arabische Sprache ist besonders blumig. Aber diese koloniale Arroganz des Westens infantilisiert eine ganze Region. Das ist gefährlich und das macht blind. Die Hisbollah, die Hamas, der Iran samt seines Führungspersonals wird in der Berichterstattung oft behandelt, als hätte Israel es »mit einer Jungensbande zu tun, die es auf ärgerliche Klingelscherze, aber nicht auf die Vernichtung Israels abgesehen hat«, wie Katharina Rutschky das neulich so treffend in der TAZ beschrieben hat.<sup>2</sup>

Makaber, aber so geschehen: Auf einer Nahostkarte, die der EKD-Bischof Wolfgang Huber vergangenes Jahr bei einer Pressekonferenz an Journalisten austeilte, fehlte Israel. Syrien, Jordanien und ein Staat namens »Sinai« waren dort eingetragen, auch den Gazastreifen und die Westbank gab es und die »von Israel besetzten« Golanhöhen. Nur Israel nicht. Möglicherweise sei der Name Israels »beim Kopieren der Karte heraus gefallen«, entschuldigte sich der Pressesprecher der EKD. Hier wurde schon das gedruckt, was die Hamas im Schilde führt: die Auslöschung des Staates Israel.

Nun kann man einwenden, die Charta der Hamas habe ausgedient, ein altes Papier aus der Zeit als die Hamas eben noch keine Regierungsverantwortung hatte, wie Parteiprogramme, die erst langsam entrümpelt werden müssen.

Das ist aber spätestens seit der blutigen Übernahme des Gaza-Streifens passé. Die Hamas hält den trostlosen Küstenstreifen im Würgegriff und ihre Bewohner in einer Art Geiselhaft: eine kürzlich veröffentlichte Umfrage unter Palästinensern zeigt: 73% lehnen die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen ab<sup>3</sup>. Bei Neuwahlen würde die Hamas einen deutlichen Denkwort bekommen: die Hamas könnte nur noch 31% der Stimmen auf sich vereinigen. Es sind die Menschen, die den Putsch der Hamas hautnah miterlebt haben. Sie haben gesehen, wie Fatahanhänger vom 15. Stock eines Hochhauses gestoßen wurden, sie haben gesehen, wie die Gegner der Hamas nackt durch Gaza-City getrieben und dann in den Dünen exekutiert wurden, sie haben gesehen, wie alte Frauen und kleine Kinder niedergemetzelt wurden, weil sie in einem Haus des Gegners waren.

Gleichzeitig glauben wir unverdrossen und verzweifelt an das Gute im Bösen. Bereitwillig fallen wir herein auf eine raffinierte Medienkampagne der arabischen Welt, hinterfragen oft auch aus reinem Zeitmangel nicht, was Al Dschasira liefert und was nicht. Wie hat man sich das vorzustellen, wenn wir hören und dann sehen: Bin Laden hat eine neue Videobotschaft verbreitet? Kommt ein Kurier im Studio vorbei und liefert das Band ab? Kommt es per Post? Per Nachnahme? Nimmt der Hausmeister es entgegen?

Ich bin weit davon entfernt, bösen Willen zu unterstellen, wenn diese Fragen nicht gestellt werden. Und dennoch: welche Bilder erreichen uns und welche warum nicht. Längst wissen wir, dass Bilder aus dem Gazastreifen von palästinensischen Kameraleuten und Fotoreportern stammen, die Teil des Propagandasystems sind. Kaum ein westlicher Reporter traut sich mehr an die Front. Und ich versteh die Kollegen.

Und selbst bei harmloseren Ereignissen übermitteln wir oft nur das, was wir übermitteln sollen. Als sich der palästinensische Präsident Abbas mit dem Hamasführer Hanija in Mekka traf, und die beiden Männer sich medienwirksam aussöhnten, wurde diese Nachricht wie ein Durchbruch gefeiert. Aus heutiger Sicht ein historisches Treffen, aber wer genau hinsah, stellte schon damals fest: die Anerkennung Israels und damit die Unversehrtheit eines souveränen Staates durch die Hamas war damit nicht verbunden. Ein nicht ganz unwichtiges Detail – das Existenzrechts Israels – fiel in der Berichterstattung dann leider unter den Tisch.

Ohne Israel, ohne die Juden, Frieden in Nahost, heißt die Botschaft dahinter und die Mehrheit in unserem Land wird vermutlich zustimmend nicken. Israel gefährdet den Weltfrieden, mehr als Nordkorea oder andere finstere Gebilde, meinen einer Umfrage zur Folge 65% der Deutschen.

Die Palästinenser wollen einen eigenen Staat. Völlig zu Recht. Aber warum treten die Berichtersteller für dieses Recht nicht genauso vehement ein bei 25 Millionen Kurden? Seit 1920 wird ihnen ein eigener Staat versprochen. Und die Basken? Die Tschetschenen? Die Kaschmiris und die vielen anderen ethnischen Gruppen? Und Sudan und Darfur? Die Tibeter? Die letzte UN-Resolution, die das »Recht auf Selbstbestimmung« forderte, datiert übrigens aus dem Jahr 1965. Seitdem herrscht eisiges Schweigen. Wenn die Bundeskanzlerin sich mit dem Dalai Lama trifft, wird sie von ihrem eigenen Außenminister abgemeiert. Und kürzlich

Burma: was wissen wir von dem Aufstand der Mönche nach das Militär das Internet gekappt hat? Nichts mehr. Und damit erlischt auch das Interesse der westlichen Welt, obwohl sich an den Zuständen in Burma kein Jota geändert hat.

Und das Gedächtnis ist gnädig und vor allem kurzlebig: Als Ägypten den Gazastreifen widerrechtlich besetzte, oder Jordanien die Westbank, kam keiner auf die Idee, dass die Palästinenser einen eigenen Staat bräuchten. Damals war nicht einmal von »Besatzung« die Rede. Diesen Begriff gibt es erst, seitdem die Besatzungsmacht Israel heißt. Seit 1967.

Wer weiß überhaupt noch, dass die Palästinenser bis 1967 unter ägyptischer und jordanischer Obhut ohne jede israelische Einmischung ihren Staat hätten gründen können? – wenn Jordanien und Ägypten sie gelassen hätten. Erst nachdem Israel diese Gebiete erobert und besetzt hatte, fand die Sehnsucht der Palästinenser nach einem eigenen Staat öffentlichen und publizistischen Sympathiewiderhall.

Der ideologisch verengte Blick, wonach Israelis schlechte und Palästinenser gute Menschen sind, lässt sich besonders eindrucksvoll am Beispiel der Räumung des Gazastreifens beschreiben, Anfang September 2005:

Unter der Rubrik »Bilder der Woche« erschien in einer großen deutschen Illustrierten ein doppelseitiges Foto eines Trümmerfelds, das bis zum Horizont reicht. Titel: »Ruiniöse Hinterlassenschaften«.

In der dazugehörigen Textzeile erfährt der Leser: »Nur Trümmer liegen dort, wo einst eine Reihe schmucker Häuser stand«, zerstört von den Planieraupen der israelischen Armee. Was der Leser nicht erfährt: die palästinensische Autonomiebehörde selbst hatte sich eine völlige Zerstörung der israelischen Siedlungen gewünscht, um die daniieder liegende heimische Bauwirtschaft mit Neuaufträgen wieder zu beleben. Aber so waren es wieder die Israelis und das Prinzip der »verbrannten Erde«.

Es ist keine Solidarität mit den Palästinensern, sondern ein Zusammenschluss gegen Israel und das heißt: gegen die Juden. Diese »antisemitische« Grundhaltung, ließ sich bestens auch während des jüngsten Krieges in Nahost beobachten, dem Libanon-Krieg.

Die Tinte unter dem Waffenstillstandsabkommen war noch nicht getrocknet, da rief sich die Hisbol-

lah zum Sieger aus. Und weltweit wurde sie dafür gefeiert. Sie hatte der Militärmacht Israel Paroli geboten. Dass die Hisbollah tatsächlich aber nach dem Waffengang zunächst deutlich geschwächt war, ging im Siegestaumel unter und wir haben den vermeintlichen Sieg in allen Nachrichten verbreitet und nicht wirklich hinterfragt.

“ **Der ideologisch verengte Blick, wonach Israelis schlechte und Palästinenser gute Menschen sind, lässt sich besonders eindrucksvoll am Beispiel der Räumung des Gazastreifens beschreiben.**

Bei der BBC immerhin konnte man kurz nach dem Krieg einen Bericht sehen, in dem ein junger Mann aus dem Südlibanon dem Reporter offen in die Kamera sagte, er solle sich nicht täuschen lassen vom vermeintlichen Jubel für die Hisbollah. Tatsächlich hätten die Menschen die Schnauze voll und wünschten die Hisbollah zum Teufel.

Ob dieser BBC Bericht repräsentativ für die Stimmung in der Bevölkerung war? Ich weiß es nicht. Mit Sicherheit aber war er eine Ausnahme in der Medienlandschaft. Indem wir die Hisbollah vollmundig und bereitwillig ihren »Sieg« feiern lassen, schaffen wir für Islamisten – und solche, die es werden wollen –, neue Helden und senden die klare Botschaft: Der Sieg ist möglich. Ihr müsst nur entschlossen genug kämpfen mit allen Mitteln.

Ein Mittel ist die Propaganda. Dass wir als Berichterstatter vor Ort frei entscheiden, was wir drehen und was nicht, ist eine hartleibige Legende. Es durfte während des Libanonkrieges nur gedreht werden, was die Hisbollah für drehenswert hielt, kein Schwenk nach links, keiner nach rechts. Sogenannte »press officer« legten Journalisten vor Ort nahe, was sie sehen und drehen und vermelden durften und was nicht. Mal geschah das sanft, mal mit dem nötigen Nachdruck. Sie bestimmten den Set.

Die Fotoagentur Reuters machte ihre eigenen Bilder: eine zerstörte Straße nach einem schweren Bombenangriff am 24. Juli. Dasselbe Bild erschien wenige Tage später wieder, in einer leicht variierten Perspektive, dieselbe Straße angeblich nach einem erneuten Angriff am 5. August. Und so wurden aus einem Bild eines zerstörten Straßenzugs von Beirut Bilder einer restlos vernichteten Stadt, oder wie die *Jerusalem Post* schrieb: »Es sah aus wie Dresden oder Hamburg am Ende des II. Weltkrieges«.

Und damit ist das alte Klischee wieder da: von den Juden und ihrem brutalen Vernichtungskrieg, den sie ohne Rücksicht auf Verluste führen. Antisemitismus pur. Dass die israelische Armee in der Regel jeden Bombenangriff vorher angekündigt hat, um die Zivilbevölkerung zu schonen, das ging im allgemeinen Empörung-Rausch unter. Ebenso der Umstand, dass die Hisbollah ihre Raketen ohne Warnung abschoss, hunderte am Tag, auf unschuldige Zivilisten.

Und wo es dann immer noch zu harmlos aussah auf dem Schlachtfeld, wurde, ebenfalls bei der Photo-Agentur Reuters, elektronisch nachgerüstet: Plötzlich steigt nach einem Bombenangriff der Israelis nicht nur dort, wo die Bombe eingeschlagen war, sondern aus allen Ecken und Enden einer Totalen von Beirut dicker, schwarzer Rauch auf, Bilder der Verwüstung eben. Als diese Auffrischung durch Internetblogger ruchbar wurde, zog Reuters 920 Fotos allein eines libanesischen (!) Fotografen zurück. Darunter übrigens auch Bilder aus Kana, einem kleinen Dorf im Südlibanon, aus dem ein Massaker gemeldet wurde mit 60 Toten. Auch da wurden später – glücklicherweise – nicht nur weitaus weniger Opfer gezählt, nämlich 28, sondern auch heftige Zweifel am präsentierten Bildmaterial geäußert. Die »*Neue Zürcher Zeitung*« nannte das Chaos aus Schutt und Leichen vor einem besonders betroffenen und zerstörten Haus »eine bloße Darbietung für angereiste Journalisten!«

Besonders im Internet kursierten nämlich ganz andere Wahrheiten: die libanesische Internetseite »Libanoscopie« behauptet, die Hisbollah habe einen Raketenwerfer auf das Dach des Hauses gestellt und behinderte Kinder in das Gebäude gebracht. Auch das ist natürlich mit Vorsicht zu betrachten, die Wahrheit herauszufinden, ist aktuell eigentlich unmöglich und schon Wochen später interessiert es die Kundschaft ohnehin nicht mehr, geschweige denn heute.

Ein anderes Beispiel: Eine israelische 500 Kilogramm schwere Bombe hatte am 25. Juli 2006 nahe der libanesischen Ortschaft Khiyam im Grenzgebiet zwischen Syrien, dem Libanon und Israel vier neutrale UN-Beobachter zerfetzt. Kofi Annan beschuldigte damals umgehend Israel wegen dieses »*offenbar absichtlichen und koordinierten Angriffs*« auf den UN-Stützpunkt. Das saß und es war ein weiterer, voller Medienerfolg für die Hisbollah, keine westliche Nachrichtensendung wollte diesem verbalen Angriff des UN-Generalsekretär hinterfragen, weil ohnehin klar war: Israel ist eben zu allem fähig.

Dabei hätte auch Annan es besser wissen können und seine Mitarbeiter auch: sieben Tage vor seinem Tod schrieb nämlich einer der UN-Soldaten eine verzweifelte Mail an das UN- Hauptquartier in New York: die Hisbollah würde Raketenstellungen um den UN-Stützpunkt aufstellen und Raketen abfeuern. Er und seine Kameraden, der gesamte Posten, seien aufs Äußerste gefährdet: »Sie benutzen uns als menschliche Schutzschilde, um die israelische Armee und israelisches Territorium anzugreifen zu können«, hieß es wörtlich<sup>4</sup>. Aber niemand rührte sich, die UN überließ die Blauhelme ihrem Schicksal und opferte sie so zum Wohle der Hisbollahpropaganda.

Es gehört im Übrigen zur guten Tradition, immer wieder Israel Massaker anzulasten: Das war in Jenin so, wo von bis zu 800 Toten am Ende »nur« noch 22 blieben (darunter auch israelische Soldaten). Selbst die Süddeutschen Zeitung verbreitete gerüchtere Weise lange die Schauergeschichten von »500 Toten«, von Männern, die auf der Erde nebeneinander gelegt von Panzern überrollt wurden etc.

Auch im Fall einer angeblichen Bombardierung friedlich Badender am Strand von Gaza war Israel an dem Blutbad schuld (ohne den geringsten Beweis natürlich und alles nur vom Hörensagen). Hier wiederum gelang es der Süddeutschen Zeitung, die teilweise Inszenierung des Vorfalles infrage zu stellen. Der unrühmlich Höhepunkt einer Medieninszenierung wäre allerdings aus dem libanesischen Grenzort Hula zu vermelden gewesen, in dem zunächst und sehr medienwirksam 40 zivile Opfer beklagt wurden. Ein Massaker, das den israelischen »Staatsterrorismus« beweise, wie der libanesischer Ministerpräsident mit tränenerstickter Stimme der internationalen Presse verkündete. Am Ende war ein einziges Opfer zu beklagen und natürlich auch das eines zu viel.

Aber ob Jenin, ob Gaza, ob Kana, ob Hula: bei der Meldung eines Massakers muss man ganz vorne sein, die Berichtigungen sind dann Schnee vom vergangenen Tag.

In Paris wird derzeit versucht, Licht in eine der spektakulärsten Medienaffären der vergangenen Jahre zu bringen und kaum jemand nimmt davon Notiz. Erinnern Sie sich an Mohammed Al Dura? Den kleinen palästinensischen Jungen, der in den Armen seines Vaters an einer Kreuzung im Gazastreifen, versteckt hinter einem Betonfass, verblutete? Getroffen von israelischen Kugeln – so sah es die Welt, so schrieben es die Zeitungen, so glaubten es die Zuschauer, die Leser und die meisten Journalisten.

Dann recherchierte die ARD vor Ort und stellte fest, dass es tatsächlich sehr viel komplizierter war. Alle Indizien, die wir zusammentragen konnten, sprachen dafür, dass der Junge von palästinensischen Kugeln getroffen wurde – wenn überhaupt.

» **Bei der BBC immerhin konnte man kurz nach dem Krieg einen Bericht sehen, in dem ein junger Mann aus dem Südlibanon dem Reporter offen in die Kamera sagte, er solle sich nicht täuschen lassen vom vermeintlichen Jubel für die Hisbollah. Tatsächlich hätten die Menschen die Schnauze voll und wünschten die Hisbollah zum Teufel.**

Mohammed Al Dura wurde nicht erschossen. Die gesamte Szene sei eine einzige Propagandainszenierung, ein gigantischer Medienfake, den der französische Sender France 2 weltweit verbreitet habe. Wissentlich oder unwissentlich, das behauptet jedenfalls Philippe Karsenty, ein kritischer Medienbeobachter in Paris. Nun steht er wegen Verleumdung vor Gericht. Immerhin konnte Karsenty im Laufe des Prozesses Franc2 zwingen, das gesamte Filmmaterial vorzuführen. Allerdings blieb auch danach eine entscheidende Frage offen: wieviel Minuten sind von dem tragischen Ereignis gedreht worden. Der Kameramann Talal Abu Rahme behauptet meiner Kollegin Esther Schapira gegenüber, er habe sechs Minuten gedreht und die auch an seinen Chef, den Israel-Korrespondenten Charles Enderlein aus Gaza in dessen Büro in Jerusalem überspielt. Enderlein hingegen hat nur 68 Sekunden bisher veröffentlicht mit dem Hinweis, das sei alles. Aber selbst auf diesen Bildern ist nicht zu erkennen, dass Mohammed al Dura tatsächlich erschossen wurde.

Die Ikone der 2. Intifada, auf die sich viele Selbstmordattentäter berufen, Mohammed al Dura ein Medieninszenierung? Es würde die »Protokolle der Weisen von Zion« in die elektronischen Medien übertragen, meint Philipp Karsenty. Die Wahrheit herauszufinden wird noch einige Zeit dauern, wenn sie überhaupt gefunden wird. In seiner jüngst veröffentlichten Autobiografie bezeichnet der frühere PLO-Vertreter für Jerusalem und Leiter der Al Quds-Universität, Sari Nusseiba, die zweite Intifada als »einen ruinösen und bluttriefenden Wahnsinnsanfall« und kritisiert die Hamas-Charta treffend als ein Dokument, »das so klingt als sei es direkt aus dem ‚Stürmer‘ abgeschrieben«. In diesem Zusammen interessant: Wenn es um die Ursachen für die »Al-Aqsa-Intifada« geht, wird gebetsmühlenartig Sharons Stippvisite auf dem Tempelberg als »Provokation«

und Auslöser der 2. Intifada herangezogen. Dabei war der Gewaltexzess monatelang vorher geplant, man suchte nur einen Vorwand<sup>5</sup>.

Schlichte Wahrheiten, einfache Bilder von der Welt, eine simple Einteilung in Gut und Böse – das verlangt unsere Kundschaft und wir stellen sie zufrieden. Und zementieren so die Vorurteile. Im Kopf bleiben die Klischees, die falschen Schlagzeilen, die Orte der vermeintlichen Massaker. »Israel setzt Giftbomben ein« das bleibt haften, gleichgültig wie gründlich auch in diesem Fall die Gegenbeweise sind.

Aber die Bilder toter Zivilisten sind mehr, als nur eine Anklage gegen das übermächtige Israel, diese von uns bereitwillig verbreiteten Bilder mobilisieren die islamistische Klientel. Weltweit transportieren sie nur eine Botschaft: reiht Euch ein und kämpft!

Aber auch da, wo die Hisbollah nicht den Daumen drauf hat, wird gezeigt, was ins Bild passt: So drehte die BBC eine Demonstration aufgebrachter Israel-Gegner, die durch Londons Straßen zog. Protest ganz groß. Eine wenige Stunden später stattfindende Kundgebung zugunsten Israels fiel unter den Tisch.

Genauso übrigens der Raketenalltag in Israel vor dem jüngsten Libanonkrieg und jetzt danach. Denn schon lange vor diesem neuen Krieg feuerte die Hisbollah, wie übrigens auch die Hamas, Katjuschka-Raketen auf Israel. Hunderte Tag für Tag. Aber da blieben und bleiben »die Lippen eisern versiegelt«, wie Ex-Außenminister Joschka Fischer völlig zu Recht anmerkte.

Zum Beispiel Ende September 2007 im RIAS Radio: ein Kommentator beschreibt die Lage im Gazastreifen nach der Machtübernahme durch die terroristische Hamas: *»Das Einzige, was seither – seit der Machtübernahme der Hamas – in Gaza Konjunktur hat, ist der Widerstandskampf, das heißt die Nadelstiche mit Kassamraketen, oft gegen benachbarte israelische Ortschaften wie Sderot«.*

Hier nennt ein deutscher Journalist die Bombardierung von Kindergärten und Schulen in Israel: »Nadelstiche«. 2000 Kassamraketen sind übrigens in den vergangenen zwei Jahren allein in Sderot niedergegangen, 5000 insgesamt. Man kann sie hinter der örtlichen Polizeistation besichtigen. Leider ist der Raketendauerbeschuss nicht sehr erfolgreich aus Sicht der Hamas jedenfalls nicht, was sich besagter RIAS-Mann sofort zu eigen macht: »weniger als zehn Todesopfer« seien zu

beklagen gewesen. Eine Petitesse eben, wie Henryk M. Broder bitter anmerkte.

Kaum aber schlug Israel zurück, ging das Gezeter los. Israel der Aggressor. Israel und sein Staatsterrorismus. »Israel fliegt Angriffe« heißt dann die Schlagzeile und nur nebenbei erfährt der Leser warum. Kein anderes Land der Welt würde einen solchen Dauerbeschuss einfach hinnehmen. Ein israelischer Kollege, der für ein Dutzend deutsche Tageszeitungen schreibt, beklagte sich kürzlich, er bekomme höchstens alle halbe Jahr einen Auftrag über Sderot zu berichten und dann auch nur, wenn er eine *»herzzerreißende human story«* finde und Israel zurückgeschlagen habe.

Und außerdem: Israel ist selbst schuld. Zwar wurde jahrelang die Besatzung durch Israel geißelt, dann aber nach dem Abzug heißt es: Israel überlasse die Palästinenser ihrem eigenen Schicksal, entziehe sich jeder Verantwortung. Der Vorschlag, Ägypten können sich des Gaza-Streifens wieder annehmen, wird als besonders hinterhältig abgetan. »Gefängnis Gaza« überschreibt der SPIEGEL seinen Artikel.

Und wenn sich Israel richtig wehrt, gegen die Hisbollah im Libanon, bekommt es die Quittung prompt. Der Angriff auf den Libanon sei »völkerrechtlich völlig unakzeptabel« So die Entwicklungshilfeministerin der SPD, Heidemarie Wiczorek-Zeul. Die Frankfurter Rundschau meinte dazu nur: *»Israel verletzt das Völkerrecht, die Hisbollah kennt es überhaupt nicht«.*

Es gibt aber noch ein weiteres Themenfeld, bei dem sich eine deutliche Schiefelage in der journalistischen Wahrnehmung des Nahostkonfliktes beschreiben lässt, eine Schiefelage zum Nachteil Israels: Der Iran und seiner Atombombe.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem der iranische Präsident Achmedineschad nicht deutlich sagt, was er vorhat. Die gründliche Ausradierung Israels. Tag für Tag erklärt er, die Vorbereitungen für den zweiten Holocaust an den Juden machten Fortschritte. Er brüstet sich, er habe mehr als 3000 Zentrifugen zur Urananreicherung installiert, d.h. binnen einen Jahres hat der Iran genügend kernwaffenfähiges Material für den Bau einer Bombe, das jedenfalls behauptet der Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde und lehnte sich erschöpft zurück. Gleichzeitig vermelden die US-Geheimdienste, der Iran habe sein Bobenprogramm längst eingemottet.

Aber auch die Reaktion in den westlichen Medien ist erstaunlich entspannt: einfühlbar beschäftigen wir uns mit Ahmedinedschads innenpolitischen Koordinaten, da brülle eben ein Löwe und würde doch nie in der Lage sein, ein Schaf zu reißen. Dabei müsste doch spätestens jetzt die zivilisierte Welt den Staat schützen, den sie vor 60 Jahren wollte und dessen Gründung mit UNO-Mehrheit völkerrechtlich einwandfrei beschlossen wurde.

Aber die veröffentlichte Empörung hält sich in Grenzen und der Tenor ist: das meint der nicht so. Und damit steht Israel wieder alleine da, wie damals, 1948, als die arabischen Nachbarn den jungen Staat gleich wieder wegputzen wollten, kaum dass er beschlossen war.

„ **Natürlich sind bei der Berichterstattung über den Nahostkonflikt keine Antisemiten am Werk, sondern gestandene Korrespondenten. Und in Israel sind es besonders viele. Es ist das Land mit der mit Abstand größten Korrespondentendichte und ist doch nicht größer als Hessen. Nach Washington und Moskau ist Israel einer der größten Standorte für die ausländische Presse, mehr übrigens als auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Nur: Israel zieht daraus keinerlei Vorteile.**

Achmedineschad hat seine Gewaltphantasien immer weiter ausgeschmückt und jüngst erst gedroht, er könne halb Europa ausrotten, wenn ihm danach sei. Aber statt diesen Amokläufer zu stoppen, wird er hofiert und befördert: die UNO hat in diesem Sommer beschlossen, dass die UN-Weltkonferenz gegen Rassismus im Jahr 2009 wesentlich vom Iran vorbereitet wird, unter dem Vorsitz von Libyen übrigens, was keineswegs geschmackvoller ist.

Wir sollten uns endlich von der Illusion verabschieden, der Iran sei an ernsthaften Verhandlungen über sein Atomprogramm interessiert. Es ist ein Katz- und Mausspiel, und es dient dazu, seinen Anhängern zu zeigen: seht her, ich biete dem Westen die Stirn. Ein Spiel auf Zeit, wenn der Westen sich nicht einigt ist und konsequent umsetzt und durchhält, was er androht: Sanktionen. Wir dürfen das nicht Israel überlassen. Jerusalem hat schon einmal für uns die Kastanien aus dem Feuer geholt und einen Nuklearreaktor im Irak zertrümmert, bevor er ans Netz gehen konnte und bevor er Schaden anrichten konnte im derzeit tobenden Bürgerkrieg dort.

Wenn Israel ankündigt, es werde nicht ewig zusehen und vor allem nicht warten, bis der irani-

sche Präsident seine Drohung, Israel zu vernichten, wahr macht, dann titelt der FOCUS: *»Israel droht Iran mit Selbstverteidigung«*

Wenn sich die Berichterstattung weigert, diese Drohungen, die vom Iran ausgehen, ernst zu nehmen, und sie als orientalische Schmalz abtut, oder sie als eine Art revolutionären Befreiungspatros verniedlicht, dann kann man das Gefühlskälte gegen Israel nennen, Verdrängung und Verleugnung, aber man kann es eben auch Antisemitismus nennen.

Natürlich sind bei der Berichterstattung über den Nahostkonflikt keine Antisemiten am Werk, sondern gestandene Korrespondenten. Und in Israel sind es besonders viele. Es ist das Land mit der mit Abstand größten Korrespondentendichte und ist doch nicht größer als Hessen. Nach Washington und Moskau ist Israel einer der größten Standorte für die ausländische Presse, mehr übrigens als auf dem gesamten afrikanischen Kontinent.

Nur: Israel zieht daraus keinerlei Vorteile. Auch die Hoffnung, wir würden entsprechend vielfältig über den Nahostkonflikt informiert, erfüllt sich leider nicht.

Ein kleines, fast unscheinbares Beispiel belegt das: Am 20. Juli 2005 wird ein palästinensischer Junge südlich von Nablus erstochen. Ein furchtbarer Mord. Nun sterben zwar weltweit eine ganze Menge Menschen jeden Tag auf ähnlich unfriedliche Weise, aber es kümmert in der Regel keinen. Seltsam ist deshalb schon, dass ausgerechnet diese Meldung in Windeseile in die Redaktionsstuben gelangte und die Redakteure auch schon wussten, wer der Mörder war, jedenfalls meldeten fast alle genau das in ihrer Schlagzeile: *»Jugendliche Siedler erstechen 13-jährigen Palästinenser«*.

Ein vergleichbarer Vorfall in Kaschmir oder in Darfur hätte keine Chance einer derartig teilnahmsvollen Wahrnehmung. Aber diese Schlagzeile fand sich bald in mehr als 60 relevanten Agenturen fast gleichlautend und am nächsten Tag in vielen Zeitungen: Fanatische jüdische Siedler haben ein palästinensisches Kind auf dem Gewissen. Das passt zusammen.

Keiner der Leser erfährt, dass diese Nachricht ohne jede eigene Recherche zustanden gekommen ist, sondern schlicht auf den ersten Mutmaßungen der palästinensischen Behörden beruhte. Tatsächlich war der Junge Opfer einer Familienfehde geworden. Von einem Siedler keine Spur mehr. Statt nun aber die alte Faktenlage ebenso

großflächig zu korrigieren, tut man so als sei nichts gewesen.

Taugt dieses Beispiel dazu, deutschen Journalisten Antisemitismus vor zu werfen? Auf den ersten Blick wirkt dieser Vorwurf absurd und als generelle Behauptung ist er es auch sicherlich. Wenn aber 68% der Deutschen sagen, Israel führe einen »Vernichtungskrieg« gegen die Palästinenser, dann wäre es schon verwunderlich, wenn ausgerechnet alle Journalisten in diesem Punkt anderer Meinung wären als ihre Kunden.

Natürlich sind sie damit mehrheitlich noch keine Antisemiten. Aber in Anbetracht der andauernden Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die Grenzen zwischen Antisemitismus und legitimer Kritik am Staate Israel, zeigt selbst diese kleine Beispiel, wie leicht und wie fast selbstverständlich sich antisemitische Untertöne in die ganz normale Berichterstattung einschleichen.

So ist die Empathie mit Hunderten von ermordeten Zivilisten in Israel und Tausenden von Verletzten, die Empathie mit den Opfern, in den Medien – von wenigen Ausnahmen wie immer abgesehen – wenig ausgeprägt. Selbst schuld, hört man dann gerne, wer Terror sät, erntet Terror.

Aber stellen wir uns nur für einen Moment lang vor, dass es in Deutschland eine vergleichbare Terrorbedrohung wie in Israel gäbe, dass hierzulande bereits 20.000 Menschen bei Anschlägen gestorben wären – denn das wäre hochgerechnet die Opferzahl hier – und stellen wir uns weiterhin vor, dass alle Attentäter aus z.B. aus Österreich gekommen wären. Wie glauben Sie, würde hierzulande über die Frage diskutiert, ob Deutschland das Recht hat einen Zaun oder eine Mauer zur Grenzbefestigung zu bauen?

Seit Jahren aber steht etwa vor dem Kölner Dom ein wackerer Streiter mit seinem Mahnmahl, um gegen die »Mauer« in Palästina zu protestieren – ohne jeden Widerspruch von Passanten. Vermutlich wissen die meisten so wenig wie er, dass die sogenannte »Schandmauer« bei näherer Betrachtung erstens ein Zaun ist, weil nur ganze 37 km als Mauer verlaufen, von insgesamt 640 km und dass sie zweitens zum Glück ausgesprochen wirkungsvoll ist. Die Selbstmordattentate haben nämlich drastisch nachgelassen, seitdem sich Israel durch einen Zaun schützt, um 80%! Das alles hindert den englischen »Guardian« nicht daran, Israel mit Südafrika zu vergleichen, zu Zeiten der Rassentrennung.

Mir ist übrigens nicht bekannt, dass es eine ähnliche Aufregung gegeben hätte oder gibt wegen

einer Sperrmauer zwischen Katholiken und Protestanten im nordirischen Belfast, auch sie meterhoch und Territorien zerschneidend. Und wenn sich die europäischen Enklaven Ceuta und Melilla gegen schwarze Emigranten aus Mali und Niger abschotten, mit Stacheldraht und Minen, dann gibt es in Europa diskreten Beifall dafür und die Flüchtlinge, die bereits an dieser Grenze verblutet sind, werden als tragische, aber keineswegs unschuldige Opfer betrachtet.

Tausende sind es, vor allem Afrikaner, die bei dem Versuch nach Europa zu gelangen, ihr Leben eingebüßt haben. Das aber ruft keinen Demonstranten auf die Straße. Schließlich gibt es kein Recht auf ein besseres Leben.

Außerdem: eine Mauer, einen Zaun, beides kann man mühelos wieder einreißen, die über 1000 zivilen Terroropfer in Israel dagegen kann man nicht mehr ins Leben zurückrufen. Aber welches Bild erzeugen wir? Beton, soweit das Auge reicht, davor der arme Bauern, dessen Land zerschnitten ist. Einsamer Höhepunkt war die jüngste Buchmesse in Frankfurt. In einer Foto-Ausstellung des Gastlandes Katalonien war die Mauer zu sehen, im Vordergrund besagter Bauer, im Hintergrund der Wall aus Beton. Der entpuppte sich aber bei näherer Betrachtung als eine Kollage aus Tausenden von Bildern aus deutschen Konzentrationslagern. Auch dieser Künstler wird es weit von sich weisen, ein Antisemit genannt zu werden. Aber auch die Berichterstattung braucht eine Weile, bis sie die Empörung, die diese Fotomontage bei jedem halbwegs vernünftig denkenden Menschen auslösen musste, in Worte fasste.



**Weil es schnell gehen muss, immer schneller, benutzen wir vielfach Bilder, deren Quelle wir nicht kennen und in der Eile auch nicht hinterfragen können. Also bekommt der die Schlagzeile, der am lautesten ist und schnell und der, der die besten Bilder hat.**

Aber wie lässt sich nun diese insgesamt verzerrte Wahrnehmung des Nahostkonfliktes in den Medien erklären?

Mit Sicherheit nicht damit, dass hier erklärte Antisemiten in den Redaktionsstuben sitzen. Vermutlich ist es viel schlichter: weil man Israel zu eigenen Entlastung als Täter braucht. Wer mag schon ständig an die eigene verbrecherische Geschichte erinnert werden? Und so heißt es eben, es gäbe ein Tabu, Israel zu kritisieren, weil dieses Land durch die Shoa auf alle Zeiten unantastbar sei. Aber schon unsere wenigen Beispiele belegen, dass es nicht die geringste Scheu gibt vor einer schonungs-

losen Kritik der israelischen Politik. Ganz im Gegenteil. Gleichzeitig ist mir kein einziges Beispiel dafür bekannt, dass Israelkritiker tatsächlich als Antisemiten diffamiert wurden, auch wenn das tapfer immer wieder behauptet wird.

Es ist ein Bedürfnis nach Entlastung von der eigenen Schuld oder Verantwortung für das Grauen der Ermordung von 6 Millionen Juden.

Weil es schnell gehen muss, immer schneller, benutzen wir vielfach Bilder, deren Quelle wir nicht kennen und in der Eile auch nicht hinterfragen können. Also bekommt der die Schlagzeile, der am lautesten ist und schnell und der, der die besten Bilder hat. Die Leisen, die kommen nicht in den Aufmacher der Tagesschau.

Und noch eins: wir dürfen nicht wegsehen, weil wir nicht hinsehen dürfen. Wenn Journalisten an der Wahrnehmung ihrer Pflichten gehindert werden, müssen sie es sagen. Wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden, dann müssen wir das melden, meinetwegen jeden Tag. Auch aus Israel, selbstverständlich, aber eben auch aus

Mekka: Als Anfang 2002 dort eine Mädchenschule brannte, flüchteten die Schülerinnen – unver Schleiert – auf die Straße. Doch die Religionspolizei trieb viele von den Unverschleierten ins Haus zurück, 15 Mädchen verbrannten. Stand das in Ihrer Zeitung?

#### **Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Die Studie über »Kritik an Israel bzw. Antisemitismus« wurde im Rahmen einer langjährigen Studie über die Situation des Antisemitismus und Rassismus in Deutschland mit dem Namen »deutsche Bedingungen« unter der Leitung von Dr. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung) durchgeführt.

<sup>2</sup> TAZ vom 15.8.06, »Frühstück in Frieden«

<sup>3</sup> Diese Meinungsumfrage wurde vom »Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR)« in der Westbank und im Gaza-Streifen vom 6. bis 8. September 2007 durchgeführt. Insgesamt wurden 1270 Erwachsene an 127 zufällig ausgewählten Orten persönlich befragt.

<sup>4</sup> Welt am Sonntag, 6.8.06

<sup>5</sup> Geständnis des palästinensischen Kommunikationsministers Faludji, auch von Arafat nie bestritten



## Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2006 – ein Phänomen vom Rand zur Mitte

Von Dr. Norman Geißler, Oliver Decker, Elmar Brähler

»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007

Rechtsextreme Einstellungen sind ein wesentliches und aktuelles Thema der Sozialpsychologie seit knapp siebzig Jahren, stellt man sie in die Tradition der Autoritarismusforschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (Fromm 1936; Adorno, Frenkel-Brunswick, Levinson & Sanford 1950) die zum Ziel hatte antidemokratische Haltungen in der Bevölkerung zu erfassen. Die Forschung zum Thema Rechtsextremismus ist sehr heterogen (Schubarth & Stöss 2000; Winkler, Jaschke & Falter 1996) und lange Jahre weniger von sozialpsychologischen als von politik- bzw. sozialwissenschaftlichen Konstrukten geprägt wurden.

**Es wurden von uns rechtsextreme Einstellungen und ihre Determinanten untersucht. Wir unterscheiden zwischen Einstellungen und dem tatsächlich gezeigten Verhalten**

Der Begriff »Rechtsextremismus« selbst ist aus mehreren Gründen problematisch, insbesondere wird mit dem Begriff vermittelt, dass eine »Mitte« der Gesellschaft existiert, die sich von diesen Extremen klar abgrenzen lässt. Die Ergebnisse vergangener Studien (Decker & Brähler 2005) und auch die Ergebnisse der folgenden Studie zeigen die Schwierigkeit beide Bedeutungen in Deckung mit der Realität zu bringen.

Der Begriff Rechtsextremismus fand hier trotzdem Verwendung, da die Ursache für die unter den Begriff gefasste Einstellung hinterfragt wird. Al-

ternative Begriffe beinhalten bereits eine theoretische Annahme zur Entstehung der Einstellung, wie etwa Autoritarismus, oder schränken den Blick auf Teilaspekte ein, wie etwa Fremdenfeindlichkeit. Insofern ist der Rechtsextremismusbegriff für diese Studie alternativlos.

Es wurden von uns rechtsextreme Einstellungen und ihre Determinanten untersucht. Wir unterscheiden zwischen Einstellungen und dem tatsächlich gezeigten Verhalten (vgl. Abb. 1). Diese Unterscheidung ist angelehnt an die Definition des Rechtsextremismus in Handlung (insbesondere Gewalt) und rechtsextreme Einstellung nach Heitmeyer (1987). Dieser »duale Rechtsextremismusbegriff« (Butterwege 2002, S. 21) wird zu Recht kritisiert, solange Rechtsextremismus durch das gleichzeitige Vorliegen von Einstellungs- und Verhaltenskomponenten definiert wird. Der Nutzen einer dualen Definition, liegt aber gerade in der Unterscheidbarkeit von Einstellung und Handlungen.

Die Einstellung hat eine kognitive, eine affektive und eine verhaltensbezogene Komponente. So kann eine kognitive Einstellungskomponente lauten »Ausländer sind anders als wir«, die affektive Komponente beinhaltet das Gefühl der Ablehnung und die verhaltensbezogene Komponente wäre die Äußerung »Denen würde ich keine Wohnung vermieten«. Ein gemeinsames Auftreten der Inhalte, wie in unserem Beispiel, bezeichnen wir als rechtsextremes Einstellungsmuster. Ein rechtsextremes Weltbild setzt sich aus verschiedenen Einstellungsmustern zusammen.

Generell existiert allerdings kein allgemeiner Konsens darüber, welche Bestandteile ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild ausmachen. Dies hat auch Implikationen auf die verwendeten Fragebögen der Studien.

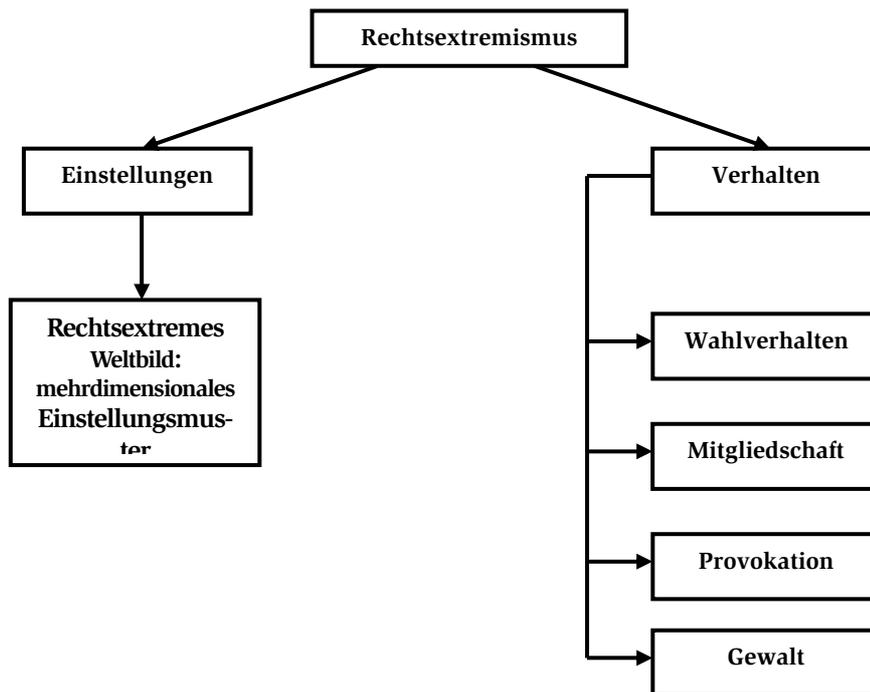


Abbildung 1 – Unterscheidung von rechtsextremer Einstellung und rechtsextremen Verhalten  
(modifiziert nach Stöss 2005, S. 25)

In unserer Studie vom »Rand zur Mitte Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland« ist das Kernelement der Fragebogen zum Rechtsextremismus, dieser ist das Ergebnis einer Konsensuskonferenz zur Entwicklung eines einheitlichen Fragebogens<sup>1</sup>. Die Konsensusgruppe einigte sich auf folgende Definition: »Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.«

Hieraus wurden sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung abgeleitet, die das mehrdimensionale rechtsextreme Einstellungsmuster ausmachen:

- Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur
- Chauvinismus
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Zu den Dimensionen wurden Fragen entwickelt, wobei sich jeweils drei Fragen je Dimension bewährt haben (vgl. Decker, Niedermayer & Brähler 2003; Decker & Brähler 2005), so dass ein Fragebogen mit 18 Einzelfragen (Items) vorliegt, die zu den sechs oben genannten Dimensionen (Skalen) zusammengefasst werden und eine Erfassung der rechtsextremen Einstellung in mehreren Dimensionen ermöglichen. Die Befragten werden aufgefordert, ihre Ansicht zu den Aussagen zu notieren. Ihnen stehen hierfür fünf Stufen zur Verfügung (»lehne voll und ganz ab«, »lehne ab«, »stimme teils zu, stimme teils nicht zu«, »stimme zu«, »stimme voll und ganz zu«).

### Durchführung der Untersuchung

Mit der Durchführung der Befragung wurde das unabhängige Meinungsforschungsinstitut USUMA beauftragt. Bei der durchgeführten Befragung erfolgte die Stichprobenziehung auf der Grundlage der ADM-Stichprobenbasis (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Meinungsforschungsinstitute). Es wurde von USUMA das durch den ADM gemeinsam geschaffene Ziehungsprogramm ‚EASY-Sample‘ eingesetzt. Dieses Programm lässt geschichtete Ziehungsverfahren nach Regionen (z. B. Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden) zu, in denen, als sogenannte »Sample Points«, die Haushalte um eine Teilnahme

gebeten werden. Es wurden 210 Städte, Gemeinden und Landkreise in den alten Bundesländern und 48 in den neuen Bundesländern für die Befragung ausgewählt.

Der Fragebogen wird als Selbstausfüller eingesetzt. Dabei wurden sogenannte face to face Interviews durchgeführt, d. h. die Interviewer waren anwesend, während die Probanden den Fragebogen ausfüllten. Zielgruppe war die deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren. Es wurden nur geschulte und erfahrene Interviewer aus dem deutschlandweiten Feld von USUMA eingesetzt.

**Beschreibung der Stichprobe**

Von den 5.036 Befragten wurden nur diejenigen in die folgende Untersuchung einbezogen, die über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen (N = 4872; bei der Untersuchung kann es zu abweichenden Gruppengrößen kommen, da es bei einzelnen Fragen oder Skalen Antwortausfälle gibt). Nicht differenziert wurde hierbei hinsichtlich des Migrationshintergrunds der Befragten. So gingen 3876 Westdeutsche und 996 Ostdeutsche in die Untersuchung mit ein. In der folgenden Darstellung kann die Zahl variieren, so verringert sich die Untersuchungsgruppe, wenn einzelne Fragen

von Befragten nicht beantwortet worden sind. Hinsichtlich der beschriebenen Merkmale (Alter, Geschlecht, Ost/West, Einkommensgruppen, etc.) entspricht die Untersuchungsgruppe den Merkmalen der Allgemeinbevölkerung. Es kann also von der Repräsentativität der Stichprobe ausgegangen werden.

**Ergebnisse**

Zunächst werden die Zustimmungswerte zu den rechtsextremen Einstellungen für die einzelnen Fragen, getrennt nach den Dimensionen berichtet. In den Tabellen sind die Antworten, die als rechts-extreme Einstellung gelten, grau unterlegt. Die Prozent-Angaben sind gerundet, so dass je Zeile eine Abweichung vom Wert 100% auftreten kann.

**Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur**

Diese Dimension untersucht ein Gesellschaftsverständnis das keine abweichenden politischen Einstellungen toleriert (»Volksgemeinschaft«) und eine diktatorische Staatsform befürwortet die nicht durch demokratische Entscheidungsprozesse das imaginierte Wohl der »Bevölkerung« vertritt (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1 – Prozentuale Ergebnisse der Dimension Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur 2006

		lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	stimme voll und ganz zu %
01	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	48,4	23,1	19,5	7,3	1,7
02	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	31,8	19,5	22,7	19,1	7
03	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	47	19,1	18,7	12,1	3,3

**Chauvinismus**

Ähnlich der Vorstellung einer »Volksgemeinschaft«, die nur ein Interesse kennt und dieses nach Innen mit »harter Hand« durchsetzt, steht

im Hintergrund der Fragen zum Chauvinismus das ideologische Bild eines »deutschen Interesses«, das nach Außen durchgesetzt werden muss (vgl. Tabelle 2). Nicht alle Deutschen, die sich ein stärkeres Nationalgefühl wünschen, befürworten aber eine aggressivere Außenpolitik.

Tabelle 2 – Prozentuale Ergebnisse der Dimension Chauvinismus 2006

		lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	stimme voll und ganz zu %
1	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	14,2	15,1	31,3	27,8	11,7
2	Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	20,3	17,6	31,4	23,2	7,6
3	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	22,7	19,6	29,2	21,5	6,9

### Ausländerfeindlichkeit

Mit den Fragen zur Ausländerfeindlichkeit werden Ressentiments abgebildet, die sich gegen

Migrantinnen und Migranten richten (vgl. Tabelle 3). Im Mittelpunkt dieser Dimension steht eine Vorstellung einer Nation als Schicksalsgemeinschaft mit ihren antidemokratischen und rassistischen Implikationen.

Tabelle 3 – Prozentuale Ergebnisse der Dimension Ausländerfeindlichkeit 2006

		lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	stimme voll und ganz zu %
1	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	14	17,2	31,9	21,7	15,2
2	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	17,7	18,2	29,3	19,9	15
3	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	16,5	15,9	28,5	23,4	15,7

### Antisemitismus

Diese Dimension untersucht die klassische antisemitische Projektion einer »rassistischen Unter-

scheidbarkeit« von Juden die im Sinne einer manichäischen Welterklärungsideologie einerseits als »Minderwertig« andererseits als »Omnipotent« definiert werden. (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4 – Prozentuale Ergebnisse der Dimension Antisemitismus 2006

		lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	stimme voll und ganz zu %
1	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	35,1	23,5	23,6	13,3	4,6
2	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	40,9	24,7	20,7	10,5	3,3
3	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	40,3	23,7	22,4	10,6	2,9

## Sozialdarwinismus

Im Sozialdarwinismus findet sich, wie beim Rassismus, eine Biologisierung des gesellschaftlichen Geschehens. Der »Sozialdarwinismus« hat, entgegen der Vorstellung von Darwin, eine »kausale«

Vorstellung von der Arterhaltung, d. h. der Stärkere muss sich durchsetzen, damit die Gattung überleben kann. Dies impliziert die Sichtweise auf scheinbar »schwache« Mitglieder der Gesellschaft als Ballast oder »unwerten Leben« (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5 – Prozentuale Ergebnisse der Dimension Sozialdarwinismus 2006

		lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	Stimme voll und ganz zu %
1	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	38,1	23,2	21	14,4	3,3
2	Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	38,6	24,4	22,3	12,1	2,7
3	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	55,7	18	16,2	7	3,2

## Verharmlosung des Nationalsozialismus

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist ein klassisches Motiv des Rechtsextremismus ist.

Kern dieser Skala ist neben der Leugnung des Zivilisationsbruchs durch das nationalsozialistische Deutschland auch die Hervorhebung »guter Seiten« des Nationalsozialismus (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6 – Prozentuale Ergebnisse der Dimension Verharmlosung des Nationalsozialismus 2006

	lehne völlig ab %	lehne über- wiegend ab %	stimme teils zu, teils nicht zu %	stimme über- wiegend zu %	Stimme voll und ganz zu %
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	49,8	22,4	16,2	8,6	3
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	53,1	22,6	16	5,7	2,6
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	47,1	21,1	20,8	8,2	2,8

Zusammenfassend fallen die im Einzelnen sehr hohen Zustimmungswerte zu den Aussagen auf. Auch wird sichtbar, dass neben den Zustimmungswerten die Antworten »stimme teils zu/teils nicht zu« relativ hoch ausfallen. Im Folgenden werden wir uns vor allem mit den Zustimmungswerten beschäftigen, die zum Teil hohen »teils/teils-Antworten« sollen aber noch kurz kommentiert werden: Hier zeigt sich ein Antwortverhalten, das schwer zu interpretieren ist. Diese Antworten können zu einem guten Teil

durch die soziale Erwünschtheit mitbestimmt worden sein. Das würde bedeuten, die Befragten wären eher einer rechtsextremen Position zugeeignet, erwarten aber eine negative Reaktion vom Interviewer, wenn sie das zu erkennen geben würden. Aber selbst diese Antwort beinhaltet eine »teilweise Zustimmung« zu der entsprechenden Aussage, also zu einer rechtsextremen Position.

Diese Aussagen können in eine Analyse an dieser Stelle nicht einfließen, da eine manifeste rechts-

extreme Einstellung im Folgenden Gegenstand der Auseinandersetzung ist. Allerdings kann das Potenzial rechtsextremer Einstellung mit Blick auf die »teils/teils«-Antworten als hoch bewertet werden. Auch ist für eine weitergehende Analyse die Zusammensetzung der Gruppe interessant, die diesem Antworttyp zuneigt.

### Ergebnisse unterschieden nach Gruppen

Im Folgenden werden die Ergebnisse für einzelne Gruppen aufgeschlüsselt, bezogen auf die Skalen, dargestellt. Während im vorigen Abschnitt die Zustimmungswerte für die einzelnen Aussagen für die gesamte Stichprobe aufgeführt wurden, fassen wir im Folgenden die Antworten zu einem gemeinsamen Wert je Skala zusammen. Die folgenden Prozentangaben beziehen sich auf jene Befragten, die allen Statements einer Skala zugestimmt haben (»stimme zu« und »stimme voll und

ganz zu«). Bei Personen, die gleichermaßen allen Aussagen je Skala zugestimmt haben, sprechen wir von einem entsprechend geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Personen, die nur einzelnen, aber nicht allen drei Aussagen zugestimmt haben, werden nicht aufgenommen. Dadurch sind die Prozentangaben je Skala niedriger als bei den oben aufgeführten Prozentwerten für die Einzelaussagen. Die Unterschiede zwischen den Gruppen wurden mit Hilfe eines statistischen Verfahrens (Chi-Quadrat-Test<sup>2</sup>) auf statistisch bedeutsame Unterschiede überprüft. Statistisch bedeutsam oder auch signifikant ist ein Ergebnis, dass mehr als zufällig einen Unterschied zeigt. Nicht jeder Unterschied ist auch statistisch bedeutsam.

Die Zusammenfassung der Zustimmungswerte nach neuen (Ost) und alten (West) Bundesländern macht die Unterschiede deutlicher (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7 - Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland, Herbst 2006 (in Prozent)

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur*	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus*	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit*	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus*	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus*	4,5	4	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus*	4,1	4,6	2

Bevölkerung ab 14 Jahre (N = 4872) (mit \* gekennzeichnete Werte sind statistisch bedeutsam unterschiedlich, -> Chi-Quadrat nach Pearson  $p < .01$ )

Die höchsten Zustimmungswerte erhalten bundesweit chauvinistische, ausländerfeindliche und antisemitische Aussagen. Während nur etwa jeder zwanzigste Deutsche eine Diktatur befürwortet bzw. den Nationalsozialismus verherrlicht und sozialdarwinistischen Aussagen zustimmt, finden ausländerfeindliche Aussagen Zustimmung von einem Viertel der Bevölkerung. Bezogen auf die Ausländerfeindlichkeit treten auch die auf allen Skalen unterschiedlichen Werte für Ost- und Westdeutschland deutlicher ins Auge: Im Osten stimmt ausländerfeindlichen Aussagen jeder dritte Befragte zu. Dagegen hat der klassische Antisemitismus eine stärkere Ausprägung in Westdeutschland zu haben, wenn auch mit geringerer Aus-

prägung: knapp jeder zehnte Westdeutsche zeigt sich als Antisemit. Auch sind ein Fünftel der Westdeutschen chauvinistisch eingestellt.

Die Mitglieder der beiden großen Amtskirchen (Evangelisch-Lutherisch und Römisch-Katholisch) unterscheiden sich in der Erhebung von den Konfessionslosen (vgl. Tabelle 8). Protestanten wie Katholiken weisen niedrigere Werte in der Skala »Ausländerfeindlichkeit« auf, dafür zeigen sie sich antisemitischer als die Konfessionslosen. Die Befragten katholischen Glaubens stechen mit einem statistisch bedeutsamen, höheren Chauvinismuswert hervor.

Tabelle 8: Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Kirchenzugehörigkeit (in Prozent)

	Evangelisch (N = 1843)	Katholisch (N = 1696)	Keine Religion (N = 1153)
Befürwortung Diktatur	3,9	5,1	6,0
Chauvinismus*	18,5	21,0	18,8
Ausländerfeindlichkeit*	27,7	25,8	28,4
Antisemitismus *	8,6	9,9	6,0
Sozialdarwinismus	4,6	4,0	4,8
Verharmlosung Nationalsozialismus*	3,8	5,0	2,9

Bevölkerung ab 14 Jahre (N = 4832) (mit \* gekennzeichnete Werte sind statistisch bedeutsam unterschiedlich, -> Chi-Quadrat nach Pearson  $p < .01$ )

Die Geschlechtereffekte in den Rechtsextremismuswerten sind erwartungskonform. Auch wenn die Unterschiede zwischen Männern und Frauen nicht ganz so deutlich ausgeprägt sind, fallen sie doch überwiegend statistisch bedeutsam aus. Allerdings stellen sich Frauen wie Männer gleichermaßen ausländerfeindlich dar. Hier ist der Geschlechterunterschied statistisch nicht bedeutsam.

Der Erwerbsstatus hat einen Einfluss auf den Rechtsextremismus. Diese Beobachtung führte unter anderem zur Desintegration bzw. Deprivationsthese als Auslöser rechtsextremer Einstellungen. Tatsächlich können wir in unserer Untersuchung eine auf allen Skalen rechtsextremistische Einstellung bei den Arbeitslosen feststellen (siehe Decker, Brähler & Geißler, 2006).

Dass die Befragten im Ruhestand nach den Arbeitslosen durchgängig die höchsten Zustim-

mungswerte zu rechtsextremen Aussagen zeigen, könnte mit dem Alter dieser Bevölkerungsgruppe zusammenhängen. Die Altersgruppe der über 60-jährigen erreicht durchgängig die höchsten Zustimmungswerte, die Unterschiede sind zudem bei Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus statistisch bedeutsam (siehe Decker et al., 2006).

Im Folgenden wird der Anteil der Menschen mit einem geschlossenem rechtsextremen Weltbild vorgestellt. Zu diesem Zweck wurde ein Summenwert über alle 18 Fragen gebildet. Wir definieren eine manifeste rechtsextreme Einstellung mit einem Gesamtwert über alle Fragen von größer als 63, das entspricht einem mittleren Antwortwert von 3,5 und damit einer durchschnittlichen Zustimmung auf allen Rechtsextremismus-Skalen (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9 - Anteil der Menschen mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild Einstellungen in West- und Ostdeutschland, Herbst 2006 (in Prozent)

	Insgesamt	Ost	West
Geschlossenes rechtsextremes Weltbild	8,6 %	6,6 %	9,1 %

Ein handlungsbezogenes Element der Einstellung kann das Wahlverhalten sein, daher untersuchten wir das Wahlverhalten von Menschen mit einem geschlossenem rechtsextremen Weltbild. Hier zeigt sich, dass die großen Parteien Menschen mit

einem geschlossenem rechtsextremen Weltbild in ihre Wählerschaft integrieren können. Sie schaffen es deutlich besser als die rechtsextremen Parteien selbst, diese Wählerschicht an sich zu binden (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10 - Was wählen Rechtsextreme? (in Prozent)

	CDU /CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS/ WASG	NPD/ DVU / Republikaner	Nichtwähler
Grenzwert > 63 (N = 390)	35,1	34,4	1,8	4,4	1,8	5,9	16,7

### Zusammenfassung der Ergebnisse zum Rechtsextremismus

Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und im Westen und Osten hoch vertreten. Wir haben festgestellt, dass der Begriff »Rechtsextremismus« irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft. Das kann nicht ausdrücklich genug betont werden. Der Begriff des Rechtsextremismus ist für die politische Analyse offensichtlich zu ungenau. Dies zeigt sich sehr deutlich in den Zustimmungswerten zu einzelnen Aussagen, bei denen teilweise über 40% der Befragten zustimmen konnten. Aber auch auf den Skalen und damit in einer Beschränkung auf geschlossene Weltbilder werden sehr hohe Werte erreicht.

In den Dimensionen des Rechtsextremismus zeigten Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus die höchsten Zustimmungswerte. Dies gilt sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch bei der Betrachtung der relevanten Untergruppen. Es folgt der Antisemitismus als ein sehr bedeutsames Merkmal rechtsextremer Einstellung, das immerhin von fast jedem zehnten Deutschen geteilt wird. So verwundert es nicht, dass sich Menschen mit rechtsextremen Einstellungen bei allen erfragten Akteuren der Demokratie (Parteiangehörige, Gewerkschaftsmitglieder und Kirchen) wieder finden lassen.

**„ Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und im Westen und Osten hoch vertreten. Wir haben festgestellt, dass der Begriff »Rechtsextremismus« irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft.**

Hinsichtlich der Bildung und auch des Geschlechts lassen sich Unterschiede ausmachen. So stimmen Befragte mit hohem Bildungsabschluss den rechtsextremen Aussagen in der Regel seltener zu, wie auch Frauen seltener als Männer rechtsextremen Aussagen zustimmen.

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass der Rechtsextremismus kein Problem ist, das alleine durch Verfassungsschutz oder einzelne politische Gruppierungen zu lösen ist. Hier ist jede gesellschaftliche Institution gefragt, über Strategien gegen Rechtsextremismus nachzudenken und diese umzusetzen.

### Politische Konsequenzen

Im begrenzten Rahmen eines Artikels können die Implikationen unserer Studie nur skizziert werden. Wesentlich ist die Entwicklung einer politisierten inhaltlichen Auseinandersetzung. Die Abgrenzung der Vertreter demokratischer Parteien von Rechtsextremen muss inhaltlich gelingen, nicht nur in der direkten Auseinandersetzung, sondern in der inhaltlichen Abgrenzung auf allen Politikfeldern. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus nur mit Spezialprogrammen wird, berücksichtigen wir die hohen rechtsextremen Einstellungswerte, scheitern. Neben der direkten Konfrontation von demokratischen Inhalten mit rechtsextremen Inhalten müssen die sozio-ökonomischen Verhältnisse, die den Rechtsextremismus begünstigen, geändert werden. Das betrifft die Arbeitsmarktpolitik, Raumordnung, Wohnungsbau und Sozial- wie Bildungspolitik.

Der große Anteil an ausländerfeindlichen Einstellungen in Deutschland fordert politische Handlung und bietet sich als Erläuterung für das im oberen Abschnitt allgemein geschriebene an. Die Ausländerfeindlichkeit ist sehr hoch, es kann sogar von einem dauerhaft hohen Sockelwert gesprochen werden. Dies ist auch Anlass, von politischer Seite eine große Sensibilität im Um-

gang mit ausländerfeindlichen Aussagen einzufordern. Die Ausländerfeindlichkeit auch bei den Anhängern etablierter Parteien weist auf ein großes Problem hin. Die demokratischen Parteien haben mit der Übernahme von mindestens in der Tendenz ausländerfeindlichen Positionen zwar einerseits diese Wählerschichten an sich binden können. Die Frage ist aber, inwiefern sie damit einerseits eine Spirale in Gang setzen, da die öffentlich dokumentierte Akzeptanz von Ausländerfeindlichkeit diese zu einer ebenso akzeptierten politischen Position macht.

Die Konfrontation von demokratischen und rechts-extremen Positionen muss auch auf anderen Politikfeldern gesucht werden. Gewissermaßen ein klassischer Topos der Rechtsextremen ist die »Sündenbock-Theorie«, nach der Minderheiten für negative Entwicklungen verantwortlich seien. Daher sind simplifizierende Verantwortungszuschreibungen auf einzelne Gruppen für komplexe gesellschaftliche Probleme zu vermeiden.

**„ Kurz gesagt: Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wird eine an den Menschenrechten orientierte Bildung und Erziehung benötigt, die vermittelt, das Menschenrechte universell sind und für alle Menschen gelten.**

Weiterhin kann Demokratie nur funktionieren, wenn die Menschen in die Lage versetzt werden, die Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen. Hier steht Bildung an erster Stelle, wie die Daten zum Rechtsextremismus deutlich machen. Aber Demokratie erlernen ist primär Erfahrungslernen: Erfährt man, dass man etwas ändern kann, glaubt man an Demokratie; erfährt man das Gegenteil, nützt auch politische Bildung wenig. Eine Demokratisierung der Bildungsinstitutionen ist deshalb zwingende Voraussetzung für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten und Einstellungen. Eine Möglichkeit hierfür ist das kooperative Lernen, das durch die Thematisierung von Vorurteilen aber auch durch die Form des gemeinsamen Lernens demokratische Werte neben dem reinen Faktenwissen vermittelt (Geißler, 2006; Johnson & Johnson, 2000). Dies beinhaltet aber auch Konsequenzen für die Lehreraus- und Lehrerweiterbildung, beispielsweise hinsichtlich der Menschenrechtserziehung und eben des kooperativen Lernens. Da ein Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und Autoritarismus besteht, ist es notwendig, die Wissensvermittlung entsprechend wenig autoritär zu gestalten. Dies bedeutet aber auch, das Lehrer Position zu undemokratischen und rechtsextre-

men Einstellungen beziehen und diese nicht »überhören«.

Dabei ist es sicherlich notwendig, die Bemühungen um den Ausgleich familiärer Defizite zu verstärken, wofür Familienfürsorge ein Ansatzpunkt sein kann. Das bisher nur unzureichend ausgebaute Betreuungsangebot für Kinder in Kindergärten, Schulen und Kindertagesstätten kann nicht nur mit Blick auf die Entlastung der erwerbstätigen Eltern legitimiert werden. Auch der Ausgleich familiärer Defizite, die Aufnahme von demokratischen Erziehungsinhalten und -stilen kann dies begründen. Die Untersuchungsergebnisse (Decker et al., 2006) belegen deutlich den Einfluss des erinnerten elterlichen Erziehungsverhaltens sowohl auf die Deprivation als auch auf rechtsextreme Einstellungen. Daraus folgt die Aufgabe, insbesondere Vätern die eigene Verantwortung für die Kindererziehung sowie die Notwendigkeit emotionaler Wärme im Umgang mit den eigenen Kindern zu vermitteln. Daher könnte die Förderung einer stärkeren Anteilnahme von Vätern an der Kindererziehung eine Aufgabe der Politik und Zivilgesellschaft sein.

Die politische Stärkung von Bildungsinstitutionen wird durch den Stellenwert der Sozialisationserfahrung begründet. Bildungsinstitutionen müssen auch in die Lage versetzt werden, ihren Bildungsauftrag wahrzunehmen. Das bedeutet sowohl eine deutliche finanzielle Stärkung der Institutionen, als auch eine inhaltliche Überarbeitung der Lehrpläne. So ist es zwar sicherlich sinnvoll, Projektwochen zu Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu veranstalten. Aber bis heute hat weder in den Lehrplänen noch in den Schulbüchern ausreichend Würdigung erfahren, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Die Beseitigung dieser Unterlassung ist wichtige Aufgabe der Politik. Integration muss von einem Sonderthema zum Querschnittsthema des Unterrichts gemacht werden. Ähnlich wie im Gender-Mainstreaming müsste im Zuge eines Migrations-Mainstreaming etwa die Lehrpläne auf ihre Würdigung der Einwanderungsgesellschaft überprüft werden. Zudem sollten Migranten und Juden nicht nur im Kontext von Vorurteilen thematisiert werden. Daneben impliziert der Zusammenhang rechtsextremer Einstellungen mit Sexismus (Decker et al., 2006), dass die Gleichberechtigung der Geschlechter weiterhin thematisiert werden sollte und Jungen und Mädchen gerade auch in der Schule die gleichen Rechte und Pflichten haben. Kurz gesagt: Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wird eine an den Menschenrechten orientierte Bildung und Erziehung benötigt, die vermit-

telt, das Menschenrechte universell sind und für alle Menschen gelten.

Jugendarbeit: ja, aber die Präsenz rechtsextremer Einstellungen in allen Altersbereichen ist in der Ergebnisdarstellung deutlich geworden. Die Schwerpunktsetzung in der Bildungsarbeit auf Jugendliche erfuhre ihre Legitimation vor allem aus der Präsenz von Jugendlichen bei rechtsextrem motivierten Straftaten, also Handlungen. Die Betrachtung der Präsenz von rechtsextremen Einstellungen macht aber einen neuen Fokus notwendig. Die bisher wenig beachteten Lebensalter der frühen Kindheit und der erwachsenen Lebensspanne müssen bei der Präventionsarbeit deutlich stärker in den Fokus genommen werden. Zwar sind Jugendliche und junge Erwachsene als Gewalttäter sichtbarste Exponenten einer rechten Szene, aber deren Rückhalt geht von einem breiten Konsens innerhalb der Bevölkerung aus, wenn nicht immer von Gewalt, so doch der hinter der Gewalt stehenden rechtsextremen Positionen. Die Erwachsenenbildungsarbeit ist mit Sicherheit ein notwendiger Ansatzpunkt bei der Prävention, etwa durch betriebliche Bildungsarbeit, die sich stärker an ältere Arbeitnehmer richten muss.

Abschließend bleibt festzuhalten das rechtsextreme Einstellung auf lange Jahre die Demokratie beschäftigen werden. Die Stärkung der demokratischen Einstellung und der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist eine dauerhafte Aufgabe. Es ist nicht absehbar, dass der Rechtsextremismus an Brisanz und Bedrohungspotential verlieren wird. Die Aufgabe besteht darin, einerseits den Rechtsextremismus zu Bekämpfen und die Grundlagen für ein demokratisches Selbstverständnis bei den Menschen zu legen.

Aber rechtsextreme Einstellungen sind kein Individualproblem, sondern ein Gesellschaftliches. Wie wir mit unserer Diskussion versucht haben zu zeigen, ist es ein Problem der Gesellschaft, unter welchen Bedingungen Menschen in ihr aufwachsen und leben können, wenngleich dies keine Entschuldigung für die individuellen Einstellungen impliziert.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> An dieser Konsensuskonferenz waren beteiligt: Elmar Brähler (Leipzig), Michael Erdinger (Jena), Jürgen Falter (Mainz), Andreas Hallermann (Jena), Joachim Kreis (Berlin), Oskar Niedermayer (Berlin), Karl Schmitt (Jena), Siegfried Schumann (Mainz), Richard Stöss (Berlin), Bettina Westle (Erlangen), Jürgen Winkler (Mainz).

<sup>2</sup> Dieser Test untersucht ob sich die unterschiedlich vorhandenen Häufigkeiten innerhalb eines Aspekts zwischen zwei Gruppen statistisch bedeutsam unterscheiden.

## Literatur

Adorno, Th. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sandford, R. N. (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.

Ahnut, R. & Heitmeyer, W. (2000). *Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine*

*Butterwege, Chr. (2002). Rechtsextremismus. Freiburg: Herder.*

*Decker, O. & Brähler, E. (2005). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschehen. 42, 8-17.*

*Decker, O., Brähler, E. & Geißler, N. (2006). Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Friedrich Ebert Stiftung Forum Berlin: Berlin*

*Decker, O., Niedermayer, O. & Brähler, E. (2002). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin 1, 65-77.*

*Fromm, E. (1936). Studie über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In: Ders., Gesamtausgabe Bd. 1, S. 139-187. Stuttgart: DVA.*

*Geißler, N. (2006). Wissensvermittlung über Antisemitismus durch »Kooperatives Lernen« – Grenzen und Möglichkeiten. In: DiPasquale, V, Schuchmann, U., Stegemann, K., Thomas, S. (Hrsg.) Grenzüberschreitungen – zwischen Realität und Utopie, Westfälisches Dampfboot: Münster*

*Heitmeyer, W. (1987). Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim.*

*Johnson, D. W. & Johnson, R.T. (2000). The three Cs of Reducing Prejudice and Discrimination. In: S. Oskamp (Hrsg.) Reducing Prejudice and Discrimination. Mahwah, NJ: Erlbaum*

*Schubarth, W. & Stöss, R. (Hrsg.) (2000). Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Berlin.*

*Stöss, R. (2005). Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.*

*Winkler, J., Jaschke, H.-G. & Falter, J. W. (1996). Stand und Perspektiven der Forschung. In: Falter, J. F., Jaschke, H.-G. & Winkler, J. G. (Hrsg.). Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung S. 9-21. Opladen. *

## Alten Mythen auf neuen Umwegen – Facetten des Antisemitismus

Von Dr. Andreas Zick und Beate Küpper

»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007. Der für die Tagungsdokumentation zur Verfügung gestellte Beitrag ist bereits erschienen in *Lamed, Zeitschrift für Kirche und Judentum*, 4/2006, 16-19.

### Antisemitismus als legitimierender Mythos

Mythen sind fest in unserem kollektiven Gedächtnis verankert. Sie bieten sich immer wieder erneut zur Erklärung alltäglicher Phänomene wie auch großer gesellschaftspolitischer Ereignisse an und bleiben so bewahrt. In einem dem Zeitgeist angemessenen Gewand transportieren sie den Kern ihrer Botschaft weiter. Mythen helfen uns, die Welt verständlich zu machen, Einsicht und Wahrheit zu gewinnen. Wir brauchen sie insbesondere dann, wenn sich (Um-)Welten verändern und überkommene Wahrheiten brüchig werden. Mythen schaffen Wissen für die Eingeweihten und stellen Bande zwischen ihnen her (Golinwin/Eliade/Campbell 2002). Die sozialpsychologische Sicht betont zudem die legitimierende Funktion von Mythen, die in Form von Ideologien, Glaubensgrundsätzen, Attributionen und Stereotypen moralische wie intellektuelle Rechtfertigung für bestehende oder angestrebte soziale Systeme bieten (Sidanius/Pratto 1999).

Auch der Antisemitismus ist ein solcher legitimierender Mythos, der Ungleichwertigkeit und Ausgrenzung zu rechtfertigen hilft. Er bezieht sich nicht auf einzelne, sondern auf die Gesamtheit der Juden als Kategorie (Kollektiv). Wie in vielen anderen Mythen finden sich in antijüdischen Mythen religiöse Begründungen („Christus- und Gottesmörder“), weltliche Begründungen („Wucherjude“), politische Begründungen („jüdische Weltverschwörung“) und rassistische (natürliche) Begründungen (Charakter, Aussehen). Nicht zu jeder Zeit sind diese Begründungen gleichermaßen wirksam, dennoch bleiben sie im kollektiven Wissen erhalten und können reaktiviert werden. Werner Bergmann (2001) hebt mit Blick auf die Geschichte der Judenfeindschaft hervor, dass das negative Bild von Juden »mehrere historische

Schichten besitzt, wobei die älteren Vorurteilsschichten in der nächsten Phase nicht »vergessen«, sondern nur von neuen überlagert wurden.« (S.1)

Wir unterscheiden zwei Facetten eines klassischen Antisemitismus – den alte Mythos vom jüdischen Einfluss und den tief in die antisemitische Argumentation verstrickten Schuldvorwurf in seiner heutigen Form der Unterstellung, Juden seien durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung mitschuldig.

Neben diesen Formen des klassischen Antisemitismus verweist Bergmann auf den sekundären Antisemitismus. Dieser beinhaltet Aspekte des Vorwurfs einer Vorteilmahme aus der Vergangenheit, die implizite Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit, ausgedrückt im Unwillen, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören, sowie die die Unterstellung von Separation (»Die deutschen Juden fühlten sich stärker mit Israel als mit Deutschland verbunden«).

Wir rechnen darüber hinaus auch antisemitische Einstellungen, die über den Umweg einer Kritik an Israel kommuniziert werden, zu den sekundären Formen von Antisemitismus. Auch hier werden alte Mythen (z.B. der Mythos von »Juden als Kindesmörder«) dem Zeitgeist entsprechend transformiert: Israelbezogener Antisemitismus, also eine Ablehnung von Juden, die durch die israelische Politik legitimiert wird und Israelkritik, die mit NS-Vergleichen und Assoziationen arbeitet, z.B. durch die Verwendung des Wortes »Vernichtungskrieg« (s. dazu ausführlich auch Zick/Küpper 2005).

Die Kategorisierung der Facetten nach traditionell und sekundär ist in der Literatur viel diskutiert, die Ausprägung der unterschiedlichen Facetten des Antisemitismus ist trotz z. T. unterschiedlicher Benennung jedoch weitgehend Konsens.

### »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«

Seit 2002 untersucht das Projekt »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« (GMF) legitimierende Mythen in Bezug auf eine Reihe von Adressatengruppen in einer jährlichen, repräsentativen

Bevölkerungsumfrage.<sup>1</sup> Im Telefoninterview wird um die Zustimmung oder Ablehnung zu Aussagen gebeten, die abwertende, vorurteilige Einstellungen ausdrücken (es stand jeweils eine 4-stufige Antwortkategorie von »ich stimme überhaupt nicht, eher nicht, eher, oder voll und ganz zu« zur Verfügung; die unten genannten Prozentzahlen fassen jeweils die Kategorie »eher« und »voll und ganz« zusammen). Im vergangenen Jahr hat Sandro Cattacin (s. Beitrag im vorliegenden Band) eine ähnliche Befragung auch in der Schweiz durchgeführt. Das GMF-Projekt begreift Vorurteile gegen ganz unterschiedliche Gruppen wie ‚Ausländer‘, Muslime, Schwarze, Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose, Frauen oder auch ganz allgemein gegen Neuankömmlinge als Elemente eines Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Auch der Antisemitismus wird als ein Element des Syndroms verstanden. Unabhängig von jeweiligen Besonderheiten und der historischen Entwicklung der einzelnen Elemente ist diesen Vorurteilen eins gemein: Sie basieren auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit.

Empirisch findet sich Bestätigung für diese These: Wer antisemitischen Aussagen eher zustimmt, neigt mit einer größeren Wahrscheinlichkeit auch dazu, Frauen, Homosexuelle und auch Muslime abzuwerten usw. (Heitmeyer, 2002). Dies ist natürlich nicht bei jedem einzelnen Befragten der Fall, doch über die Gesamtstichprobe hinweg ist der Zusammenhang zwischen den einzelnen Elementen hochsignifikant.

### Antisemitismus in Deutschland

Seit der ersten Erhebung in 2002 ist das Ausmaß des klassischen Antisemitismus in Deutschland weitgehend stabil. In 2002 stimmten fast 22 %, in 2005 21 % der Befragten der klassisch antisemitischen Aussage: »Juden habe zu viel Einfluss« eher oder voll und ganz zu. Für den zweiten Indikator des klassischen Antisemitismus: »Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig« lässt sich sogar ein leichter Rückgang von fast 17 % in 2002 auf 13 % in 2005 verzeichnen. Beide Indikatoren werden auch in anderen Untersuchungen zur Erfassung von klassischem Antisemitismus verwendet. Die hohe Bedeutung der Schuldabwehr und Umkehr, die sich in etlichen Facetten des Antisemitismus spiegelt, findet noch einmal ganz unmittelbare Bestätigung: 24 % der Befragten stimmen der Aussage zu: »Juden sind selbst schuld, wenn man etwas gegen sie hat.«

Antisemitismus ist dabei nicht primär ein Problem der Jungen, sondern wenn, dann eher der Älteren (vgl. auch eine Umfrage des Dokumentationszentrums für anti-rassistische Arbeit (IDA) von 2003). Im Vergleich zu anderen soziodemographisch definierten Gruppen neigen insbesondere ältere, westdeutsche Männer zur Unterstützung klassisch antisemitischer Einstellungen.

**„ Empirisch findet sich Bestätigung für diese These: Wer antisemitischen Aussagen eher zustimmt, neigt mit einer größeren Wahrscheinlichkeit auch dazu, Frauen, Homosexuelle und auch Muslime abzuwerten usw. (Heitmeyer, 2002). Dies ist natürlich nicht bei jedem einzelnen Befragten der Fall, doch über die Gesamtstichprobe hinweg ist der Zusammenhang zwischen den einzelnen Elementen hochsignifikant.**

### Transformierte Facetten und Israelkritik

Darüber hinaus werden auch Indikatoren eines sekundären Antisemitismus berücksichtigt, der alte Vorurteile verklausuliert und weniger offen ausdrückt. Im GMF-Survey 2004 lag ein Schwerpunkt auf der Erfassung von israelbezogenen Facetten. Die Zustimmung zu diesen sekundären Facetten des Antisemitismus ist z. T. erschreckend hoch: 45 % stimmen in 2005 (52 % in 2002) dem Vorwurf der Vorteilsnahme zu: »Viele Juden versuchen aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen«. Implizit einen Schlusstrich fordern 62 % in 2004 (in den anderen Jahren nicht erfasst) ausgedrückt in der Aussage: »Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.« Knapp 56 % machen Juden in Deutschland den Vorwurf der Separation und meinen: »Die deutschen Juden fühlen sich stärker mit Israel als mit Deutschland verbunden.« Fast 32 % äußern Antisemitismus mit Israelbezug, d.h. sie verallgemeinern Juden mit Israel: »Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.« Besonders hoch ist die Zustimmung, wenn es darum geht, eine Kritik an Israel unter Bezugnahme auf einen NS-Vergleich zu äußern: 68 % stimmen eher oder voll und ganz zu, dass Israel einen: » Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser« führt, 51 % sind der Ansicht: »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.«

Eine des Antisemitismus unverdächtige Kritik an Israel ist möglich, aber sie ist rar. 90% derjenigen, die eine Kritik an Israel äußern, signalisieren auch Zustimmung zu mindestens einer Facette des Antisemitismus, über die Hälfte tut dies bei mindestens einer der drei traditionellen Facetten (Einfluss, Schuldzuweisung, Vorteilsnahme).

Nur 11% aller Befragten stimmten in 2004 keiner der sieben Facetten des Antisemitismus zu (bei einer etwas anderen Facettenaufteilung kommt man hier auf 12%). Schließt man die antisemitische Separation und die Forderung nach einem Schlussstrich aus der Berechnung aus – beide Facetten wurden als Indikator für Antisemitismus in Frage gestellt –, äußert ein knappes Viertel (23%) aller Befragten keine Zustimmung zu einer der (dann nur fünf) Facetten. Zugleich finden es 68% in 2002 bzw. 64% in 2004 (nicht erfasst in 2005) gut: »... , dass wieder mehr Juden in Deutschland leben.«

### Antisemitismus und Religion

Gegenüber Juden (wie auch Muslimen) gibt es im Christentum alltagsweltlich und theologisch begründete Vorbehalte. Dies spiegelt sich auch in den Einstellungen Einzelner wider: Konfessionslose (fast 27% in 2005) sind gegenüber den meisten Adressatengruppen – besonders deutlich wird dies beim Sexismus und der Abwertung von Homosexuellen – weniger vorurteilsbehaftet als Christen der beiden großen Konfessionen. Mehr noch als Protestanten stimmen Katholiken antisemitischen Einstellungen zu (s. dazu ausführlich Küpper/Zick 2006). Deutlich wird aber auch, dass weniger die Konfessionszugehörigkeit als vielmehr das Ausmaß an Religiosität die Vorurteilsneigung bestimmt (die Hälfte aller Befragten bezeichnet sich in 2005 als religiös, d.h. 7% als sehr religiös, 44% als eher religiös): Mit zunehmender Religiosität steigen die Vorbehalte gegenüber Juden wie auch allen anderen untersuchten Adressatengruppen.

Dies lässt sich z. T. auf einen christlichen Überlegenheitsanspruch zurückführen: Wer die Ansicht vertritt, die eigene Religion sei »die einzig wahre« (23% in 2002), bzw. der eigene Glaube anderen überlegen (19% in 2005) neigt deutlich stärker zur Abwertung von Juden (und auch aller anderen Adressatengruppen). Sehr Religiöse, die diese Haltung nicht vertreten, erweisen sich auch als weniger antisemitisch.

Vor allem Protestanten neigen dazu, ihre eigenen Vorurteile zu immunisieren, in dem sie auf das bewährte Mittel der Schuldumkehr zurückgreifen. Sie stimmen der Aussagen: »Juden sind selbst schuld, wenn man etwas gegen sie hat« signifikant häufiger zu als Konfessionslose; Katholiken liegen im mittleren Bereich.

### Antisemitismus in der politischen Mitte

Die politische Linke wird häufig eines besonderen Antisemitismus verdächtig. Auch wenn einzelne populistische Versuche von linker Seite unternommen wurden, so zeichnet sich dies nicht in den Daten ab. Vielmehr nimmt der Antisemitismus (wie auch die Zustimmung zu allen anderen GMF-Elementen) im Durchschnitt zu, je weiter sich die Befragten auf der politischen Skala rechts verorten (s. dazu ausführlich Zick/Küpper 2006). Dies gilt auch für die israelbezogenen Facetten.

**„ Vor allem Protestanten neigen dazu, ihre eigenen Vorurteile zu immunisieren, in dem sie auf das bewährte Mittel der Schuldumkehr zurückgreifen.**

Doch auch die politische Mitte ist keineswegs frei von Antisemitismus: Fast 89% derjenigen, die sich in 2004 selbst politisch »genau in der Mitte« verorten – und dies sind in 2004 59% der Befragten –, stimmen mindestens einer Facette des Antisemitismus zu: fast 22% sind der Ansicht, Juden haben zuviel Einfluss; über 17% meinen, Juden seien durch ihr Verhalten an der Verfolgung mitschuldig, 47% teilen die Unterstellung einer Vorteilsnahme durch den Holocaust und 67% sind es leid, von den Verbrechen der Deutschen an den Juden zu hören. Mehr als Befragte des linken Spektrums unterstützen Befragte der politischen Mitte zudem eine Israelkritik, die (unnötigerweise) Vergleiche zu den Verbrechen der Nationalsozialisten bemüht.

Nur knapp 8% aller Befragten äußern sich in keinerlei Form – mit oder ohne antisemitischen Beiklang – negativ über Israel bzw. über Juden mit Bezug auf Israel. Einige dieser Befragten kritisieren ebenso die palästinensischen Angriffe auf Israel, d.h. ihre Kritik richtet sich ganz generell gegen aggressive, kriegerische Auseinandersetzungen zumindest in Bezug auf den Nah-Ost-Konflikt. Es sind insbesondere gebildete westdeutsche Männer und Frauen (hier vor allem die jüngeren), die die Israel-kritische, aber nicht-antisemitische Gruppe bilden. Ihre Kritik an Israel entspringt offenbar einer links-kritischen und

gewaltablehnenden Haltung, was sich auch an ihrer geringeren Akzeptanz von autoritaristischen Gehorsams- bzw. Law-Order-Parolen und einer politisch eher linken Haltung abzeichnet.

### Entfaltung

Am Antisemitismus wird vielleicht mehr noch als in anderen Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit deutlich, wie alte Mythen in modernem Gewand ihren Weg suchen und finden. Grund hierfür ist die bislang breite Akzeptanz von Ächtung offen antisemitischer Einstellungen, auch wenn regelmäßig einzelne Repräsentanten der politischen Elite versuchen, diese Ächtung zu durchbrechen. Die Kritik an Israel, aber auch der Vorwurf von Vorteilsnahme durch den Holocaust sind Beispiele einer solchen Transformation. Kommuniziert werden diese Mythen auch aus der politischen Mitte heraus. Christliche Traditionen spielen offenbar nach wie vor eine problematische Rolle. Antisemitische Einstellungen bilden dabei keine Besonderheit, vielmehr sind sie Teil eines Syndroms der Abwertung, welches eine ganze Reihe von Adressatengruppen einschließt. Zugleich ist der Antisemitismus gemeinsam mit der Fremdenfeindlichkeit und einer autoritären Law-and-Order Haltung Bestandteil des Rechtspopulismus. Er schweißt zusammen gerade dann, wenn die gewohnte Ordnung ins Wanken gerät und der eigene Status in der Gesellschaft bedroht scheint. Juden erfüllen hier zusammen mit anderen schwachen Gruppen nach wie vor die Funktion des Sündenbocks. Anders als andere Gruppen werden sie jedoch als vergleichsweise statushoch betrachtet. Hier scheint auch ein »Neidfaktor« eine Rolle zu spielen. Juden werden, anders als viele andere Adressatengruppen, auch von denen, die selbst in der sozialen Hierarchie vergleichsweise oben stehen, abgewertet.

### Nachsatz

Hin und wieder begegnen uns Zweifel daran, ob dass, was wir in unserer Umfrage erfassen, denn überhaupt Antisemitismus sei. Die von uns verwendeten Aussagen zur Erfassung des Antisemi-

tismus wurden so oder in ähnlicher Form auch in anderen Befragungen verwendet und gehen stimmig mit anderen Indizien von Feindseligkeit einher (z. B. mit Nationalismus). Wir sprechen mit Bedacht nicht von »Antisemiten«, was eine tief und unveränderlich in der Person verankerte Eigenschaft suggerieren würde, sondern von der »Zustimmung zu antisemitischen Aussagen«. Im Einzelfall mögen Befragte einigen der vorliegenden Aussagen auch aus anderen als aus »antisemitischen Motiven« heraus zustimmen, z. B. aufgrund einer intellektuellen Auseinandersetzung mit dem Zionismus. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass die Mehrheit der von uns repräsentativ ausgewählten Befragten solch sophistischen Auslegungen der vorgelegten Aussagen folgt. Alle Indizien sprechen dafür, dass wer hier zustimmt, antisemitischen Aussagen zustimmt und darunter wohl in den seltensten Fällen etwas anderes versteht.

### Anmerkung:

<sup>1</sup> Das GMF-Projekt wird von einem Stiftungskonsortium der Volkswagen, Möllgaard und Freudenberg Stiftung gefördert. Jährlich erscheint der Herausgeberband (Wilhelm Heitmeyer) »Deutsche Zustände« im Suhrkamp Verlag mit neuen Ergebnissen, Essays, Fallgeschichten und Interviews zum Thema Menschenfeindlichkeit.

### Literatur

- Bergmann, W. Antisemitismus. In: Vorurteile. Information zur politischen Bildung, Heft 271. Bundeszentrale für politische Bildung 2001.
- Golowin, S./Eliade, M./Campbell, J. Die großen Mythen der Menschheit. München: 2002.
- Heitmeyer, W. (Hg.). Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a.M.: 2002.
- Küpper, B./Zick, A. Riskanter Glaube: Religiosität und Abwertung. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 179-188). Frankfurt a. M.: 2006.
- Sidanius, J./Pratto, F.. Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression. New York, NY: 1999.
- Zick, A./Küpper, B.. Transformed anti-Semitism – a Report on anti-Semitism in Germany. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 7, 50-92, 2005.
- Zick, A./Küpper, B. Politische Mitte. Normal feindselig. In: W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 115-134). Frankfurt a. M.: 2006. 

## Zur Entwicklung des Antisemitismus im heutigen Polen

Von Prof. Dr. Karol Sauerland

**»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007**

Im Wahlkampf des Herbstes 2007, der mit dem Sieg der rechtsdemokratischen Parteien endete, gab es im Internet einen Wahlspot der Liga der Polnischen Familien, der Partei Roman Giertychs. Man sah, wie polnische Soldaten im Irak aufmarschierten, wie der Exministerpräsident Leszek Miller und der noch amtierende Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski die Beteiligung an dem Krieg und der Besetzung im Irak rechtfertigen, wie schließlich eine Bombe explodiert und wie sich als nächstes der polnische Präsident Lech Kaczynski mit einer jüdischen Kippa auf dem Kopf in Begleitung von Rabbinern zur Klagemauer begibt. Am Ende wird ein Sarg mit der weißroten Fahne von polnischen Soldaten höchstwahrscheinlich in Richtung Friedhof getragen. Auch ohne Kommentar versteht man die Aussage: Unsere polnischen Soldaten riskieren ihr Leben für israelische, sprich jüdische, d.h. fremde Interessen, und PiS (Recht und Gerechtigkeit) ist dafür verantwortlich. Der Liga hat diese Wahlpropaganda zwar nicht geholfen, genügend Stimmen zu erhalten, um ins Parlament zu gelangen, nichtsdestotrotz sagt es einiges über das Demokratieverständnis eines bestimmten Bevölkerungsteils von Polen aus.

Im Jahr 2005 erschien in Polen eine neue Übersetzung von Hitlers *Mein Kampf* mit dem Vorwort des Warschauer Journalistikprofessors Bogdan Michalski, der dem Hörensagen zufolge zeitweilig als Berater von Samoobrona, der Lepper-Partei, und, wie er selber zugibt, als Berater der PSL, der Bauernpartei, tätig war. Im Rahmen einer Diskussion darüber, ob dieses Buch in Polen zugänglich sein sollte oder nicht, meinten einige Witzbolde im Internet, das Vorwort hätte besser Roman Giertych schreiben sollen. Doch das, was Michalski in seinem Vorwort darlegt, müsste dem Parteivorsitzenden der Familienliga eigentlich zugesagt haben. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen versucht er die Bedeutung des Hitlerschen Werkes zu schmälern, indem er darauf verweist, dass es seinerzeit Radikaleres gegeben hätte. Einige Thesen Hitlers entbehrten im Übrigen nicht einer »gewissen Dosis gesunden Menschen-

verstandes«, z.B. jene, dass die »Bauern als Eigentümer von Grund und Boden ein stabilisierendes ethnographisches Element darstellen als die Stadtbewohner, sie seien weniger für eine Rassenmischung anfällig«. Direkte Bezüge zu Polen finde man in *Mein Kampf* zwar nicht, aber es gäbe den ewigen Drang der Deutschen nach Osten, der Hitlers Lebensraumkonzept eingeschrieben sei. Die Polen als die unmittelbaren östlichen Nachbarn müssen ihm daher als erste zum Opfer fallen. Es sei dagegen nicht ausgemacht, ob Hitler tatsächlich den Holocaust oder nicht lediglich die Vertreibung der Juden aus Europa angestrebt habe. Sein Antisemitismus ergebe sich aus seiner Rassendoktrin, demzufolge er »zahlreiche positive Eigenschaften der Juden anerkenne«. Durch diese würden sie zu Hauptkonkurrenten derjenigen, die die Weltherrschaft anstreben, d.h. der Arier. Und darauf folgen die Sätze Michalskis: »Der Widerwille der Deutschen den Juden gegenüber hatte in den zwanziger Jahren in großem Maße ökonomische Gründe und solche der Abrechnung. Die Juden haben während des Krieges den Einsatz an der Front gemieden und wenn sie schon Armeedienst leisten mussten, sind sie in die Verwaltung oder Intendantur gegangen. Viele sind durch den Krieg (z.B. durch Heereslieferungen, die Industrie) zu Vermögen gelangt. Insgesamt gestaltete sich die ökonomische Lage der Juden relativ besser als die der hungernden deutschen Mehrheit. Unabhängig davon erlangten die Juden – vor allem in Österreich – einen enormen Einfluss an den Hochschulen und in der Kultur sowie in den freien Berufen (vor allem Ärzte und Advokaten)«.

Nach Michalski sollten die Studenten der Geschichte und Politologie *Mein Kampf* lesen, um sich klar zu machen, wie sich die Deutschen nach einer Herrschaft über die anderen Völker sehnen. Diese Sehnsucht sei auch nach 1945 noch lebendig geblieben, was aus dem Streben Deutschlands zu ersehen sei, einen festen Sitz im Sicherheitsrat der UNO zu erlangen. Durch die Kenntnis von *Mein Kampf* werde die Deutschlandkunde in Polen erheblich vertieft. Leider gäbe es noch kein Werk, in dem Hitlers Thesen in *Mein Kampf* mit seinen Reden verglichen werden. Dies wäre interessanter als das »psychoanalytische Gestammel in den USA zum Thema der Persönlichkeit von Hitler«.<sup>1</sup>

Ich hatte am 8. Juni 2005 über die polnische Ausgabe von *Mein Kampf* und dieses Vorwort in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* berichtet. Einen

Monat später druckte die Wochenschrift *Angora* meinen Artikel ohne mein Einverständnis in einer schlechten polnischen Übersetzung ab und ließ Michalski zu Wort kommen. Er wirft mir vor, dass meine Polemik nicht den guten Gepflogenheiten unter Wissenschaftlern entspreche, es sei denn ich verstehe sie so wie Goebbels. Ich könne ihm nicht Antisemitismus vorwerfen, denn er habe nur Erkenntnisse in deutschen und österreichischen Zeitungen der zwanziger Jahre zitiert. Auf den letzten Satz, den die Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hinzugeschrieben hatte: »Das endgültige Verbot dieses Buchs wäre somit doppelt gerechtfertigt«, antwortete Michalski: »Während des Juliprozesses zum Reichstagsbrand stellte der Angeklagte G. Dimitrow H. Goering, der als Zeuge auftrat, einige Fragen, auf die H. Goering mit Schreien reagierte. G. Dimitrow kommentierte dies in aller Ruhe: Fürchten Sie sich vor meinen Fraget, Herr Marschall? Ich erlaube mir eine gewisse Transvestie: »Haben Sie vor der polnischen Übersetzung von »Mein Kampf« und vor meinem Vorwort Angst, Herr K.Sauerland?«. Ich schrieb einen Leserbrief an die Wochenschrift *Angora*, in dem ich vor allem auf die schlechte Übersetzung meines FAZ-Artikels verwies. Der Redakteur der Auslandsabteilung bedankte sich für meinen Brief und verließ seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass ich einen Professor meiner Universität im Ausland angreife. Mein Brief wurde nicht abgedruckt. Ich nehme an, man wollte sich wegen der schlechten Übersetzung nicht blamieren. In dieser Wochenschrift erscheinen vor allem Artikel aus der Weltpresse. Sie wird deswegen von vielen gern gekauft. In der polnischen Presse hat, soweit mir bekannt ist, sich niemand zu Michalskis Standpunkt geäußert. Die Universitätsleitung wusste und weiß wahrscheinlich nicht, dass es diesen antisemitisch eingestellten Professor gibt, und wenn sie es wüsste, würde sie sicher versuchen, es nicht zu bemerken.

Die letzte große Antisemitismusdebatte in Polen hat bekanntlich Jan Tomasz Gross mit seinem Buch *Nachbarn* entfacht, d.h. ein Pole bzw. ursprünglicher polnischer Staatsbürger, der 1968, im Jahr der großen antisemitischen Kampagne, Polen verlassen hatte und später in Princeton Professor wurde. Und es wird sicher, wenn sein nächstes Buch *Fear. Anti-Semitism after Auschwitz* auf Polnisch erscheint, zu einer ähnlichen Debatte kommen. (*Anmerkung des Autors: So sagte ich es auf der Konferenz Ende 2007 voraus und es scheint nach Erscheinen des Buches leidenschaftlicher zuzugehen, als ich es annahm.*) Gross ist der Ansicht, dass die antisemitischen Pogrome

unmittelbar nach Ende der Kriegshandlungen, vor allem gegen die aus der Sowjetunion zurückkehrenden Juden, weder aus dem Vorkriegsantisemitismus noch aus dem sogenannten Judeobolschewismus zu erklären seien. Die Gründe für die antisemitischen Taten lägen vielmehr in der Angst vor der Aufdeckung polnischer zum Teil verbrecherischer Handlungen gegenüber Juden in der Zeit der Shoa sowie in der Angst vor dem Eingeständnis des mangelnden Mitleids mit den Opfern, die zu Hunderttausenden dem Tod entgegengingen. Die Polen hätten sich zwar nicht die Shoa ausgedacht, aber nicht wenige hätten sich im Einverständnis mit dem deutschen Besatzer an dem Verbrechen direkt oder indirekt beteiligt.

“ **Die Gründe für die antisemitischen Taten lägen vielmehr in der Angst vor der Aufdeckung polnischer zum Teil verbrecherischer Handlungen gegenüber Juden in der Zeit der Shoa sowie in der Angst vor dem Eingeständnis des mangelnden Mitleids mit den Opfern, die zu Hunderttausenden dem Tod entgegengingen. Die Polen hätten sich zwar nicht die Shoa ausgedacht, aber nicht wenige hätten sich im Einverständnis mit dem deutschen Besatzer an dem Verbrechen direkt oder indirekt beteiligt.**

Daher wurden die Juden, die überlebt hatten und in ihre Heimatorte zurückkehren wollten, nicht nur nicht gern gesehen, sondern sie mussten auch um ihr Leben bangen. Ersteres erkennt man besonders deutlich an Aufrufen aus Kreisen der »arischen Bevölkerung«, nach denen für Juden in dem jeweiligen Ort kein Platz sei. So wurden die Juden in Radom über Flugblätter aufgefordert, bis zum 15. August 1945 die Stadt zu verlassen. Doch bereits vor Ablauf dieses »Ultimatums« wurden jüdische Genossenschaften überfallen, wobei vier Personen ums Leben kamen. In Jodlowice bei Debica flohen alle Juden, als auf der Versammlung der Bauernpartei beschlossen wurde, die Juden zum Verlassen des Ortes aufzufordern. Das Zentralkomitee der polnischen Juden stellte im April 1945 die Lage der jüdischen Bauern in der Woiwodschaft Rzeszów als hoffnungslos dar: Auch wenn sich die Beziehungen zu ihren polnischen und ukrainischen Nachbarn gut gestalten, seien sie angesichts der ständigen Überfälle von Banden gezwungen, in die Städte zu fliehen und dort ein ärmliches Leben zu führen.<sup>2</sup> Ein fast extremes Beispiel für das Verjagen der jüdischen Bewohner liefert die nordöstlich von Lublin liegende Ortschaft Parzew. Sie wurde am 5.2.1946 mit Unterstützung der Ortsbevölkerung von über einhundert

bewaffneten und z.T. uniformierten Angreifern umzingelt, damit gegen die dort lebenden Juden – ihre Zahl betrug etwa 200 – vorgegangen werden konnte. Drei Juden wurden ermordet, einer verwundet, alle wurden beraubt.<sup>3</sup>

Besonders erstaunlich ist es, dass der Anlass für die Pogrome am 11. August 1945 in Krakau,<sup>4</sup> am 12. Juni 1946 in Rzeszów und am 4. Juli 1946 in Kielce die eher mittelalterliche Vorstellung war, Juden würden der Matze das Blut christlicher Kinder beimischen.<sup>5</sup> Diese Vorstellung wurde sogar in den Reihen des katholischen Klerus geteilt. Sie scheint stärker gewesen zu sein als die, dass zwischen Kommunisten und Juden ein Gleichheitszeichen zu setzen sei.

In Rzeszów wurde, wie der Advokat Dr. Mojzesz Landau in einem Bericht schreibt, in der Nacht vom 11. zum 12. Juni im Keller eines Hauses, in dem auch Juden wohnten, die Leiche eines achtjährigen Kindes gefunden. Sogleich hieß es, dass es sich um einen Ritualmord handle. Es fanden sich sofort Zeugen, die erklärten, nicht nur diesen Mord, sondern auch den an anderen Kindern mit eigenen Augen gesehen zu haben. Ab sieben Uhr früh wurden alle Juden in der Stadt verhaftet und geschlagen. Die Bahnpolizei holte Juden bzw. Polen jüdischen Aussehens aus den Zügen und verhaftete sie. Die Ortsbewohner halfen beim Aufspüren von Juden. Erst am Nachmittag veränderte sich die Lage. Viele Juden verließen für immer die Stadt. Am Abend teilte die *Gazeta Rzeszowska* in einer Extraausgabe mit, der Mord an dem Mädchen sei ein Sexualmord gewesen. Die Leiche sei in ein Haus geworfen worden, das zum Teil von Juden bewohnt wurde, was die Ursache der Unruhen gewesen sei.<sup>6</sup>

Das Zentralkomitee der Juden in Polen wies immer wieder auf die antijüdischen Ausschreitungen hin und verlangte, entschiedene Schritte dagegen zu unternehmen. Doch die neuen kommunistischen Machthaber reagierten nur halbherzig. Sie nutzten die vielen Zwischenfälle einzig für ihren Propagandafeldzug gegen die sogenannten bourgeoisen, feudalen und reaktionären Kräfte.<sup>7</sup> Als besonders genehm musste ihnen das Pogrom in Kielce erscheinen. Es fand vier Tage nach einem Referendum statt, dessen Ergebnisse die Kommunisten in diesen Tagen zu ihrem Gunsten fälschten, was in der westlichen Öffentlichkeit mit Empörung zur Kenntnis genommen wurde. Polen wurde als Opfer sowjetkommunistischer Manipulationen wahrgenommen. Doch als bekannt wurde, dass in Polen in einer größeren Stadt die dort lebenden Juden, darunter Kinder und schwangere Frauen von einer

tobenden Menge wegen eines angeblich entführten christlichen Kindes angegriffen worden waren, wobei zweiundvierzig von ihnen ihr Leben verloren, triumphierten die linken Kräfte.<sup>8</sup> In einem solchen Land, so ihre Argumentation, ist eine kommunistische Regierung vorzuziehen. Sie sahen nicht oder verschwiegen absichtlich, welche wichtige Rolle Polizisten und Armeemitglieder bei der Auslösung und dem Verlauf des Pogroms gespielt hatten.<sup>9</sup>

Das Ausland irrte sich allerdings gewaltig, denn die sowjethörigen Kommunisten in Polen erwiesen sich mit der Zeit immer deutlicher als Nationalkommunisten (was auch eine der Thesen von Gross ist). Den Schlusspunkt setzten sie im Jahre 1968, als sie die letzten Juden aus Polen vertrieben. Ich nannte dies in meinem Buch *Polen und Juden zwischen 1939 und 1968. Jedwabne und die Folgen* den von den Machthabern initiierten Antisemitismus.

Wie ich bereits sagte, wird bald eine polnische Version des Buches *Fear* von Gross vorliegen. Für diejenigen, die des Englischen nicht mächtig sind, gibt es im Internet eine Kurzrezension vom Juni 2006. Die Leser wurden aufgefordert, ihre Kommentare hinzuzufügen. 241 Einsendungen sind mit dem Datum 2006-06-27 versehen. Ich habe sie am 17.10. 2007 aus dem Internet kopiert.

**„ Das Zentralkomitee der Juden in Polen wies immer wieder auf die antijüdischen Ausschreitungen hin und verlangte, entschiedene Schritte dagegen zu unternehmen.**

Die meisten von ihnen sind erschreckend primitiv antisemitisch, primitiv sowohl sprachlich wie auch argumentativ. Die furchtbarsten Ausdrücke findet man da, z.T. voller Haß.<sup>10</sup> Als Argumente werden immer wieder angeführt, dass die Juden im Sicherheitsdienst aufrechte Polen verfolgt hätten, dass die Juden mit den Sowjets und den Nazis zusammengearbeitet hätten, um Polen zu schaden, dass sie nur Geschäfte machen, dass sie die polnische Gastfreundschaft nicht zu schätzen gewusst, den Polen ihr Eigentum weggenommen hätten, dass sie selber im Ghetto Juden an die Deutschen ausgeliefert hätten, dass sie heute den Palästinensern gegenüber mörderisch vorgehen, sich diesen gegenüber wie Okkupanten verhalten, dass sich die reichen Juden und insbesondere die amerikanischen Juden passiv verhalten haben etc. Darüber hinaus fällt immer wieder das Argument, dass doch so viele Polen ihr Leben eingesetzt hätten, um Juden zu helfen, man sehe es

an den vielen Bäumen in Yad Vashem, aber Undankbarkeit sei gleichsam der Welt Lohn, nicht einmal die geretteten Juden würden zugunsten von Polen das Wort ergreifen. Es fehlt auch nicht an Stimmen, die meinen, Hitler habe keine ganze Arbeit geleistet. Ein »ss« schreibt, würde er an der Macht sein, würde er alle ins Gas schicken. Ein Christian bedauert, dass nicht auch die Grossens, Bermans (gemeint ist damit Jakob Berman, der in der sogenannten stalinistischen Zeit für den Sicherheitsdienst verantwortlich war) von Hitler ermordet worden sind.

Gross selber wird als untalentierte und unwissende Historiker, als Märchenerzähler, Aufhetzer, undankbarer Jude hingestellt. Ihm wäre nur daran gelegen, die Polen wieder aufzubringen. Manche werfen ihm auch vor, er wolle einfach Geld machen.

Es gibt allerdings auch einige positive Stellungnahmen und Polemiken gegen die antisemitischen Stimmen: etwas Selbstkritik würde nützen, lesen wir, der Antisemitismus sei tatsächlich in Polen weit verbreitet, man möge erst einmal das Buch von Gross lesen, ehe man dazu Stellung nähme, und auch bedenken, welche Rolle die Kirche in der Vergangenheit gespielt hat. Die Juden, die es wagten, in ihre Heimatorte zurückzukehren, seien tatsächlich von den neuen Bewohnern feindselig behandelt worden. Jemand meint, dass diese judenfeindlichen Kommentare in einer nächsten Generation als Nachweis dafür dienen werden, welch furchtbarer Antisemitismus in Polen geherrscht habe.

Das Buch *Fear. Antisemitism in Poland after Auschwitz* von Gross war eine Woche vor dem sechzigsten Jahrestag des Pogroms in Kielce bei Princeton University Press erschienen. Elie Wiesel rezensierte es am 25. Juni 2006. Es handle sich um ein äußerst wichtiges Buch, erklärte er. Er ging hierbei von seinen negativen Eindrücken aus, die er zehn Jahre zuvor hatte, als er an dem Gedenken zum fünfzigsten Jahrestag des Pogroms in Kielce teilnahm und gegen die Errichtung von Kreuzen in Auschwitz protestierte. Wiesels Buchbesprechung veranlasste den in Washington amtierenden polnischen Botschafter Janusz Reiter – ehemals deutscher Botschafter in Bonn und Berlin – in der *Washington Post* sowohl zu dem Buch von Gross wie auch zu der Rezension von Wiesel Stellung zu nehmen. Er verwies auf die intensive Diskussion über die polnisch-jüdischen Beziehungen in Polen, die gerade durch das Jedwabne-Buch von Gross angeregt worden sei. Vorwürfe, es gäbe in Polen einen verbreiteten Antisemitis-

mus seien unberechtigt. Und es wäre vor allem verheerend, wenn die Stimmen zu *Fear* als ein Zeichen für die Zunahme des Antisemitismus interpretiert werden würden. Auch Adam Michnik fühlte sich aufgerufen, seiner Beunruhigung Ausdruck zu geben. Er schickte der *Washington Post* einen Leserbrief, in dem er Wiesel eine Überzeichnung der wirklichen Stimmungen in Polen vorwarf. Polen sei im Grunde genommen dasjenige osteuropäische Land, in dem mit den eigenen verbrecherischen Verstrickungen am gründlichsten abgerechnet worden sei und werde. Michnik war, wie schon bei der Jedwabne-Diskussion, um den Ruf Polens in den Staaten besorgt. Der Historiker Piotr Oseka erklärte dagegen, man brauche sich vor dem Buch von Gross nicht zu fürchten. Die These, dass die zurückkehrenden Juden deswegen vertrieben oder gar getötet wurden, weil man Angst davor hatte, ihnen ihr Eigentum zurückgeben zu müssen, sei nicht falsch, aber das Ganze sei komplizierter. Er verwies, wie auch viele andere Historiker, auf das Chaos, das durch die Besatzungszeit, das Wüten der Sowjetarmee, die unklaren Machtverhältnisse und die erzwungenen Ortswechsel entstanden war. Aber ein Buch wie das von Gross könne auf die Forschung und die öffentliche Debatte belebend wirken.<sup>11</sup>

Sowohl zu Michniks wie auch zu Osekas Äußerungen gab es im Internet wiederum spontane Kommentare (einmal 63 und das andere Mal 33), die sich von den oben geschilderten kaum unterscheiden.

In der zweiten Nummer der Zeitschrift *Zagłada Żydów* (Die Vernichtung der Juden) erschien eine ausführliche Rezension des Buches von Gross.<sup>12</sup> Sie stammt aus der Feder von Bożena Szaynok, die 1992 ein Buch über den Pogrom in Kielce veröffentlichte. Die Autorin gibt darin eine Übersicht über die einzelnen Kapitel, um dann Vorbehalte in bezug auf die Interpretation einzelner Quellen vorzubringen und auf die traumatischen Erlebnisse der Polen von 1944 an zu verweisen: den Einmarsch der Roten Armee, den Massenterror, den die neuen Machthaber zusammen mit den Sowjets ausübten, die Umsiedlungen. Sie hätte noch die Suche nach den Vermissten in den eigenen Familien hinzufügen können, die vom deutschen Besatzer zu Zwangsarbeit verpflichtet oder zu Konzentrationslager verurteilt worden waren. Einwände dieser Art treffen allerdings nicht Grossens Hauptthese, dass es den Polen um das jüdische Eigentum ging, in dessen Besitz sie gelangt waren, was ihr Gewissen – zumindest unbewusst – belasten musste. Gross fügt hinzu,

dass auch die Administration, die Funktionäre der herrschenden Partei und die Kirche in Eigentumsfragen im Prinzip antijüdisch eingestellt waren. Um Probleme zu umgehen, suchten die neuen Machthaber die aus der Sowjetunion zurückkehrenden Juden in den ehemaligen deutschen Gebieten anzusiedeln, wie Frank Golczewski auf der von mir im Juni 2004 am Fritz-Bauer-Institut organisierten Konferenz »Die Nachgeschichte des Holocausts in Ost- und Mitteleuropa« an konkreten Beispielen ausführte.

„ **Nach einem Ende der neunziger Jahre erlassenen Gesetz haben die in Polen existierenden jüdischen Gemeinden – es sind zur Zeit acht – ein Recht auf Rückgabe von Objekten (Synagogen, Friedhöfe, Gemeindehäuser, Schulen, Altenheime, Krankenhäuser etc.), die sich einst in jüdischem Gemeindebesitz befanden.**

Wie Polen während der Besatzungszeit »legal« jüdisches Eigentum in ihren Besitz zu bringen suchten, hat u.a. Calel Perechodnik, der der jüdischen Polizei in Otwock bei Warschau angehörte, in seinen 1943/44 niedergeschriebenen Erinnerungen beschrieben:

Es gab vereinzelte Vorfälle, dass der Mob ‚Jude‘, ‚Jude‘ schrie, um Juden bei Deutschen anzuzeigen. Im Allgemeinen war das Verhältnis aber ziemlich korrekt. Das, was die Polen verlangten, nein, ich schreibe nicht richtig – was sie vorschlugen, führte zum: Umschreiben der Geschäfte auf ihre Namen, zur Übergabe der Wohnungen mit Möbeln an sie oder zum Deponieren von Mobiliar bei ihnen. Sicherlich hatten nicht alle von Anfang an vor, sich diese Güter anzueignen, aber – sofern es um Otwock geht – sahen die Juden in neunundneunzig Prozent aller Fälle einen Monat nach Geschäftsübergabe keinen Groschen mehr. Genauso war es meist mit Wohnungen, Möbeln und jeglicher Art Mobiliar. Lauthals bemitleideten sie die Juden, spinnen mit ihnen gemeinsame Pläne für die Zeit nach dem Krieg, aber alle Polen haben versucht, und das räume ich ein, auf legale Weise, ohne Mithilfe der Deutschen, in den Besitz jüdischer Geschäfte oder Vermögen zu gelangen. Verständlich, dass Juden den schönen Worten auf den Leim gingen und im guten Glauben verschiedene Verträge schrieben. Kaum einer wurde eingehalten.<sup>13</sup>

In den Memoiren anderer Autoren kann man aber auch Schlimmeres lesen, vor allem im Augenblick

der Aussiedlungsaktionen, der sogenannten Räumungen der Ghettos.

In ironischer Weise schrieb der Literaturwissenschaftler Kazimierz Wyka in einer umfassenden Darstellung der Besatzungszeit über den Besitzwechsel der Läden: jetzt wären alle Läden, wie lange ersehnt, in polnischer Hand, aber der Handel funktioniere deswegen keineswegs besser als zuvor, als die Juden in den Augen der Polen das Geschäftsleben bestimmten.<sup>14</sup>

Wie die Eigentumsfragen noch heute die polnische Bevölkerung bewegen, erkennt man an folgenden zwei Fällen:

In Wroclaw/Breslau versuchte die jüdische Gemeinde vor einigen Jahren ein Krankenhaus zurückzuerlangen, das einst ein jüdisches war, doch im Dritten Reich »arisiert« und nach 1945 nationalisiert wurde. Der Direktor des Krankenhauses sprach sich für dessen Rückführung in den Besitz der jüdischen Gemeinde aus. Er erhoffte sich eine technische Modernisierung der Anstalt durch internationale jüdische Hilfsorganisationen. Die kommunalen Behörden wollten jedoch nicht mitziehen. Die Sache kam vor das Verwaltungsgericht, das nach einem Hin und Her den Anspruch der jüdischen Gemeinde anerkannte. Das brachte das Krankenhauspersonal auf. Es fürchtete sich vor einer solchen Privatisierung. Es brachte sofort nationale Ressentiments ins Spiel, wie: polnisches Eigentum müsse polnisch bleiben. Die kleine und überalterte jüdische Gemeinde in Wroclaw wollte in Frieden leben und verzichtete am Ende auf ihre Ansprüche, obwohl ein privates modernisiertes Krankenhaus für alle Seiten Vorteile gebracht hätte. Ein Nebeneffekt dieses Falles ist, dass sich plötzlich jüdische, deutsche und polnische Geschichte überlagern. Das hätte wohl niemand erwartet.

Aber wie viel drastischer die Situation aussieht, kann man an einer Publikation des polnischen Magazins *Newsweek* vom 4. April 2004 erkennen. Dort ist auf der ersten Umschlagsseite mit großen Lettern zu lesen: »Zydzi odbieraja swoje« (Die Juden nehmen das Ihrige). Man sieht unter anderem einen rostigen Schlüsselbund. Es handelt sich um die Schlüssel der Scheune von Jedwabne, in der am 10. Juli 1941 mindestens über zweihundert Juden den Tod im Feuer fanden. Im zugehörigen Artikel wird die Rückgabe eines Hauses in ?owicz, in der Jedwabne am nächsten liegenden Stadt, an die jüdische Gemeinde, die ihren Sitz in Warschau hat, geschildert. Nach einem Ende der neunziger Jahre erlassenen Gesetz haben die in

Polen existierenden jüdischen Gemeinden – es sind zur Zeit acht – ein Recht auf Rückgabe von Objekten (Synagogen, Friedhöfe, Gemeindehäuser, Schulen, Altenheime, Krankenhäuser etc.), die sich einst in jüdischem Gemeindebesitz befanden. Sollte eine Rückgabe aus einsichtbaren Gründen unmöglich sein, ist ein Ersatz zu schaffen oder Entschädigung zu leisten. Nach Newsweek waren bei den polnischen Behörden insgesamt 5544 Anträge auf Rückgabe jüdischen Gemeindegüter eingegangen. Mit einer so großen Zahl hatte die entsprechende Kommission nicht gerechnet. In Polen gibt es 1050 jüdische Friedhöfe (zumeist in einem schlechten Zustand), 340 Synagogen bzw. Bethäuser, die den Krieg und die Nachkriegszeit, in der das meiste der Zerstörung anheimfiel, überstanden haben, sowie etwa 700 Gebäude, die religiösen oder sozialen Zwecken dienen.<sup>15</sup>

Der Bürgermeister von Lowicz hatte der jüdischen Gemeinde ein verfallendes Haus überlassen, in dem sich noch unmittelbar nach dem Krieg ein jüdisches Kinderheim befand. In diesem Haus wohnen jetzt alte Leute und alleinstehende Mütter. Ihnen war nicht mitgeteilt worden, dass sich das Haus nicht mehr im Kommunalbesitz befindet. Es war einer Art jüdischen Treuhand in Warschau übergeben worden, die es an einen privaten Eigentümer weiterverkauft hatte. Sie braucht das Geld, um Friedhöfe und noch bestehende Synagogen imstand zu halten. Der neue Besitzer erhöhte eines Tages die Miete um mehr als das Doppelte. Die Empörung war groß, und man konnte noch und noch antisemitische Wendungen hören. In der Reportage in Newsweek werden sie wortwörtlich angeführt. Der zweite Teil der Reportage ist den noch laufenden Verhandlungen um die Rückgabe eines Gebäudes in Jedwabne gewidmet. Dort ist man der Meinung, dass es gelingen wird, den Juden Mängel in ihren Papieren nachzuweisen. Schließlich hätte man kaum noch solche Papiere, außerdem sei das meiste an Privatleute verkauft worden. Privates Eigentum kann nach dem Gesetz aus den neunziger Jahren nicht zurückgegeben werden. Selbst die Tatsache, dass in Jedwabne die meisten Häuser einst Juden gehörten, wird mit einer abfälligen Bemerkung kommentiert. Sie hätten einst die Häuser besessen, während wir Polen auf der Straße saßen. Die Gerechtigkeit hat mit einem Wort gesiegt. Dieser Artikel stieß unter vielen polnischen Intellektuellen auf große Empörung. Er wurde als ein antisemitisches Pamphlet gelesen. Zufällig wurde ich zu einer Art Sitzung gebeten, auf der der verantwortliche deutsche Herausgeber von der Springerzeitung, ein gewisser Herr

W., mit mehreren Leuten über diesen Fall sprechen wollte. Es waren nur der Korrespondent der *Welt* und ich erschienen. Ich war gerade aus Frankfurt am Main, wo ich eine Gastprofessur am Fritz-Bauer-Institut innehatte, zu einer Stippvisite nach Warschau gekommen. Man zeigte mir das Titelbild und fragte mich, ob es antisemitisch wirke. Ich antwortete spontan, ja: vor allem dieses »Zydzi odbieraja swoje« (Die Juden nehmen das Ihrige) klinge furchtbar. Es sei so, als würden sie unrechtmäßig und nur aus Habgier kommen. Auch die Schlüssel, die ja längst ihre Funktion verloren haben und im Grunde genommen nur von dem furchtbaren Schicksal ihrer ehemaligen Besitzer zeugen, gehören nicht dahin. Anders verhalte es sich mit der Reportage, die dem Leser ja vor allem den Antisemitismus der heutigen Bewohner vor Augen führe. Herr W. sagte, er habe sich für den Ausrutscher entschuldigt. Doch insgesamt herrsche das Prinzip, dass sich die ausländische Leitung nicht in inhaltliche Dinge einmische. Sie könne höchstens den Chefredakteur feuern, aber hier sehe sie keinen Grund, zumal dieser, Wróblewski, selber jüdischer Abstammung sei. Die *Gazeta Wyborcza* habe protestiert, aber man wisse auch, dass sie Leserbriefe, in denen nicht ihre Meinung geteilt wurde, unterdrückt habe. Ich fragte Herrn W., ob er sich ein Dossier in dieser Angelegenheit habe anfertigen lassen. Nein. Sollen wir eine Vorzensur einführen? Das nicht, entgegnete ich, aber was werde er tun, wenn der Jüdische Weltkongress seine Entschuldigung für unzureichend hielt. Da muss er doch das nötige Vorwissen haben, um richtig reagieren zu können. Es gab eine recht lebhafte Diskussion, an der auch der Korrespondent der *Welt* teilnahm. W. schnitt am Ende das Thema an, dass die *Gazeta Wyborcza* ein Interesse habe, den Springer-Konzern anzugreifen, denn mittlerweile übersteige die Zeitung *Fakt* die Auflagenhöhe der *Gazeta Wyborcza* und *Newsweek polska* habe eine höhere Auflage als *Polityka* und *Wprost*. Ich erklärte, beim Thema Jedwabne könne man solche Argumente nicht ins Feld führen, denn da spielten Empfindlichkeiten eine Rolle, für die man auch bereit sei, Geld zu verlieren. Herr W. versprach mir, Kopien von dem, was über diese Geschichte in den polnischen Zeitungen geschrieben worden sei, zu schicken.

Er hielt Wort. Aus den Materialien, die ich von ihm bekam, geht hervor, dass am 2. April 2004 eine Gruppe von Intellektuellen an den Generalstaatsanwalt der Republik Polen eine Aufforderung geschickt hatte,<sup>16</sup> sich für diese Veröffentlichung zu interessieren, zumal *Newsweek* in einer Auflage von 400000 Exemplaren erscheint. Sie

enthalte viele Fehler und sei nicht nur antisemitisch, sondern auch antipolnisch, denn sie »würde das Bild des Polen als Antisemiten bekräftigen und ihm Glaubwürdigkeit verleihen«. <sup>17</sup> Das Argument »antipolnisch« wurde wohl hinzugefügt, um bei denjenigen Zuspruch zu erfahren, denen der Vorwurf des Antisemitismus nicht ausreicht. In der liberalkatholischen Wochenschrift *Tygodnik Powszechny* konnte man zum Begriff »antipolnisch« als Erklärung lesen, dass dies der Fall sei, weil gerade Jedwabne für viele Juden ein Zeichen dafür geworden sei, dass sich in Polen etwas tue. Jetzt, nach dem Newsweek-Artikel, der im Geist der nationalpolnischen Presse der dreißiger Jahre verfasst sei, müssten sie wieder in Furcht leben. Fünf Personen zogen sich aus der Jury eines von *Newsweek* gestifteten Buchpreises zurück. Darunter befanden sich drei bekannte Literaturkritiker. Marcin Król, ein weiteres Jurymitglied, erklärte dagegen am 25. April im *Tygodnik Powszechny* in dem Artikel »»Newsweek« i wrażliwość« (»Newsweek« und die Sensibilität), er werde vorläufig nicht aus der Jury austreten, obwohl es sich um eine »unglückliche« Publikation handle, aber er hoffe, dass *Newsweek* daraus entsprechende Lehren ziehen werde. Er wisse, dass die Zeitungen gezwungen seien, um ihre Auflagenhöhe zu kämpfen und daher die Ergebnisse intensiver journalistischer Nachforschungen auch dann nicht zurückhalten, wenn sie schockieren. Aber das habe seine Grenzen, wenngleich die Journalisten von *Newsweek* einige wichtige Skandale aufgedeckt haben. Doch wer sich mit dem »nachjüdischen Besitz« (es gibt im Polnischen die Begriffe nachjüdischer und nachdeutscher Besitz [pozydowska własność, poniemiecka własność], dagegen nicht nachrussischer oder nachfranzösischer Besitz) beschäftigt, begebe sich in eine Hölle und werde gezwungenermaßen Verbrennungen erleiden. »Entweder muß man die Sache prinzipiell behandeln«, fügt er hinzu, »aber dann müsse man zeigen, wie die Polen nachjüdischen Besitz während und nach der [deutschen] Besatzung raubten, oder man behandelt dies nicht als publizistisches Thema und verbleibt bei objektiven Informationen«. Was hier unter objektiven Informationen zu verstehen ist, erklärt Król nicht. Er sagt nur noch, Polen sei nun einmal so beschaffen, dass der antisemitische Blödsinn, gegen den man machtlos sei, zutage trete, wenn Themen dieser Art angeschnitten werden. Niemand entgegnete Król, dass er vorschlage, Journalistik nach dem Prinzip »Was ich nicht weiß, das macht mich nicht heiß« zu betreiben. Ich weiß nicht, wie Król den Kommentar »Ciszej nad trumn?» (Leiser am Sarg) von Daniel Passent in der Wochenschrift *Polityka* (vom 7.

April 2004) einschätzt, der die Leser beruhigen möchte und versichert, dass die Juden nicht zurückkehren werden, um ihren Besitz einzufordern. Von dort, wo sie seien, gäbe es kein Zurück mehr. Man müßte den heutigen Besitzern erklären, was die gestrigen, die durch den Schornstein ins Jenseits befördert wurden, erwarten. Doch solche Erklärungen wolle niemand hören. Passent verweist dann noch auf das Faktum, dass die gestrigen Besitzer ja polnische Bürger gewesen seien. Wenn heute der bekannte Regisseur Polanski einen Preis erhält (für den *Pianisten*), bekommt er ihn als Pole oder Jude? Diese Frage würde gestellt werden, wenn er einen ehemaligen Besitz entgegnahme!

„ **Mit einem Wort: Die Angst vor der Rückgabe des einstigen jüdischen Besitzes ist die eine Seite, die andere sind das tiefverankerte Stereotyp vom Juden als dem absolut Anderen und ein Denken, das in jedem Anderen im Grunde einen Juden sieht oder ihn wegen seines Anderssein dazu machen muss.**

Ich habe keine Publikationen gefunden, in denen das Vorgehen des Stadtrates in Lowicz, der den jüdischen Forderungen in einer Weise nachkam, dass es zwangsläufig zu einem Streit kommen musste, als antisemitisch verurteilt wurde. In den Reaktionen auf den *Newsweek*-Artikel hätte auch dies Gegenstand der Antworten und neuer journalistischer Nachforschungen sein müssen. Und niemand stellt sich die Frage, warum es im neuen Polen unmöglich ist bzw. zu sein scheint, ein Privatisierungsgesetz zu beschließen. Der tiefste Grund hierfür ist, dass man nicht weiß, wie man mit dem ehemaligen jüdischen Besitz, d.h. dem Besitz einstiger polnischer Bürger, umgehen soll. Statt dessen wird nur und einzig über den ehemaligen deutschen Besitz gesprochen. Hier scheint die Situation klarer zu sein.

An dem Tag, an dem ich die Materialien von Herrn W. erhielt, wurde mir folgende Geschichte erzählt, die ich am 23. Mai 2004 in mein Tagebuch notierte:

In einer Warschauer Schule sagte ein sechzehnjähriges Mädchen ihrer Freundin, sie werde ein anderes Mädchen verprügeln. Diese Freundin ließ es das andere Mädchen wissen. Wenn ich es richtig verstanden habe, sagte die wiederum es ihren Eltern, welche sich an die Polizei wandten. Als die Freundin in die Klasse, deren Sprecherin sie bisher war, kam, wurde sie mit dem Wort »Jüdin« beschimpft. Man drohte ihr, sie zu verprügeln.

Als im Religionsunterricht die Lehrerin (katechetka) das Wort »Jude« in den Mund nahm, rief ein junger Bursche, er liebe die Juden nicht. Alle lachten und schauten auf die besagte Freundin. Die Religionslehrerin war leicht irritiert, fuhr aber in ihrem Unterricht fort. Daraufhin beschwerte sich die Mutter dieses Mädchens bei der Schuldirektorin. Diese nahm die Beschwerde nicht besonders ernst, meinte, die Schüler würden verschiedene Schimpfwörter verwenden. Auf den Einwurf, dass es sich hier nicht um irgendein Wort handelt, bekam sie keine Antwort. Die Mutter hatte ursprünglich vorgeschlagen, dass ihre Tochter nur noch zu den Klassenarbeiten erscheine. Die Direktorin meinte, ohne Einverständnis des Kuratoriums sei so etwas nicht möglich. – Das Mädchen hat als Klassensprecherin natürlich einen Fehler begangen: sie hätte den Fall erst in der Klasse auf einer Versammlung zur Sprache bringen sollen, aber das fiel ihr nicht ein. Sie ahnte ja auch nicht, dass die Eltern sofort eine nicht schulische Instanz anrufen würden. Damit wurde die Sache für die Klasse zu einem Denunziationsfall. Den größten Fehler hat die Religionslehrerin begangen, indem sie auf den Zwischenruf des Burschen nicht mit den Worten reagierte: dann magst Du auch nicht Jesus Christus und Maria – das waren Juden. Sie hätte im Sinne der neuen Lehre des Papstes gehandelt. Das wäre das stärkste Argument gegen den Antisemitismus der Klasse gewesen. Mit einem Wort: Die Angst vor der Rückgabe des einstigen jüdischen Besitzes ist die eine Seite, die andere sind das tiefverankerte Stereotyp vom Juden als dem absolut Anderen und ein Denken, das in jedem Anderen im Grunde einen Juden sieht oder ihn wegen seines Andersseins dazu machen muss.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Adolf Hitler, *Mein Kampf (moja walka)*, Wrocław 2005, Zitate aus der Einleitung Michalskis (S.9-19) in meiner Übersetzung.

<sup>2</sup> Natalia Aleksion, *Dokąd dalej? (Wohin weiter?)*, S.86f.

<sup>3</sup> Krystyna Kersten, *Pogrom Żydów w Kielcach 4 lipca 1946r. (Der Judenpogrom in Kielce am 4. Juli 1946)*, Warszawa 1996, S.19. Siehe hierzu auch Alina Cala, Halina Datner-Spiewak, *Dzieje Żydów w Polsce 1944-1968 (Die Geschichte der Juden in Polen 1944-1968)*, S.37-42. Im Dokument 13 ist von vier Toten die Rede. Chodakiewicz ist bereit, von einem Pogrom zu sprechen, findet aber, dass es hier im Vergleich zu den polnisch-weißrussisch-ukrainischen Kämpfen noch glimpflich zugegangen sei (*Żydzi i Polacy 1918-1955. Współistnienie – Zagłada – Komunizm*, Warszawa 2000, S.470).

<sup>4</sup> Siehe hierzu vor allem Anna Cichopek, *Pogrom Żydów w Krakowie. 11.sierpnia 1945r. (Der Judenpogrom in Krakau. 11.August 1945)*, Warszawa 2000.

<sup>5</sup> Der Vorwurf, Juden hätten Ritualmord begangen, taucht auch im August 1945 in Stettin und am 12.Juni 1946 in Rzeszów auf. (Siehe hierzu Natalia Aleksion, *Dokąd dalej?*, S.97).

<sup>6</sup> Der Bericht ist abgedruckt in: Zofia Nalkowska, *Dzienniki 1945-1954 (Tagebücher 1945-1954)*, hrsg. von Hanna Kirchner, Warszawa 2000, Bd.VI,1, S.69f.

<sup>7</sup> Oberst Korczyński begann als Vertreter des Sicherheitsdienstes seinen Bericht über den Verlauf des Pogroms in Kielce, der er der Sejmkommission für Fragen der Verwaltung und Sicherheit vorlegte, mit den Worten: Wenngleich das Gebiet von Kielce eine starke Bastion der Demokratie darstellt, existiert dort auch ein starker Untergrund. Unter Demokratie verstand er die Vorherrschaft prokommunistischer Kräfte, unter Untergrund deren Gegner. Diesem Untergrund warf er im nächsten Satz vor, er habe während der deutschen Besatzung mit der Gestapo zusammengearbeitet. Erst nach dieser Einleitung versuchte er, wenn auch wenig konkret, die Rolle der Armee und des Sicherheitsdienstes während des Pogroms in Kielce darzustellen. Auf Anfragen der Vertreter der Oppositionspartei PSL (Polnische Bauernpartei) in der Kommission antwortete eher ausweichend. (Das Protokoll hierüber ist jetzt abgedruckt in: *Opozycja parlamentarna w Krajowej Radzie Narodowej i Sejmie Ustawodawczym. 1945-1947 /Die parlamentarische Opposition im Nationalrat und in dem Gesetzgebenden Sejm.1945-1947/*, Warszawa 1947, S.151-155).

<sup>8</sup> Vgl. Hierzu Krystyna Kersten, *Polacy, Żydzi, komunizm. Anatomia półprawd 1939-1968 (Polen, Juden, Kommunismus. Anatomie der Halbwahrheiten 1939-1968)*, S. 120.

<sup>9</sup> In deutscher Sprache hat Klaus-Peter Friedrich ausführlich über den Pogrom geschrieben: »Antijüdische Gewalt nach dem Holocaust. Zu einigen Aspekten des Judenpogroms von Kielce«, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 6/1997/, S.115-147, insbesondere S.117-120.

<sup>10</sup> Einige seien hier angeführt: *judomatoly, zydky, niech sie cieszy zydziór ze zyje; Won do Izraela tam na pustynie do szalasów i zbierac manne od swego bo?ka; ŻYDZI WON!; Ten palant Gross(olbrzym) buuahahahaha ktos by pomyslał?Tak tzn. olbrzym,a teraz s?uchaj palancie jeste? ?ydem i dobrze o tym wiesz ty psie i nie czepiaj sie Polaków swinio,wszyscy jestescie tacy sami(zydzi),jak wam sie cos dzieje to oczekujecie wielkiej pomocy,a gdzie wdziecznosc??Pytam sie pajace. Nikt was nie lubi ,cos musi w tym byc prawda?zastanówcie sie nad soba a nie tylko mieszacie w kazdym kraju i doprowadzacie do konfliktów wewnetrznych,szkoda,ze Adolfowi sie nie udalo was wszystkich zgładzić,psy jebane. SIEG HEIL!!!; zydzi jako narodzik; »historyk« gross a to dobre hahaha niech lepiej sie zajmie pisaniem o swierszczykach bo gówno wie.*

<sup>11</sup> Osekas Äußerungen vom 17.Juli 2006 sind zur Zeit unter der folgenden Adresse zu finden: [http://www.eduskrypt.pl/historycy\\_polscy\\_dyskutuja\\_z\\_tezami\\_p\\_rzedstawionymi\\_w\\_ksiazce\\_grossa-info-2092.html](http://www.eduskrypt.pl/historycy_polscy_dyskutuja_z_tezami_p_rzedstawionymi_w_ksiazce_grossa-info-2092.html)

<sup>12</sup> *Zagłada Żydów. Studia i Materiały (Die Vernichtung der Juden. Studien und Materialien)*, Warszawa 2006, Bd.2, S.486-494.

<sup>13</sup> Calel Perechodnik, *Bin ich ein Mörder? Das Testament eines jüdischen Ghetto-Polizisten, Lüneburg 1997*, S.30.

<sup>14</sup> Siehe Kazimierz Wyka, *Zycie na niby. Pamietnik po klesce*, Kraków, Wrocław 1984, S. 155f.

<sup>15</sup> Siehe hierzu u.a. meinen Artikel »Acht bleiben übrig. Mühlen und Bethäuser: Die Rückgabe jüdischen Gemeindebesitzes in Polen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 27.8.2002, S.34.

<sup>16</sup> Unter ihnen befanden sich Stasiuk und Tokarczuk, um Personen zu nennen, die sich in Deutschland eines gewissen Bekanntheitsgrades erfreuen.

<sup>17</sup> Abgedruckt u.a. in *Tygodnik Powszechny* vom 11.4.2004. 

## Antisemitismus in Europa – Herausforderungen an die Staatengemeinschaft

Von Dr. Juliane Wetzel

»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben nicht nur Juden geglaubt und gehofft, dass mit dem Holocaust jedem Antisemitismus der Boden entzogen worden wäre. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, der Antisemitismus lebt fort. Er speist sich auch weiterhin aus den bekannten ideologischen Traditionen der Judenfeindschaft, weist aber auch eine Reihe neuer Aspekte auf: 1) Er reagiert auf den Völkermord, sei es durch seine Leugnung bzw. Verharmlosung oder eine Schuldprojektion auf die Juden; 2) er ist in vielen europäischen Ländern ein Antisemitismus ohne Juden, der keinerlei wie immer schwache Basis in Konflikten mit den Juden des Landes besitzt, sondern sich auf die Mitschuld des eigenen Landes am Holocaust oder auf einen irgendwie gearbeteten Einfluss der Juden auf das Weltgeschehen bezieht; und 3) Antisemitismus kann seit 1948 die Form des Antizionismus annehmen, indem entweder alle Juden kollektiv für die Politik des Staates Israel haftbar gemacht werden oder indem der Staat Israel für alle möglichen politischen Übel dieser Erde verantwortlich gemacht wird.

**Das dominierende Motiv des heutigen Antisemitismus ist noch immer das der jüdischen Weltverschwörung, d.h. die Annahme, Juden kontrollierten – sei es mittels Finanz- oder Medienmacht, sei es über verdeckten politischen Einfluss vor allem auf die USA, aber auch auf europäische Länder – das Weltgeschehen.**

Antisemitismus wird oft erst als solcher wahrgenommen, wenn er sich rassistischer Stereotypen der nationalsozialistischen Ideologie bedient oder gar erst, wenn er einen genozidalen Charakter aufweist, subtilere Formen des antijüdischen Vorurteils werden häufig nicht als Bestandteil des Antisemitismus akzeptiert. Deshalb stehen wir heute auch vor dem Dilemma, dass anti-rassistische Gruppierungen, Vereine und Organisationen, die jahrzehntelang den Antisemitismus im rechtsextremen Lager bekämpft haben, selbst

nicht frei von antisemitischen Vorurteilen sind. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für die meisten westeuropäischen Länder.

Der heutige Antisemitismus bedient sich alter Klischees, um einfache Antworten auf komplizierte weltpolitische Ereignisse und gesellschaftliche Probleme zu geben. In der arabischen Welt dient er als Katalysator für eine Abwehr moderner Denkstrukturen. Die Mär der jüdischen Weltmacht in Gestalt Israels, das an die Stelle »der Juden« in der Stereotypisierung getreten ist, wird zum Sündenbock der Modernisierungsverlierer stilisiert. Im europäischen Diskurs gewinnt die Vorstellung, alleine eine Befriedung des Nahostkonflikts könne die Gräben zwischen der arabischen Welt und dem Westen schließen, immer mehr an Boden. Nur allzu leicht lässt sich daraus der Schluss ziehen, Israel, das als Kolonial- und Besatzungsmacht wahrgenommen wird, sei schuld daran, dass diese Diskrepanz nicht überwunden werden könne.

Das dominierende Motiv des heutigen Antisemitismus ist noch immer das der jüdischen Weltverschwörung, d.h. die Annahme, Juden kontrollierten – sei es mittels Finanz- oder Medienmacht, sei es über verdeckten politischen Einfluss vor allem auf die USA, aber auch auf europäische Länder – das Weltgeschehen. Dabei spielen religiöse, wirtschaftliche, politische, kulturelle und soziale Gründe in ihren vielen Facetten eine Rolle. Themen antisemitischer Verschwörungstheorien der letzten Jahre waren der die Monika-Lewinsky-Affäre, die Anschläge auf das WTC am 11. September 2001 und zuletzt die Flutwelle in Asien (Tsunami). Verbreitungsmechanismen sind Gerüchte und Legenden, die vor allem mit Hilfe des Internet weltweit Verbreitung finden, aber auch via Satellitenfernsehen etwa die muslimischen Communities Europas erreichen. Darüber hinaus lässt sich in ganz Europa eine Zunahme von antisemitischen Karikaturen feststellen, die nicht nur über die einschlägigen Homepages Verbreitung finden, sondern auch in Mainstream-Tageszeitungen gedruckt werden.

Waren und sind die Hauptvertreter des vergangenheitsbezogenen Antisemitismus in Europa vom extrem rechten bis hinein ins konservative Lager zu finden, bedienen sich eines nahostbezogenen

Antisemitismus auch Akteure aus dem linken und dem islamistischen Spektrum. Der Kontext »Nahostkonflikt« hat auch dazu beigetragen, dass mit den USA als Schutzmacht Israels, aber auch als führende Kraft im Irak-Krieg und im »Krieg gegen den Terrorismus« die traditionelle Verbindung von Antisemitismus und Antiamerikanismus wieder virulent ist. Ein gemeinsamer Nenner liegt wohl auch in dem verborgenen Motiv der Schuldabwehr bzw. der Aufrechnung: Indem Israel und die USA als »faschistisch« in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt werden, erleichtert man sich die Last der eigenen Vergangenheit.

Die antisemitische Welle des Jahres 2002, die nur die Spitze einer Entwicklung war, die sich bereits mit Beginn der zweiten Intifada und in der Folge der World Conference on Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance im südafrikanischen Durban Ende August/Anfang September 2001<sup>1</sup> sowie der Anschläge vom 11. September 2001 abzeichnete, hat die internationale Staatengemeinschaft auf den Plan gerufen. Im Juni 2003 trafen sich in Wien Vertreter der 55 Mitgliedsstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum ersten Mal zu einer Konferenz ausschließlich zum Thema Antisemitismus. Es wurde jedoch rasch deutlich, dass es an einem Bewusstsein für die Besonderheiten des Antisemitismus fehlte. Der Terminus Antisemitismus fand in Statements und Handouts – wenn überhaupt – immer erst am Ende einer Aufzählung von Rassismus, Antidiskriminierung und Xenophobie Erwähnung. Die Problematik antisemitischer Tendenzen in den muslimischen Zuwanderergesellschaften Europas wurde in den Reihen der Diplomaten und in den Statements der Politiker nicht thematisiert.

Die zweite OSZE Antisemitismus-Konferenz am 28./29. April 2004 in Berlin zeigte, dass sich in der EU durchaus ein Wandel im Bewusstsein für die Brisanz des Themas Antisemitismus, aber auch die Erkenntnis, es mit einem eher spezifischen Phänomen zu tun zu haben, durchzusetzen begann. Dies wurde nicht zuletzt durch die hohe Präsenz führender Politiker der gesamten OSZE Region zum Ausdruck gebracht. Allerdings war dies noch keine Garantie dafür, dass die »Berliner Erklärung«,<sup>2</sup> wie das Abschlusscommuniqué lautete, auch praktische Folgen haben würde. Die OSZE ist ein Konsens-Gremium, d.h. Beschlüsse basieren in der Regel auf Minimalforderungen, deren Umsetzung und Auslegung den einzelnen Ländern überlassen bleibt. Wie weit dieser Minimalkonsens bereits wieder aufzuweichen droht, ließ sich an der im Juni 2005 stattgefundenen

Folgekonferenz in Cordoba erkennen. Cordoba schien der geeignete historische Ort, die missliche Vorstellung zu bedienen, man könne der politischen Herausforderung mit einem Aufruf zur gegenseitigen Toleranz der Religionen beikommen. Im Laufe der Vorbereitungen auf die Konferenz wurde deutlich, dass unter den damals 55 OSZE-Mitgliedsstaaten ein Prozess in Gang gekommen war, der erneut das Thema Antisemitismus nur als Teil einer generellen gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit Diskriminierungen von Minderheiten betrachtete. Nur noch der erste Tag der zweitägigen Konferenz war dem Thema Antisemitismus vorbehalten. Allerdings zogen sich die Eröffnungskommuniqués der Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten bis in den späten Nachmittag hin, so dass die geladenen Experten die eigentlichen Inhalte auf kurze Statements beschränken mussten. Der zweite Tag schließlich war »allen anderen Formen der Intoleranz« gewidmet, Rückbezüge zum Vortrag erfolgten allenfalls mit Bemerkungen wie jener, dass die Islamophobie der Antisemitismus des 21. Jahrhunderts<sup>3</sup> sei.

Regierungsvertreter und Mitglieder der Delegationen wiesen immer wieder auf die Bedeutung der Stadt Cordoba für den interreligiösen Dialog und ihr christlich-jüdisch-muslimisches Erbe hin. Allerdings war dies nicht nur im Sinne einer historischen Reflexion gemeint, sondern hatte durchaus konkrete Folgen: der interkulturelle Dialog wurde als eine der wichtigsten Maßnahmen präjudiziert, um gegen aktuelle antisemitische Tendenzen vorzugehen. Solche Vorstellungen passten auch in das sich in der OSZE durchzusetzen scheinende politische Konzept eines ganzheitlichen (holistischen) Ansatzes, der jede Spezifizierung in Bezug auf das Thema Diskriminierung von Minderheiten wieder aufzuweichen droht und einen deutlichen Rückschritt gegenüber der Berliner Konferenz bedeutet. Die damalige Staatssekretärin im Auswärtigen Amt Kerstin Müller wies in ihrer Rede am Eröffnungstag in Cordoba auf die Problematik eines solchen Ansatzes hin und vertrat damit eher eine Minderheit: »Die Methoden und Maßnahmen zur Bekämpfung der unterschiedlichen Intoleranzvergehen sind zwar im wesentlichen die Gleichen. Wir dürfen darüber aber auf keinen Fall aus den Augen verlieren, dass wir die Phänomene nicht über einen Kamm scheren können. Wer die Phänomene der Intoleranz nur im Gesamtkontext behandelt, riskiert, dass die Grenzen, Unterschiede und Spezifika verschwimmen. Der Antisemitismus hat – leider – eine so lange und entsetzliche Geschichte in Europa – aber nicht nur dort! –, dass ihm eine sol-

che Pauschalisierung nicht gerecht werden würde. Wir sind es uns vor allem angesichts des Holocaust und unserer Geschichte schuldig, den scharfen Blick für die Besonderheiten, die Wurzeln und die Auswirkungen von Antisemitismus zu wahren.«

**„ Der ehemalige finnische UN-Botschafter Max Jakobson äußerte sich noch deutlicher: »Muslimische Immigranten haben eine gewalttätige Form von Antisemitismus nach Westeuropa gebracht. Gewiss ist nur eine kleine Zahl von Immigranten verantwortlich für solche gewalttätigen Übergriffe auf Juden.«**

Die zum Abschluss der Konferenz verabschiedete »Erklärung von Cordoba« verurteilte jedweden »Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz und Diskriminierung, darunter auch gegen Moslems, Christen und andere Religionen«. Sie reduzierte damit den Antisemitismus wieder auf einen Teilaspekt des Generalthemas Diskriminierungen aus rassistischen oder religiösen Gründen. Explizit genannt wurde der Antisemitismus in jenem Passus, der darauf abhob, dass »internationale Entwicklungen oder politische Fragen, einschließlich jener in Israel oder anderswo im Mittleren Osten, niemals Antisemitismus rechtfertigen« würden. Ein ähnlicher Passus war auch in der »Berliner Erklärung« enthalten.<sup>4</sup>

Dies kann nicht nur als ein Hinweis auf die im Mainstream häufig zu beobachtende Grenzüberschreitung von legitimer Kritik an der israelischen Regierung hin zur Instrumentalisierung antisemitischer Stereotype interpretiert werden, sondern ist durchaus auch als eine verklausulierte Thematisierung antisemitischer Tendenzen in den muslimischen Zuwanderergesellschaften zu verstehen. Der Vertreter der niederländischen Delegation auf der OSZE Konferenz in Berlin hatte in seiner Rede darauf hingewiesen, dass »die Existenz einer antisemitischen Haltung unter Immigranten lange Zeit ignoriert« wurde.<sup>5</sup> Der ehemalige finnische UN-Botschafter Max Jakobson äußerte sich noch deutlicher: »Muslimische Immigranten haben eine gewalttätige Form von Antisemitismus nach Westeuropa gebracht. Gewiss ist nur eine kleine Zahl von Immigranten verantwortlich für solche gewalttätigen Übergriffe auf Juden.«<sup>6</sup>

Obgleich solche Erkenntnisse noch keinesfalls Konsens in der OSZE-Region sind und nur in wenigen Mitgliedsstaaten Eingang in politisches Handeln gefunden haben, hat die »Berliner Erklärung« des Jahres 2004, die von den Regierungen

konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus forderte, zumindest zu konkreten politischen Schritten im OSZE-Apparat geführt. Die Menschenrechtsabteilung der OSZE, das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) mit Sitz in Warschau verfügt seit August 2004 mit Dr. Kathrin Meyer über einen »Special Adviser on Antisemitism Issues«. Allerdings ist diese Stelle bis heute nicht im allgemeinen Stellenplan von ODIHR verankert, sondern wird noch immer vom Auswärtigen Amt in Berlin sekundiert, d.h. finanziert. Daraus könnte man bestenfalls schließen, dass viele Mitgliedsstaaten dieses Thema nicht für so wichtig halten, vielleicht aber wollen sie es auch bewusst nicht behandelt sehen und sind deshalb nicht bereit, feste Strukturen zu schaffen.

Ende 2004 wurde Prof. Gert Weisskirchen (SPD-Bundestagsabgeordneter) zum Persönlichen Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden für den Bereich Bekämpfung des Antisemitismus berufen. Gleichzeitig übernahm Anastasia Crickley das Amt der Beauftragten für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen und Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften sowie Ömür Orhun das für Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslime. Vor allem in Bezug auf die Problematik eines ansteigenden Antisemitismus in den Zuwanderergesellschaften könnte eine Zusammenarbeit zwischen den »Persönlichen Beauftragten« dazu beitragen, dass die Wahrnehmung der Problematik in den Mitgliedsstaaten eine größere Aufmerksamkeit erhält. Inwiefern eine solche Institutionalisierung zu dauerhaften konstruktiven Ergebnissen führen wird, muss sich allerdings erst erweisen. Aufgrund des Konsensprinzips innerhalb der OSZE sind Veränderungen nur durch eine Politik der kleinen Schritte zu erzielen.

Als erster Schritt auf diesem mühsamen Weg ist die Erarbeitung einer »Arbeitsdefinition zum Antisemitismus« zu sehen, die von ODIHR, der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Xenophobie (EUMC) und einigen jüdischen Organisationen erarbeitet wurde. Obwohl nicht explizit genannt, so greift diese Definition auch die Problematik des Antisemitismus in den Zuwanderergesellschaften auf, wenn sie auf antisemitische Beispiele verweist, die »im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen religiösen Sicht dazu aufrufen, Juden zu töten oder ihnen zu schaden, dabei zu helfen oder dies zu rechtfertigen«.<sup>7</sup>

Die Bundesregierung hat auf die Herausforderungen im Bereich Antisemitismus mit der Ernen-

nung eines »Beauftragten für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und für Antisemitismusfragen« reagiert. Seit August 2006 ist Dr. Benedikt Haller im Rang eines Botschafters im Amt. Er vertritt das Außenministerium auch im OSZE-Rahmen zum Thema Antisemitismus.

Im Rahmen der »Berliner-Erklärung« verpflichteten sich die OSZE-Mitgliedsstaaten »gegebenenfalls erzieherische Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern« sowie »die Erinnerung an die Tragödie des Holocaust wach zu halten, gegebenenfalls deren Vermittlung im Unterricht zu fördern«. <sup>8</sup> Beide Themen widmet sich die Menschenrechtsabteilung (ODIHR) der OSZE seit 2005 verstärkt. 2005 erstellte sie einen Bericht über Holocaust-Erziehung in den 55 Mitgliedsstaaten und 2006/2007 erarbeitet sie zusammen mit dem Anne Frank House in Amsterdam Themenhefte zum Antisemitismus, die sowohl die historische Dimension als auch aktuelle Inhalte für den Unterricht aufbereiten und als Pilotprojekt in sieben europäischen Ländern adaptiert werden (Dänemark, Deutschland<sup>9</sup>, Kroatien, Litauen, Niederlande, Polen, Ukraine). <sup>10</sup> Insbesondere in jenen Ländern, die vor allem in großen Städten einen hohen Anteil muslimischer Schüler in den Klassen haben, werden Lehrer immer häufiger mit antisemitischen Stereotypen, Slogans oder provozierenden Parolen konfrontiert, die über das hinausgehen, was im Rahmen der kognitiven klassischen Vermittlung des Themas Antisemitismus während der Zeit des Nationalsozialismus an Wissen vermittelt wird. Bestehende Konzepte und Unterrichtsmaterialien sind kaum geeignet, den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Deshalb ist es wichtig, solche Materialien zu entwickeln und sie den Pädagogen an die Hand zu geben.

Das lange verharmloste Thema: Antisemitismus in den muslimischen Communities in Deutschland

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün wird mit »Du Jüdin« beschimpft, weil sie – wie ihre Kollegin, die Grünen-Abgeordnete Ekin Deligöz – den Kopftuchzwang kritisiert. Auf der Demonstration in Berlin am 21. Oktober 2006 zum Al-Quds-Tag, den von Ayatollah Khomeini nach der iranischen Revolution 1979 ins Leben gerufenen Jerusalemtag zur islamischen Befreiung der Stadt, laufen achtjährige muslimische Mädchen mit Plakaten »Kein Holocaust gegen Muslime in Nah-Ost« oder »Zionistischer Staat Israel gefährdet den Weltfrieden« mit. Muslimische Frauen tragen Banner, die »Meinungsfreiheit für Zionismusforscher und Gegner Israels« und »Ihr Politiker lasst euch durch die Zionisten nicht Mundtod machen« fordern sowie

zum gemeinsamen Handeln gegen »Antisemitismus und Zionismus« aufrufen. Die männlichen Demonstranten werden angeführt von einem Imam, der Arm in Arm mit dem selbsternannten Oberrabbiner der »orthodoxen antizionistischen Gemeinde« Wien Moishe Arye Friedman von der radikalen Naturei Karta Bewegung den Kurfürstendamm entlang schreitet. Die Demonstration, zu der der Betreiber des Internetportals »Muslim-Markt«, dem türkischstämmigen schiitischen Islamisten Yavuz Özoguz Busse mit Muslimen aus Delmenhorst anreisen ließ, stand unter dem Motto »Gerechter Frieden für Palästina, sichere Zukunft für die Juden«. Vordergründig scheint dieser Aufruf neutral, sieht man ihn jedoch vor dem Hintergrund dessen, was der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad einen Tag zuvor als Leitfigur des Al-Quds-Tags gesagt hat, dann wird das wahre Ziel deutlich: Israel muss von der Landkarte verschwinden. Der iranische Präsident hatte anlässlich des »Jerusalem-Tags«, des letzten Freitags des muslimischen Fastenmonats Ramadan – wie schon mehrfach zuvor – Israel das Existenzrecht abgesprochen und den Staat als unrechtmäßig und erfunden bezeichnet: »Die Existenz dieses Regimes ist die Wurzel vieler Probleme der heutigen Menschheit«. <sup>11</sup>

Ahmadinedschad hatte sich im September mit Vertretern der antizionistischen Naturei Karta Bewegung in New York getroffen. <sup>12</sup> Der selbst ernannte Oberrabbiner Friedman, der auch Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen in Deutschland und Österreich hält, solidarisiert sich in Reden immer wieder mit dem Iran und wendet sich gegen den zionistischen Staat Israel. Anlässlich einer Konferenz im iranischen Isfahan im März 2006 sagte er, die »größten Verbrecher der Welt« seien das »zionistische Regime und seine geistesverwandten internationalen Organisationen«. <sup>13</sup> Auf der Demonstration gegen den Libanonkrieg am 28. Juli 2006 auf dem Wiener Stephansplatz sprach er von »zionistischen Terrorangriffen auf den Libanon« und nannte die israelische Regierung »ein zionistisches Regime, das sowohl biblisch als auch historisch kein Existenzrecht und keinerlei Legitimation auch nur auf einen einzigen Millimeter des Heiligen Landes hat«. <sup>14</sup>

Friedman trat also gewissermaßen als Sprachrohr Ahmadinedschads in Berlin auf und legitimierte die antizionistischen Absichten der Al-Quds Demonstration mit seiner Anwesenheit, weil er auch nach Außen sichtbar als Vertreter der jüdischen Orthodoxie auftrat – mit Streimel, dem Pelzhut orthodoxer Juden, und schwarzem Mantel. Seine Unterstützung iranischer Positionen macht seinen

Auftritt zu einer politischen Demonstration. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass Ahmadinehad den von einer iranischen Zeitung ausgelobten antisemitischen Karikaturenwettbewerb unterstützte, dessen Ergebnisse im August/September in Teheran zu sehen waren, und der die »Holocaust«-Konferenz mit dem Titel »Studien über den Holocaust – eine weltweite Perspektive« initiierte, die von einem dem iranischen Außenministerium unterstehenden Zentrum für internationale und politische Studien im Dezember 2006 am internationalen Tag der Menschenrechte in Teheran stattfand. Zur Konferenz reiste eine Reihe von Vertretern der einschlägigen internationalen Holocaust-Leugner-Szene an – und: Arye Moshe Friedman sowie einige seiner Mitstreiter aus den USA. Diese religiös anmutenden Sektenvertreter der Naturei Karta wurden zum erklärten Ziel der internationalen Presse und der Fotografen. Auch seriöse Printmedien in Deutschland illustrierten ihre Beiträge zur Teheraner Holocaust-Konferenz mit den Streimel tragenden Naturei Karta Leuten.

Obgleich an der Al-Quds Demonstration in Berlin nur etwa 300 Personen teilnahmen, weit weniger als in den Vorjahren, macht sie doch deutlich, dass es ein Potential antizionistischer Propagandisten in Deutschland gibt, die unterstützt werden von Leuten wie Yavuz Özoguz (der im Übrigen auch an der Teheraner Konferenz teilnahm) vom Muslim-Markt, einer Internetplattform für Muslime, die sich dort Rat für ihr tägliches Leben – Kontaktadressen, Partnersuche, Veranstaltungshinweise etc. – holen können und gleichzeitig über den Link »Palästina Spezial« erfahren, dass Zionisten Rassisten und Palästinenser »Opfer systematischer Vernichtung« seien. Man erfährt außerdem, dass laut Ayatollah-ul-Uzma Seyyid Ali Khamene'i »der Erwerb jeglicher Produkte welche den Zionismus stärken« nicht erlaubt sei, »es sei denn, diese Produkte sind unbedingt notwendig«. Damit wird indirekt zum Boykott Israels aufgerufen. Interessanterweise findet sich auf der Webseite auch die tropfende Blutleiste, die wir aus radikal islamistischen Holocaust leugnenden Internetauftritten etwa bei »Radio Islam« und anderen einschlägigen rechtsextremen Seiten kennen.<sup>15</sup>

Al-Quds-Tag-Demonstrationen und Internetauftritte des Muslim-Marktes werden kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen und nur von wenigen Journalisten hinterfragt. Dies gilt umso mehr für die türkische Buchmesse am Kottbusser Tor in Berlin, auf der im Frühjahr 2005 Bücher angeboten wurden, die den Inhalt des antisemitischen Machwerks »Die Protokolle der Weisen von Zion« verbreiten, aber auch antisemitische Klassi-

ker wie Henry Fords »The international Jew« oder »Dünyayı kimler Yönetiyor? Gizli Dünya Devleti« (Wer regiert die Welt? Die geheime Weltregierung) sowie eine Reihe von Publikationen des bekannten Holocaustleugners Adnan Oktar alias Harun Yahya.<sup>16</sup> Im April 2006 konnten auf dieser Buchmesse Besucher den vom iranischen Fernsehen produzierten Film »Zahras blaue Augen« auf Video bzw. DVD erwerben, der die fiktive Geschichte eines palästinensischen Mädchens erzählt, das auf Befehl eines israelischen Offiziers entführt wird, um ihr die Augen zu entfernen, die in Form einer unfreiwilligen Organspende dem blinden Sohn des israelischen Offiziers dienen, damit er wieder sehen kann. Der Spielfilm zeigt herzerreißende Aufnahmen des Mädchens mit riesigen verbundenen Augenhöhlen, die immer wieder danach fragt, wo ihre Augen denn seien. Inzwischen wird das Video über Internetverkaufsforen auch in türkischer Sprache unter dem Titel »Filistinli Zehra'nin gözleri« angeboten.



**Die in einigen europäischen Ländern begonnene Debatte über antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft muss fortgeführt werden. Sie hat bereits insofern positive Reaktionen ausgelöst, als in politischen Gruppierungen, die sich dem Verdacht ausgesetzt sahen, antisemitische Vorurteile zu kolportieren, eine Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen in den eigenen Reihen geführt wird. Bürgerinitiativen und Schulprojekte bemühen sich, dem Thema Antisemitismus in seinen aktuellen Formen mehr Raum zu geben. Aufgabe der Politik wird es sein, solche Initiativen finanziell stärker zu unterstützen, damit auch längerfristige Projekte eine gesicherte Basis haben.**

Nicht nur Videos wie »Zarabs blaue Augen«, sondern auch über Satellitenfernsehen ausgestrahlte antisemitische Hetze betreibende TV-Serien wie »Al Shatat« und »Reiter ohne Pferd«, die das ägyptische, iranische und syrische Fernsehen während des Ramadan in den letzten Jahren ausgestrahlt hat, werden von den Zuwanderergesellschaften in Europa rezipiert und beeinflussen insbesondere muslimische Jugendliche, auch solche mit türkischem Migrationshintergrund.

Im Gegensatz zu Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Großbritannien beschränken sich in Deutschland antisemitische Übergriffe aus diesem Umfeld im Wesentlichen auf verbale Äußerungen. Allerdings nehmen solche verbalen Attacken in letzter Zeit vor allem im schulischen Umfeld zu

und gehören unter muslimischen Jugendlichen zum Alltagsjargon. Codes wie der an die Tafel geschriebene Name »Ahmadinedschad«, wie jüngst in Berlin zu beobachten, sind wohl nicht nur Ausdruck einer provozierenden Jugendkultur, sondern verbreiteter antisemitischer Tendenzen. Vor allem im Gruppenverhalten spielen Schimpfwörter wie »Du Jude«, aber auch Hetztiraden gegen israelische Politiker und eine angebliche jüdische Weltherrschaft mit einer starken Instrumentalisierung antisemitischer Verschwörungstheorien eine Rolle.

Die in einigen europäischen Ländern begonnene Debatte über antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft muss fortgeführt werden. Sie hat bereits insofern positive Reaktionen ausgelöst, als in politischen Gruppierungen, die sich dem Verdacht ausgesetzt sahen, antisemitische Vorurteile zu kolportieren, eine Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen in den eigenen Reihen geführt wird. Bürgerinitiativen und Schulprojekte bemühen sich, dem Thema Antisemitismus in seinen aktuellen Formen mehr Raum zu geben. Aufgabe der Politik wird es sein, solche Initiativen finanziell stärker zu unterstützen, damit auch längerfristige Projekte eine gesicherte Basis haben. Das Ergebnis darf kein politischer Aktionismus sein, sondern die Erkenntnis, dass Phänomene wie der Antisemitismus nicht durch Programme im Schnelldurchlauf bekämpft werden können.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Siehe dazu auch Mark Strauss, *Antiglobalism's Jewish Problem*, in: *Foreign Policy Nov./Dez. 2003*, online-Version <http://www.foreignpolicy.com>.

<sup>2</sup> Berliner Erklärung in deutscher Übersetzung <http://www.auswaertiges->

[amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/berlin.pdf](http://amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/berlin.pdf).

<sup>3</sup> Abduljalil Sajid, Berater der Kommission für Muslime in Großbritannien, erklärte: »Islamophobie hat den Antisemitismus als neue, scharfe Spitze des Rassismus überall in der Welt ersetzt.« *Tachelles*, Jüdisches Wochenmagazin vom 30.7.2005

<sup>4</sup> OSZE, Bulgarischer Vorsitz. Der Amtierende Vorsitzende, OSZE Dokumente, PC.DEL /347/04, 29. April 2004.

<sup>5</sup> Draft Delegation of the Netherlands, OSCE Conference, Berlin 28. April 2004, PC.DEL/320/04.

<sup>6</sup> Max Jakobson, Keynote speech 28. April 2004, OSCE Conference, Berlin 28./29. April 2004, PC.DEL/344/04.

<sup>7</sup> Working Definition Antisemitism

<http://eumc.europa.eu/eumc/material/pub/AS/AS-WorkingDefinition-draft.pdf>. Bindend ist die englische Version: »Calling for, aiding, or justifying the killing or harming of Jews in the name of a radical ideology or an extremist view of religion«.

<sup>8</sup> Blätter für deutsche und internationale Politik, Berliner Erklärung: <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=1821>.

<sup>9</sup> Die deutsche Adaption wird von Mitarbeitern des Zentrums für Antisemitismusforschung sowie von Gottfried Köbler vom Fritz-Bauer-Institut erarbeitet.

<sup>10</sup> Siehe den Hinweis auf der ODHR-Webseite: [http://www.osce.org/publications/odhr/2006/09/20672\\_675\\_en.pdf](http://www.osce.org/publications/odhr/2006/09/20672_675_en.pdf).

<sup>11</sup> Spiegel online, 19.10.2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,443649,00.html>, eingesehen am 1.11.2006.

<sup>12</sup> Webseite der Naturei Karta (<http://www.nkusa.org/>), eingesehen am 1.11.2006.

<sup>13</sup> Palästina Plattform Österreich, <http://www.filastin.at/friedman.shtml>, eingesehen am 1.11.2006.

<sup>14</sup> Rede von Oberrabbiner Friedman auf der Demo gegen den Libanon-Krieg, Webseite [www.antiimperialista.org](http://www.antiimperialista.org), eingesehen am 31.10.2006.

<sup>15</sup> Muslim Markt, eingesehen am 1.11.2006.

<sup>16</sup> Aycan Demirel, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, <http://www.david.juden.at/kulturzeitschrift/66-70/69-demirel.htm>



## Hitlers Vermächtnis: Der islamische Antisemitismus im Nahen Osten

Von Dr. Matthias Küntzel

»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007. Erstveröffentlichung des Textes in: **Aufklärung und Kritik, Sonderheft Nr. 13 (Schwerpunkt: Islamismus), Nürnberg 2007, S. 232-243.**

Der Schrecken des letzten Nahostkriegs vom Sommer 2006 ist unvergessen. Wer aber erinnert sich noch an die Hoffnungen aus dem Sommer 2005? Damals zog Israel trotz massiver innenpolitischer Widerstände all seine Soldaten und Siedler aus dem Gazastreifen zurück. Damals hofften viele, dass von nun an der Gazastreifen als eine Art palästinensische Modellregion aufblühen werde, als Keimzelle eines palästinensischen Staats an der Seite von Israel.

Doch das Gegenteil trat ein: Binnen kürzester Frist wurde dieses Stück Land in einen vorgelagerten Frontabschnitt des Krieges gegen Israel verwandelt: neue Waffenlager und -fabriken schossen wie die Pilze aus dem Boden. Mit Hunderten von Kassam-Raketen nahmen Islamisten den jüdischen Staat unter Beschuss. Warum?

Im südlichen Libanon das gleiche Bild: Nachdem die israelische Armee diese Region im Jahr 2000 verlassen hatte, wurde es zum Aufmarschgebiet: Hier stationierte die Hizbollah mehr als zwölftausend Raketen, die der Iran über Syrien in die Nähe der israelischen Grenze schaffen ließ. Das Land wurde zu einer Angriffsplattform mit ausgeklügelten Festungsanlagen und Tunnelsystemen ausgebaut und am 12. Juli 2006 für den Angriff auf israelische Soldaten genutzt. Warum?

In Gaza wie im Libanon bestand die Möglichkeit einer Normalisierung der Beziehung zu Israel, in deren Folge auch eine wirtschaftliche Belebung zu erwarten war. Warum orientieren Hamas und Hizbollah nicht auf Frieden und Wohlstand, sondern auf Aufrüstung und Krieg? Warum werden sie hierbei vom Iran angefeuert, ein Land, das weder einen territorialen Streit mit Israel, noch ein palästinensisches Flüchtlingsproblem hat? Hassan Nasrallah, der Führer der Hizbollah, beantwortet diese Frage so: »Israel ist ein Krebsgeschwür in dieser Region und wenn ein Karzinom entdeckt wird,

muss es ausgeremert werden.«<sup>1</sup> Khaled Mash'al, der Führer der Hamas, erklärt: »Bevor Israel stirbt, muss es gedemütigt und erniedrigt werden. Wir werden dafür sorgen, dass sie ihr Augenlicht und ihren Verstand verlieren.«<sup>2</sup> Und Mahmoud Ahmadijad, der iranische Präsident, verspricht: »Sehr bald wird dieser Schandfleck im Zentrum der islamischen Welt beseitigt sein – dies ist machbar.«<sup>3</sup> Die jüngste Stellungnahme dieser Art stammt von Mohammad Hassan Rahimian, dem Vertreter des iranischen Revolutionsführers, der in der iranischen Hierarchie noch höher als Ahmadijad steht. Rahimian erklärte am 16. November 2006: »Der Jude ist der hartnäckigste Feind des Frommen. Und der Hauptkrieg wird über das Schicksal der Menschheit bestimmen. ... Das Wiedererscheinen des 12. Imam wird einen Krieg zwischen Israel und der Schia mit sich bringen.«<sup>4</sup>

Viele westliche Kommentatoren ignorieren derartige Ankündigungen, weil sie so irrsinnig sind. Doch sind die Reden Adolf Hitlers nicht genauso irrsinnig gewesen? Hitler glaubte seiner Propaganda aufs Wort: Er versuchte mit dem Mord an den Juden die Menschheit in seinem Sinne zu »befreien«. Islamisten glauben ebenso an das, was sie sagen und bejubeln Raketenangriffe auf beliebige israelische Zivilisten als »Akte der Befreiung«.

Die Tatsache, dass in diesen Jubel heute nicht nur Islamisten einstimmen, verweist auf einen zweiten Anknüpfungspunkt an die nationalsozialistische Zeit. Ich meine das Moment der Gehirnwäsche, das seit den Zeiten Josef Goebbels stets noch verfeinert worden ist.

Zu den Instrumenten dieser Propaganda gehört der Satellitensender der Hizbollah, *Al-Manar*, der in der arabisch-islamischen Welt Millionen von Menschen rund um die Uhr erreicht. *Al-Manar* verdankt seine Beliebtheit zahllosen Videoclips, die mit inspirierender Graphik und mitreißender Musik für Selbstmordattentate werben. *Al-Manar* hat aus den *Protokollen der Weisen von Zion* - Hitlers Leitfaden für den Holocaust – eine *Soap Opera* gemacht. Folge für Folge wird hier das Phantasma der jüdischen Weltverschwörung neu inszeniert: Juden hätten beide Weltkriege ausgelöst, Juden hätten die Chemiewaffen erfunden, Juden hätten Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben zer-

stört: Kurzum: Juden hätten nichts als Tod und Verderben über die Menschheit gebracht. Noch die blutrünstigsten Szenen werden in die Wohnzimmer muslimischer Familien gebracht. Da taucht zum Beispiel ein Rabbi auf, der einem jüngeren Juden einen Befehl erteilt: »Höre! Wir haben von oben einen Auftrag erhalten. Wir brauchen für das ungesäuerte Brot am Passahfest das Blut eines Christenkindes.« In der nächsten Szene wird ein verängstigter Junge in einen Kellerraum gezerrt. Dann fährt die Kamera auf das Kind zu, und in Großaufnahme sieht man, wie ihm die Kehle durchgeschnitten wird. Das Blut spitzt aus der Wunde und strömt in ein Metallbecken.

Die Suggestivkraft, mit der hier der mittelalterliche Antisemitismus im Massenbewusstsein normaler islamischer Familien verankert wird, kann sich mit Nazi-Inszenierungen wie dem Film »Jud Süß« durchaus messen. Ein Kind, das diese Schlächterszene gesehen hat, wird für den Rest seines Lebens geschädigt sein. Es wird Generationen brauchen, bevor dieses mentale Gift wieder abgebaut ist.

“ **Die Suggestivkraft, mit der hier der mittelalterliche Antisemitismus im Massenbewusstsein normaler islamischer Familien verankert wird, kann sich mit Nazi-Inszenierungen wie dem Film »Jud Süß« durchaus messen. Ein Kind, das diese Schlächterszene gesehen hat, wird für den Rest seines Lebens geschädigt sein. Es wird Generationen brauchen, bevor dieses mentale Gift wieder abgebaut ist.**

Als im Sommer 2006 der von der Hizbollah provozierte Krieg mit Israel tobte, zahlte sich die Investition in einen massenhaften Antisemitismus jedoch aus. Denken Sie an die Bilder von getöteten Zivilisten im Libanon und die Bilder von den Kindern in Beit Hanun im Gaza-Streifen, die ein versehentlicher Querschläger der israelischen Armee tötete. Wenn Israel sich wehren muss, ist das Resultat für keine Seite schön. Entscheidend ist, in welchen Kontext man derartige Fernsehbilder stellt. Wenn aber bei den Zuschauern die emotionale Infrastruktur des Antisemitismus aufgrund einer jahrelangen Berieslung verankert ist, versteht sich die »Deutung« derartiger Fernsehbilder von selbst. Massenweise wird auf diese Weise auch bei denjenigen Arabern, die mit der Hizbollah nichts zu tun haben, ein geradezu eliminatorischer Hass auf Israel und die Juden geschürt.

Es gibt noch einen dritten Aspekt, der mit dem Nationalsozialismus in Verbindung steht – wenn

auch in einer irritierenden Form: Ich meine die Leugnung des Holocaust, wie sie der iranische Präsident unter dem Beifall der Hamas und der Hizbollah praktiziert. Die Getöteten werden entweder ein zweites Mal getötet, indem man negiert, dass es sie je gab. Oder sie werden noch als Ermordete dem Gespött preisgegeben, wie die iranischen Karikaturen es tun, die zum Beispiel eine Anne Frank und einen Adolf Hitler in einem Ehebett zeigen. Hier wird das für uns vorstellbare Maß an Bösartigkeit überschritten. Ich komme weiter unten darauf zurück.

Schon im Sommer 2006 wäre kein Moslem und kein Jude getötet worden, wenn die Hamas und die Hizbollah auf Frieden gesetzt hätten, statt auf Krieg. So aber hat der uralte Hass auf Juden erneut zu entsetzlichem Leid geführt. Frieden im Nahen Osten setzt den Kampf gegen diese Hasspropaganda voraus. Welche Ursachen liegen ihr zugrunde? Ist dieser Antisemitismus durch die Politik Israels bedingt? Oder ist der Hass auf Juden eine Konstante im Islam? Warum und auf welchem Weg kam der Antisemitismus in die Region? Ich möchte diese Fragen mit vier historischen Exkursen beantworten.<sup>5</sup>

Der erste Exkurs führt uns achtzig Jahre zurück. Wie sah das Verhältnis zwischen Juden und Moslems in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts in Ägypten aus?

### Islamische Moderne ...

Machen Sie sich auf eine Überraschung gefasst: Die Juden in Ägypten waren in den 20er Jahren keine isolierte und gehasste, sondern im Gegenteil eine geachtete und geschützte Gruppe des öffentlichen Lebens: sie besaßen Mandate im Parlament, waren am Königspalast angestellt und besetzten bedeutende Posten in Wirtschaft und Politik. Auch die ägyptische Bevölkerung waren den Juden günstig gestimmt: »Es verdient hervorgehoben zu werden«, bekundete ein Wiener Journalist, »dass der jüdische Kaufmann und Kommissionär sich bei der einheimischen Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut und zumeist als sehr reell gilt.«<sup>6</sup> Wie war dies in einem Land mit islamischer Staatsreligion möglich?

Erstaunlicherweise ist die etwa 100 Jahre dauernde Phase der islamischen Moderne heute fast vollständig in Vergessenheit geraten. Diese Phase hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts begonnen und zwischen 1860 und 1930 seine Blütezeit erlebte. So rief der Sultan des Osmanischen Reiches

1839 die Gleichstellung der Juden und Christen im Osmanischen Reich aus. 1856 wurde diese Gleichstellung auch juristisch fixiert. Zwar war es mit den demütigenden Sonderbestimmungen für Juden nicht überall und sofort vorbei. Doch in den städtischen Zentren wurde es Juden jetzt gestattet, Abgeordnete zu werden und Regierungsposten zu bekleiden. Seit 1909 wurden sie auch für die Armee rekrutiert.<sup>7</sup>

Hinter dieser Entwicklung steckte nicht nur der Druck der europäischen Kolonialmächte sondern mehr noch der Wunsch der osmanischen Eliten, sich der europäischen Zivilisation anzunähern. So waren während der Zwanziger Jahren die Gesetze der Scharia für einen Großteil der islamischen Eliten außer Kraft gesetzt. Die Türkei hatte sie 1924, seit der Machtübernahme von Kemal Atatürk, abgeschafft. Der Iran begann sich 1925 unter Resa Khan zu säkularisieren. Auch in Ägypten wurde die Scharia nur noch bei persönlichen Angelegenheiten angewandt, während ansonsten die europäische Rechtsprechung galt.<sup>8</sup> Die Nation war damals nicht länger eine Unterabteilung des Islam, sondern der Islam die Unterabteilung einer Nation, in der Moslems, Christen und Juden gleiche Rechte hatten.<sup>9</sup>

**„ Zwischen April 1939 und April 1945 sendete Radio Zeesen alltäglich sein arabisch-sprachiges Programm. Die Sendungen wurden gleichzeitig auch auf türkisch und auf persisch ausgestrahlt. So wurde die Masse der analphabetisierten Muslime erreicht. Radios wurden damals auf öffentlichen Plätzen, in Basaren und in Kaffeehäusern aufgestellt. Kein anderer Sender erfreute sich ab 1939 einer größeren Beliebtheit als der Nazi-Sender aus Zeesen, der seit 1941 unter der Leitung des nach Berlin emigrierten Mufti von Jerusalem stand.**

Entsprechend unbefangen wurde die zionistische Bewegung akzeptiert. »Die Zionisten sind für dieses Land [Palästina] notwendig«, schrieb damals beispielsweise der Herausgeber der ägyptischen Zeitung *al-Ahram*. »Das Geld, das sie bringen werden, ihre Intelligenz und der Fleiß, der sie charakterisiert, werden ohne Zweifel dazu beitragen, das Land wieder zu beleben.«<sup>10</sup> Ganz ähnlich der ehemalige ägyptische Minister Ahmed Zaki, der 1922 schrieb: »Der Sieg der zionistischen Idee ist der Wendepunkt für die Erfüllung eines Ideals, das mir so wesentlich ist: die Wiederauferstehung des Orients.« Und so bereitete 1926 die ägyptische Regierung eine Delegation der Jüdischen Lehrer-

vereinigung aus dem britischen Mandatsgebiet einen herzlichen Empfang. Später reisten Studenten der Ägyptischen Universität zu einem offiziellen Besuch nach Tel Aviv, um dort an sportlichen Wettkämpfen teilzunehmen. Als 1929 die Unruhen in Palästina eskalierten, verpflichtete das ägyptische Innenministerium sein Pressebüro, alle antizionistischen und anti-jüdischen Artikel zu zensieren. 1933 erlaubte sie gar, dass 1.000 neue jüdische Einwanderer in Port Said zur Weiterfahrt nach Palästina landen konnten.<sup>11</sup>

Kein Wunder, dass die Landesgruppe Ägypten der NSDAP 1933 höchst unzufrieden war. In einem Bericht der Kairoer NSDAP von 1933 über die Stimmung im Lande ist zu lesen: »Für das Verständnis der Rassentheorie ist der Bildungsgrad der breiten Masse nicht fortschrittlich genug. Das Verständnis für die Gefahren des Judentums ist hier noch nicht geweckt.«<sup>12</sup>

30 Jahre nach Gründung der zionistischen Bewegung und 20 Jahre vor der Gründung Israels war somit das Verhältnis zwischen Juden und Moslems in Ägypten, der Türkei und dem Iran besser als je zuvor. Dieser Tatbestand beweist, wie flexibel der Koran in einer bestimmten historischen Situation ausgelegt werden kann. Zwar hatte mit dem Einfluss der Europäer auch der christliche Antisemitismus in der Region Einzug gehalten, doch hatte sich die Reichweite dieser Judenfeindschaft auf die christlichen Gemeinden Dies begann sich erst im Laufe der Dreißigerjahre zu ändern.

### ... und islamistische Reaktion

Für die islamischen Traditionalisten war dieser Vormarsch der Moderne eine Provokation. Sie setzten mit ihrem Widerstand den Anfangspunkt jener Bewegung, die uns heute unter der Bezeichnung »Islamismus« geläufig ist, eine Bewegung die einen islamischen Fundamentalismus mit dem Gebot eines permanenten heiligen Kriegs kombiniert. Diese islamistische Bewegung war von Anfang an antimodernistisch *und* antijüdisch orientiert. Ihre drei wichtigsten Protagonisten waren der 1921 eingesetzte Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, der syrische Scheich Izz al-Din al-Qassam, der 1934 von britischen Soldaten getötet wurde sowie der charismatische Hassan al-Banna, der 1928 die ägyptische Muslimbrüderschaft gründete. Der gemeinsame Lehrer dieses Trios war der Syrer Rashid Rida, ein Religionsgelehrter, der den saudischen Wahabiten nahestand. Wie Rashid Rida forderten auch seine drei Schüler die Rückbesinnung auf die Scharia-

Gesetzgebung und den althergebrachten Islam, um die westliche Zivilisation im ersten Schritt aus der arabischen Welt herauszudrängen und im zweiten Schritt global zu besiegen. Ihr Juden Hass war eine Kampfansage an den Einbruch liberaler Ideen in die Welt des Islam. Dieser Einbruch aber fand nirgendwo so radikal wie in Palästina statt. »Die Juden haben hier ihre Sitten und Gebräuche verbreitet, die im Gegensatz zu unserer Religion und unserer ganzen Lebensweise stehen«, beschwerte sich der Mufti auf einer Konferenz islamischer Religionsgelehrter. »Die jüdischen Mädchen, die in kurzen Hosen herumlaufen, demoralisieren unsere Jugend durch ihre bloße Anwesenheit.«<sup>13</sup> Jerusalem war für ihn der Kristallisationskern der »Wiedergeburt des Islam«. Palästina war für ihn das Zentrum, von dem aus der Widerstand gegen Juden und die Moderne seinen Anfang nehmen sollte. Und die *Protokolle der Weisen von Zion* waren für ihn das Dokument, das die Berechtigung seiner Angriffe auf die Juden bewies. Doch die antijüdischen Pogrome, die der Mufti während der Zwanzigerjahre in Palästina organisierte, blieben in der übrigen arabischen Welt noch ohne Resonanz.

Während es also im Streit zwischen Zionismus und Antizionismus äußerlich betrachtet um Land ging, verbarg sich dahinter ein viel größerer Konflikt: Der Streit um die Frage des Umgangs mit der Moderne. Während sich das Lager der Modernisierer in der Regel mit den Zionisten zu arrangieren suchte, bekämpften die Islamisten bereits jeden Verständigungsversuch als Verrat. 1937 legte Großbritannien mit dem sogenannten Peel-Plan die erste Zwei-Staaten-Lösung in der Geschichte des Nahostkonflikts vor. Dieser Kompromiss wurde anfangs nicht nur von den Zionisten unterstützt, sondern auch von den moderaten Palästinensern sowie mehreren arabischen Regierungen. Der Mufti hingegen lehnte den Teilungsplan entschieden ab und setzte sich mit dieser Haltung durch. Dennoch war Mitte 1937 das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Strömungen noch ausgewogen. Von nun an aber veränderte sich das Bild. Jetzt begann Nazi-Deutschland seine beträchtliches Gewicht in die Waagschale zu legen – in die der Islamisten.

### Islamismus und Nationalsozialismus

Für den Mufti war Nazi-Deutschland mehr als nur ein Bündnispartner im Kampf gegen Frankreich und Großbritannien: Er kannte den Charakter des Regimes und bot ihm eben deshalb im Frühjahr 1933 schon seine Mitarbeit an. Daran war Berlin

anfänglich nicht interessiert. Hitler hatte noch in »Mein Kampf« die »rassische Minderwertigkeit« der Araber hervorgehoben. Außerdem war man um das Wohlwollen Großbritanniens bemüht. Berlin revidierte erst im Juni 1937 diesen Kurs. Auslöser war der Zwei-Staaten-Vorschlag der Peel-Kommission. Einen Judenstaat wollten die Nationalsozialisten mit aller Macht verhindern. Jetzt nahm man die Mufti-Avancen dankbar auf. Jetzt wurde auch der Antisemitismus der Araber nach Kräften geschürt.

Im Zentrum dieser Propaganda stand ein Rundfunksender der Nazis, von dem heute kaum jemand etwas weiß. Seit der Berliner Olympiade von 1936 stand in Zeesen, einem Ort südlich von Berlin, der damals leistungsstärkste Kurzwellensender der Welt. Zwischen April 1939 und April 1945 sendete Radio Zeesen alltäglich sein arabischsprachiges Programm. Die Sendungen wurden gleichzeitig auch auf türkisch und auf persisch ausgestrahlt. So wurde die Masse der analphabetisierten Muslime erreicht. Radios wurden damals auf öffentlichen Plätzen, in Basaren und in Kaffeehäusern aufgestellt. Kein anderer Sender erfreute sich ab 1939 einer größeren Beliebtheit als der Nazi-Sender aus Zeesen, der seit 1941 unter der Leitung des nach Berlin emigrierten Mufti von Jerusalem stand. Hier wurden antisemitische Hetzbeiträge geschickt mit Zitaten aus dem Koran und arabischen Musikbeiträgen vermischt. Die Alliierten des Zweiten Weltkriegs wurden als von »Juden« abhängige Mächte gezeichnet und den Zuhörern das Bild von den »Vereinten Jüdischen Nationen« eingetrichtert. Gleichzeitig wurden Juden als die schlimmsten Feinde des Islam attackiert: »Der Jude war seit Mohammeds Zeiten nie ein Freund der Moslems. Der Jude ist der Feind, und ihn zu töten erfreut Gott.«<sup>14</sup>

Genauso wichtig wie diese technische Innovation war das ideologische Neuland, dass der Mufti von Jerusalem betrat. Er wollte »alle arabischen Länder in einem gemeinsamen Hass auf die Briten und auf die Juden vereinen«, wie er in einem Brief an Adolf Hitler schrieb. Der europäische Antisemitismus hatte sich in diesem Teil der Welt jedoch als wenig zündkräftig erwiesen. Dies hatte einen einfachen Grund. Das Phantasma von der jüdischen Weltverschwörung war europäischen Ursprungs und dem ursprünglichen Judenbild des Islam vollständig fremd. Nur in der Christuslegende erscheinen Juden als eine tödliche und mächtige Instanz, da sie es angeblich fertig gebracht hatten, Gottes einzigen Sohn zu töten.

Ganz anders der Islam. Ihm zufolge haben nicht die Juden den Propheten ermordet, sondern der Prophet die Juden: Mohammed hatte alle jüdischen Stämme aus Medina in den Jahren 623 bis 627 versklavt, vertrieben oder getötet. Deshalb tauchten die charakteristischen Züge des christlichen Antisemitismus in der muslimischen Welt nicht auf: »Es gab keine Ängste vor einer jüdischen Verschwörung und Vorherrschaft, keine Anklagen wegen diabolischer Bösartigkeit, Juden wurden nicht beschuldigt, Brunnen zu vergiften oder die Pest zu verbreiten.«<sup>15</sup> Stattdessen begegnete man den Juden mit Verachtung oder mit herablassender Duldung. Diese kulturelle Prägung ließ die Vorstellung, ausgerechnet Juden könnten eine permanente Gefahr für die Muslime und die Welt bedeuten, absurd erscheinen.

“ **Wir sehen also, dass Deutschland ab 1937 einen islamischen Antisemitismus zu fördern und zu verbreiten begann – als Mischung aus frühislamischer Legendenbildung und spätkapitalistischer Verschwörungstheorie.**

Also griff el-Husseini zu dem Instrument, das bei den arabischen Massen noch am ehesten zog: die Religion. El-Husseini war der erste, der den Antisemitismus christlicher Prägung in die Sprache der Muslime übersetzte und damit einen »islamischen Antisemitismus« schuf. Sein erstes antisemitisches und zugleich pan-islamisches Manifest trägt den Titel: »Islam-Judentum. Aufruf des Großmufti an die islamische Welt im Jahre 1937«. Es umfasst 31 Seiten und gelangte in die gesamte arabische Welt; es gibt bisher keine sicheren Beweise, dass Nazi-Agenten an seiner Abfassung beteiligt waren, doch weisen starke Indizien darauf hin. Ich möchte wenigstens einen kleinen Auszug aus dem Mufti-Manifest zitieren:

»Der Kampf zwischen Juden und Islam begann, als Mohammed von Mekka nach Medina floh. ... Damals waren die jüdischen Methoden schon die gleichen wie heute. Ihre Waffe war wie immer die Verleumdung ... Sie sagten, Mohammed sei ein Schwindler, .... sie versuchten, Mohammeds Ehre zu untergraben..., sie fing an, Mohammed sinnlose und unlösbare Fragen zu stellen ... und trachteten danach, die Muslime zu vernichten. ... Wenn die Juden Mohammed so verraten konnten, wie werden sie die Muslime dann heute verraten. ... Die Verse aus dem Koran und Hadith beweisen euch, dass die Juden die bittersten Gegner des Islams gewesen sind und noch weiter versuchen, denselben zu vernichten.«

Hier wurde ein neuer und populistischer Judenhass kreiert, der an die Tradition der orientalischen Märchenerzähler anknüpft und beständig zwischen dem 7. Jahrhundert und dem 20. Jahrhundert springt. Die klassische islamische Literatur hatte Mohammeds Kampf mit den Juden in der Regel als eine geringfügige Episode im Leben des Propheten behandelt. Die judenfeindlichen Verse aus dem Koran und dem Hadith waren seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Vergessenheit geraten. Jetzt aber begann der Mufti der angeblich feindseligen Haltung der Juden von Medina dem Propheten gegenüber eine geradezu kosmische Bedeutung zuzuschreiben. Jetzt wurden die vereinzelt Hassbotschaften aus Koran und Hadith vom Mufti systematisch herausgepickt und mit dem europäischen Topos der jüdischen Weltverschwörung vermischt. Jetzt wurden diese Versatzstücke den Muslimen bei jeder sich bietenden Gelegenheit – zum Beispiel über den arabischen Kurzwellensender aus Berlin – regelrecht eingehämmert.

Radio Zeesen stieß nicht nur in Kairo auf Begeisterung, sondern auch in Teheran. So gehörte zu den regelmäßigen Hörern von Radio Zeesen ein gewisser Ruhollah Khomeini. Als Khomeini im Winter 1938 im Alter von 36 Jahren aus dem Irak in das iranische Qum zurückkehrte, »hatte er einen von der britischen Firma Pye gebauten Radioempfänger dabei«, berichtet sein Biograph Amir Taheri. »Dieses Radio erwies sich als eine gute Investition. Denn nun kamen viele Mullahs und Religionsschüler in sein Haus, um allabendlich die Sendungen von Radio Berlin und von der BBC zu hören.«<sup>16</sup> Von dem Erfolg dieser Propaganda war selbst das deutsche Konsulat in Teheran überrascht. »Im ganzen Lande würden Geistliche auftreten« und behaupten, »dass in der Gestalt Adolf Hitlers der zwölfte Imam von Gott auf die Welt gesandt worden ist«, heißt es in einem Bericht von Februar 1941 an Berlin. So sei »völlig ohne Zutun der Gesandtschaft eine mehr und mehr um sich greifende Propaganda entstanden, die in dem Führer und damit in Deutschland den Retter aus aller Not erblickt. ... Ein Weg, um diese Entwicklung zu fördern, wäre das klare Herausarbeiten des Kampfes Mohammeds gegen die Juden in alter und den des Führers in jüngster Zeit.«<sup>17</sup> Wenn auch Khomeini kein Hitler-Anhänger war, dürfte dennoch seine antijüdische Einstellung in jenen Jahren geprägt worden sein.

Wir sehen also, dass Deutschland ab 1937 einen islamischen Antisemitismus zu fördern und zu verbreiten begann – als Mischung aus frühislamischer Legendenbildung und spätkapitalistischer Verschwörungstheorie. Dieser spezifizierte Anti-

semitismus gelangte über Radio Zeesen in den islamischen Raum. Gleichzeitig wurde auch die ägyptische Muslimbruderschaft mit erheblichen Geldzuwendungen aus Deutschland bedacht und deren antijüdische Propaganda gestärkt. Von einem Gleichgewicht zwischen Islam-Modernisierern und Islamisten konnte fortan keine Rede mehr sein. Radio Zeesen stellte seinen Betrieb im April 1945 zwangsläufig ein. Seine Frequenzen des Hasses breiteten sich aber erst von nun an in der arabischen Welt wirklich aus. Damit komme ich zum letzten Abschnitt meiner tour d'horizon.

### Die zweite Teilung der Welt

Während nach dem 8. Mai 1945 fast überall in der Welt ein Bannfluch über den Nationalsozialismus verhängt wurde, hallte die Nazi-Ideologie in der arabischen Welt weiter nach. In ihrem Bericht über den 1961 geführten Prozess gegen Adolf Eichmann geht Hannah Arendt darauf ein: »Die Zeitungen in Damaskus und Beirut, in Kairo und Jordanien verhehlten weder ihre Sympathie für Eichmann noch ihr Bedauern, dass er ‚sein Geschäft nicht zu Ende geführt‘ habe; eine Rundfunksendung aus Kairo am Tag des Prozessbeginns enthielt sogar einen kleinen Seitenhieb auf die Deutschen, denen jetzt noch vorgeworfen wurde, dass ‚im letzten Krieg nicht ein deutsches Flugzeug je eine jüdische Siedlung überflogen und bombardiert‘ hätte.«<sup>18</sup>

Den Herzenswunsch, alle Juden vernichtet zu sehen, formuliert noch im April 2001 der Kolumnist Achmad Ragab in der zweitgrößten, staatlich kontrollierten ägyptischen Tageszeitung *Al-Akhbar*: »Lasst uns bei Hitler bedanken. Er hatte sich an den Israelis im Voraus gerächt. Wir machen ihm nur den einen Vorwurf, dass seine Rache nicht vollständig genug gewesen ist.«<sup>19</sup>

Offenkundig folgte dem 8. Mai 1945 eine zweifache Teilung der Welt: Die Spaltung in die polit-ökonomischen Systeme ist als der Kalte Krieg bekannt. Die zweite Kluft, die der Kalte Krieg überdeckte, hat mit der Akzeptanz und mit dem Fortleben nationalsozialistischen Gedankenguts zu tun. Die Bruchstelle wurde bereits 1946 markiert und hat viel mit dem damals bekanntesten Politiker der arabischen Welt, dem ehemaligen Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, und noch mehr mit dem Opportunismus des Westens zu tun.

El-Husseini wurde 1945 u.a. von Großbritannien und den USA als Kriegsverbrecher gesucht. Er

hatte zwischen 1941 und 1945 von Berlin aus die muslimischen SS-Divisionen betreut und persönlich dafür gesorgt, dass Tausende jüdische Kinder, die andernfalls hätten gerettet werden können, vergast wurden. Dies war 1946 bekannt. Doch um es sich nicht mit der arabischen Welt zu verderben, verzichteten Großbritannien und die USA auf die Strafverfolgung, während Frankreich, in dessen Gewahrsam sich el-Husseini 1946 befand, ihn laufen ließ. Die Araber sehen in dieser Amnestie, »eine Absolution für geschehene und kommende Ereignisse«, schrieb Simon Wiesenthal im Dezember 1946.<sup>20</sup> Nun begann die pro-nationalsozialistische Vergangenheit eine Quelle des Stolzes, nicht der Scham zu werden. Als die Schlagzeilen der Weltpresse am 10. Juni 1946 die Flucht des Mufti aus Frankreich bekannt gaben, wurden die Arabischen Viertel beflaggt. Die größten Cheerleader aber waren die Muslimbrüder, die jetzt allein in Ägypten eine Millionen Menschen mobilisieren konnten. Sie hatten die Rückkehr des Mufti organisiert und seine Naziaktivitäten von Anfang an gegenüber Kritik abgeschirmt.

Die beiden entgegengesetzten Sichtweisen auf den Holocaust prallten im November 1947 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen erstmals aufeinander. Auf der einen Seite diejenigen, die die Shoah als Katastrophe betrachteten und die sich deshalb für die Teilung Palästinas und die Gründung Israels einsetzten. Auf der anderen Seite die prinzipiellen Gegner der Zweistaaten-Lösung, deren einflussreichster Vertreter der erneut zum palästinensischen Wortführer avancierte Amin el-Husseini war. Die Araber, so sein Vorschlag, »sollten gemeinsam über die Juden herfallen und sie vernichten, sobald sich die britischen Streitkräfte [aus dem Mandatsgebiet Palästina] zurückgezogen hätten.«<sup>21</sup> Doch auch die Muslimbrüder reihten den UN-Beschluss in ihr antisemitisches Weltbild ein und attackierte den Teilungsbeschluss als ein »internationales Komplott, ausgeführt von den Amerikanern, den Russen und den Briten unter dem Einfluss des Zionismus«.<sup>22</sup> So wurde nach den Jubelfeiern über die Rückkehr des Mufti von 1946 die Realität des Holocaust 1947 ein zweites Mal ignoriert.

Schließlich gab es in der arabischen Welt noch eine dritte Position: Es war die Position derer, die sich für den Holocaust nicht interessierten, und die gleichwohl den Teilungsplan aus pragmatischen Gründen unterstützten. Unter ihnen waren besonders viele palästinensische Araber, weil diese wussten, dass der Kampf gegen die Teilung vergeblich sein würde, weil die Araber keine Waffen, die Juden aber die Unterstützung der

USA und Großbritanniens hatten. Zu den Verfechtern dieser Position gehörten Zehntausende von Arbeitern ..., die die jüdische Ökonomie besonders auf den Zitrusfeldern voranbrachten.

Also hielten sich »viele palästinensische Araber nicht nur von den Kämpfen fern, sondern taten zugleich alles, um die ausländischen und die einheimischen Kräfte von der Ausführung militärischer Aktionen (gegen die Zionisten) abzuhalten«, schreibt Hillel Cohen, der die Bewegung der sogenannten arabischen »Kollaborateure« als erster systematisch untersucht hat. »Den Krieg von 1948 zu vermeiden und mit den Juden ein Abkommen zu schließen war nach ihrer Überzeugung das Beste für die Palästinensisch-Arabische Nation.«<sup>23</sup>

Es gab darüber hinaus auch zahlreiche arabische Führer, die mit dem Teilungsplan privat sympathisierten, die es jedoch nicht wagten, dem Mufti und den Muslimbrüdern zu widersprechen. Zu ihnen gehörte Abdullah, der Emir von Transjordanien, Sidqi Pasha, der Premierminister von Ägypten, Abd al-Rahman Azzam, der Chef der Arabischen Liga sowie Muzahim al-Pachachi, der damalige Premier des Irak, der damals erklärte: »Am Ende werde wir die Existenz des jüdischen Staates zu akzeptieren haben, heute aber, ist es politisch ausgeschlossen, dies öffentlich anzuerkennen.«<sup>24</sup>

So breitete die Feigheit der arabischen Regierungsoberhäupter und der Zynismus des Westens, der den Mufti 1946 unbehelligt laufen ließ, einer der fatalsten Entscheidungen des 20. Jahrhunderts den Weg: dem Überfall arabischer Armeen auf das von den Vereinten Nationen sanktionierte Israel.

Die Niederlage der arabischen Armeen spülte 1952 einen weiteren früheren Parteigänger der Nazis, Gamal Abdel Nasser, an die Macht. Nasser ließ die *Protokolle der Weisen von Zion* verbreiten und versicherte noch 1964 der *Deutschen Nationalzeitung*: »Die Lüge von den sechs Millionen ermordeten Juden wird von niemandem ernst genommen.«<sup>25</sup> Jetzt war es die Sowjetunion, die keine Schwierigkeiten hatte, sich mit dem Antisemitismus und der Holocaust-Leugnung ihres Verbündeten zu arrangieren. Darüber hinaus setzte Nasser viele der zahllosen Naziverbrecher, die sich ihrer Bestrafung durch Flucht nach Ägypten entzogen hatten, da ein, wo sie Profis waren – in der antijüdischen Propaganda.<sup>26</sup>

Erst als auch Nassers Feldzug gegen Israel im Sechs-Tage-Krieg von 1967 kläglich gescheitert

war, wurde der zuvor geschürte Hass auf Juden erneut islamistisch radikalisiert. Nassers antijüdische Propaganda war mit einer Neigung für die angenehmen Seiten des Lebens noch einhergegangen. Jetzt aber wurde der Antisemitismus mit dem Hass der Islamisten auf Sinnlichkeit und Lebensfreude vermischt und - in Anknüpfung an den 30 Jahre zuvor in Palästina initiierten Djihaad - als religiöser Widerstand gegen alle »Verderber der Welt« popularisiert. Jetzt »entdeckte« man, dass nicht nur alles Jüdische böse, sondern alles »Böse« jüdisch sei. So erklärt das wichtigste Manifest des islamischen Antisemitismus, der von dem Muslimbruder Sayyid Qutb verfasste Essay »Unser Kampf mit den Juden« – der mit der Hilfe Saudi-Arabiens nach 1967 millionenfache Verbreitung in allen islamischen Ländern erfuhr – unter Anspielung auf Karl Marx, Sigmund Freud und Emile Durkheim die Juden für den weltweiten moralischen und sexuellen Verfall verantwortlich: »Hinter der Doktrin des atheistischen Materialismus steckte ein Jude; hinter der Doktrin der animalistischen Sexualität steckte ein Jude; und hinter der Zerstörung der Familie und der Erschütterung der heiligen gesellschaftlichen Beziehungen steckte ebenfalls ein Jude.«<sup>27</sup> Jetzt erklärte man Palästina zum heiligen islamische Gebiet (*Dar al-Islam*), in welchem Juden nicht einmal ein Dorf regieren dürften, und Israels Vernichtung zu einer religiösen Pflicht. Jetzt breitete sich ungehindert intellektuelle Verwüstung aus: Man begann, Juden in Anlehnung an Koranverse als »Affen« verächtlich zu machen und bot als wissenschaftliche Erkenntnis die Behauptung feil, dass das Verzehren von nicht-jüdischem Blut ein religiöser Ritus der Juden sei.<sup>28</sup> Die ersten Opfer dieser islamistischen Wendung waren die Muslime selbst. Mit dem »Kampf gegen Verderber« ist die Unterdrückung eigener sinnlicher Bedürfnisse gemeint und mit der Rückkehr zu den »heiligen gesellschaftlichen Beziehungen« die Unterjochung der Frau.

Eine weitere Steigerung wurde 1982 erreicht, als die Hizbollah damit begann, Menschen systematisch als Bomben einzusetzen. Der Hass auf Juden war nun größer als die Furcht vor dem Tod; die Ideologie der Vernichtung schlug in die Praxis der Zerfetzung beliebiger Juden um. Wann immer die Möglichkeit einer friedlichen Lösung am Horizont erschien, wurde sie im Blut suizidaler Massenmorde ertränkt. Die erste große Selbstmordbomber-Serie begann in Palästina 1993/94, als der Osloer Friedensprozess gerade in Gang gekommen war. Sie wurde im Oktober 2000 wieder aufgenommen, nachdem sich Israel aus dem Libanon zurückgezogen und der palästinensischen Seite in Camp David die bis dahin weitrei-

chendsten Zugeständnisse gemacht hatte.<sup>29</sup> Es liegt auf eben dieser Linie, dass der Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen mit einer Welle von Raketenangriffen beantwortet worden ist.

Wie sieht nun das Gesamtresümee unserer historischen Rückblicks aus? Zunächst zur islamischen Welt: Hier zeigt die Geschichte, dass es eine jeweils persönliche Entscheidung ist, wie ein Moslem sein Verhältnis gegenüber Israel und den Juden definiert. Es war eine absichtliche Wahl des Mufti, jede Dialoglösung zu torpedieren. Und es ist eine absichtliche Wahl der Hamas, Israel beseitigen zu wollen. Es gibt keine Zwangsläufigkeiten, die solche Einstellungen determinieren.

**„ Unser Rückblick widerlegt die Behauptung, dass der islamischer Antisemitismus im Zionismus oder der Politik Israels seine Ursache hat. Es haben nicht die Zuspitzungen des Nahostkonflikts den Antisemitismus verursacht, sondern der Antisemitismus jene Zuspitzungen.**

Diese Selbstverständlichkeit versteht sich leider nicht von selbst. So zeichnet Tom Segev in seinem Weltbestseller »Es war einmal ein Palästina« zwei Kollektive – die Araber und die Juden – die sich ebenso geschlossen wie unversöhnlich gegenüberstehen. Jede Gruppe will das Land für sich allein. Deshalb ermorden Juden die Araber und Araber ermorden die Juden - eine »Spirale der Gewalt«, für die beide Seiten gleichermaßen verantwortlich zu machen sei. Mit Analyse hat dies nichts zu tun. Gewiss hat es fundamentalistische Positionen auch im zionistischen Lager immer gegeben. Hier blieben sie jedoch gesellschaftlich marginalisiert, während der Geist des Mufti im Lager der Palästinenser bis heute dominant ist und jede Abweichung zum Schweigen zu bringen sucht.

Dann zu Europa: Hier zeigt sich, was für verheerende Konsequenzen die europäische Anbiederung an den Islamismus hatte und hat. Amin el-Husseini war eine von den europäischen Mächten eingesetzte und geförderte Instanz: Es waren die Briten, die ihn 1921 in sein Mufti-Amt brachten. Es waren die Deutschen, die ihn zwischen 1937 und 1945 bezahlten. Und es waren die Franzosen, die ihn 1946 laufen ließen und seine zweite Karriere ermöglichten. Trotz dieser Mitverantwortung für die Situation weigern sich die europäischen Politiker und Medien, die Existenz des islamischen Antisemitismus bei Hisbollah und Hamas auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Solange dieses Faktum aber verleugnet wird, wird der Terror der Islamisten zum neuen Maßstab für die Schuld der Israelis gemacht. Dann lautet die Devise: »Je barbarischer der antijüdische Terror, desto ungeheuerlicher die israelische Schuld.« Wer aber Israel zum Sündenbock für die islamistische Gewalt machen will, lenkt nicht nur von der eigentlichen Agenda des Islamismus ab, sondern knüpft mit dieser neusten »Der-Jud-ist-schuld«-Variante an uralte Muster des europäischen Antisemitismus an. So wird der Verzicht auf Klarheit zum Beginn der Komplizenschaft.

\*

Und schließlich zum Antisemitismus selbst: Unser Rückblick widerlegt die Behauptung, dass der islamischer Antisemitismus im Zionismus oder der Politik Israels seine Ursache hat. Es haben nicht die Zuspitzungen des Nahostkonflikts den Antisemitismus verursacht, sondern der Antisemitismus jene Zuspitzungen. Es gibt eine sichere Methode, die wirklichen Wurzeln dieses Antisemitismus zu erkennen: Man braucht sich nur die massenhafte Haltung der arabischen Welt gegenüber Hitler und den Nazis anzuschauen. Wenn Deutsche in Beirut, Damaskus oder Amman mit Komplimenten für Hitler überschüttet werden, liegt dies schwerlich an Israel. Wenn iranische Cartoons Anne Frank mit Adolf Hitler im Bett zeigen, hat dies mit Zionismus wenig zu tun.

Heute wird dieser Antisemitismus durch die iranische Kampagne der Holocaust-Leugnung noch verstärkt. Wer Auschwitz zum »Mythos« erklärt, zeichnet die Juden als einen universellen Feind, der die Menschheit um des schnöden Mammons willen seit 60 Jahren fortlaufend betrügt. Wer vom »sogenannten« Holocaust spricht, unterstellt, dass über 90 Prozent der Lehrstühle und Medien der Welt von Juden kontrolliert und hermetisch gegen die »eigentliche« Wahrheit abgeschottet werden. Wer Juden aber derartiger Untaten bezichtigt, kann Hitlers Endlösung schlecht kritisieren. Der Holocaust wird der Außenwelt gegenüber verleugnet und im Geheimen als Quelle der Inspiration genutzt: als eine Art Präzedenzfall, der beweist, dass es geht, dass man Juden millionenfach ermorden kann. Implizit ist in jeder Leugnung des Holocaust die Aufforderung, ihn zu wiederholen, enthalten.«

Dieser Judenhass lässt sich durch keine Variante jüdischen Entgegenkommens abmildern: Wer der dämonisierenden Wahnvorstellung anheim gefallen ist, wird sein antijüdisches Feindbild bestätigt finden – egal was eine israelische Regierung tut

oder lässt. Dieser islamische Antisemitismus hat mit ethnischen Besonderheiten oder kulturellen Marotten nichts zu tun. Wir haben es mit der Ideologie der Nazis in neuer Verkleidung zu tun.

Lassen Sie mich mit dem Appell eines Moslems, des Politikwissenschaftlers Bassam Tibi schließen: »Erst wenn die deutsche Öffentlichkeit der antisemitischen Dimension des Islamismus in angemessener Weise entgegentritt, wird man davon sprechen können, dass sie die Lehren der deutschen Vergangenheit wirklich verstanden hat.«<sup>30</sup>

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Zit. nach Josef Joffe, *Der Wahnsinn an der Macht*, in: *Die Zeit*, 20. Juli 2006.

<sup>2</sup> Zitiert nach: *Middle East Media Research Institute (Memri), Special Dispatch*, 7. Februar 2006.

<sup>3</sup> Zitiert nach: *Memri, Special Dispatch*, 2. November 2005.

<sup>4</sup> ISNA, 16.11.2006, <http://isna.ir/Main/NewsViews.aspx?ID=News-825902>, zit. nach: *Honestly Concerned -Iranforschung. Übersetzung aus Iranischen Medien*, Berlin, 17. November 2006.

<sup>5</sup> In meinem Buch »Dihad und Judenhass« gehe ich ausführlicher auf die hier behandelten historischen Stationen ein. M. Küntzel, *Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg*, Freiburg, 2002.

<sup>6</sup> Was der Wiener Journalist 1904 notierte, habe auch für die kommenden Jahrzehnte Bestand gehabt, betont Gudrun Krämer, in *Minderheit, Millet, Nation? Die Juden in Ägypten 1914-1952*, Wiesbaden 1982., S. 158.

<sup>7</sup> Yossef Bodanski, *Islamic Anti-Semitism as a Political Instrument, Shaarei Tikva (The Ariel Center for Policy Research) 1999*, S. 20-25.

<sup>8</sup> Albert Hourani, *Die Geschichte der arabischen Völker*, Frankfurt/M. (Fischer Taschenbuch), 2000, S. 420.

<sup>9</sup> Bernard Lewis, *Semites and Anti-Semites*, London 1986, S. 136.

<sup>10</sup> Stefan Wild, *Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität*, in: Helmut Mejcher, *Die Palästina-Frage 1917-1948* (Paderborn 1993), S. 79.

<sup>11</sup> Abd Al-Fattah Muhammad El-Awaisi, *The Muslim Brothers and the Palestine Question 1928-1947*, London 1988, S. 22ff.

<sup>12</sup> Krämer, a.a.O., S. 278.

<sup>13</sup> Uri M. Kupferschmidt, *The Supreme Muslim Council. Islam under the British Mandate for Palestine*, Leiden 1987, S. 249f. und S. 252.

<sup>14</sup> Seth Arsenian, *War-time Propaganda in the Middle East*, in: *The Middle East Journal*, Oct. 1948, Vol. II, No. 4, S. 421; Robert Melka, *The Axis and the Arab Middle East: 1930-1945*, University

of Minnesota 1966, S. 47f; Heinz Tillmann, *Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin/Ost 1965, S.83f.

<sup>15</sup> Vgl. Bernard Lewis, »Treibt sie ins Meer!«, *Die Geschichte des Antisemitismus*, Frankfurt /M. 1987, S. 137ff.

<sup>16</sup> Amir Taheri, *The Spirit of Allah. Khomeini and the Islamic Revolution*, Bethesda 1986, S 100.

<sup>17</sup> Mitteilung des Deutschen Konsulats in Teheran an das Auswärtige Amt vom 2. Februar 1941, zit. nach Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers, *Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 2006, S. 42.

<sup>18</sup> Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem*, München 1986, S. 81.

<sup>19</sup> Ragab in der Ausgabe vom 20. April 2001. Er wiederholte diesen Standpunkt in Al-Akhbar am 25.4.2001 und am 27. 5. 2001. Vgl. *Anti-Defamation League, Holocaust Denial in the Middle East: The Latest Anti-Israel Propaganda Theme*, New York, 2001, S. 2. ([www.adl.org](http://www.adl.org))

<sup>20</sup> Simon Wiesenthal, *Großmufti – Großagent der Achse*, Salzburg-Wien 1947, S. 2.

<sup>21</sup> Nicholas Bethell, *Das Palästina-Dreieck*, Frankfurt/M. 1979, , S. 381.

<sup>22</sup> Matthias Küntzel, *Von Zeesen bis Beirut. Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt*, in: D. Rabinovici, U. Speck und N. Sznajder (Hg.), *Neuer Antisemitismus?*, Frankfurt/M. 2004, Suhrkamp, S. 287.

<sup>23</sup> Hillel Cohen, *Army of Shadows. Palestinian Collaboration with Zionism 1917-1948*, Jerusalem 2006 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 264. Cohens Monographie ist auf hebräisch verfasst und erhielt 2001 den Jahrespreis des Yitzhak Rabin Zentrums für Israel-Studien. Die englische Übersetzung wird 2007 in den USA (University of California Press) erscheinen.

<sup>24</sup> Bruse Maddy-Weitzman, *The Crystallization of the Arab State System 1945-1954*, New York 1993, S. 80.

<sup>25</sup> Robert Wistrich, *Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel*, München 1987, S. 310, 316f und 336.

<sup>26</sup> Küntzel, a.a.O., S. 70f.

<sup>27</sup> Qutbs Text wurde 1950 verfasst, konnte sich aber in der Phase der blutigen Verfolgung der Muslimbrüder durch Nasser, der auch der 1966 hingerichtete Qutb zum Opfer fiel, nicht durchsetzen. Sein Gesamtwortlaut ist dokumentiert in: Ronald L. Nettler, *Past Trials and Present Tribalations. A Muslim Fundamentalists View of the Jews*, Oxford et. al. 1987, S. 72-89.

<sup>28</sup> Diese Behauptung findet sich z.B. in dem Standardwerk über »Das Volk Israels im Koran und in der Sunna«, das der heute renommierteste sunnitische Geistliche und Großscheich der Al-Azhar-Universität von Kairo, Mohammed Tantawi, als Doktorarbeit eingereicht und 1968/69 veröffentlicht hat. Vgl. Wolfgang Driesch, *Islam, Judentum und Israel*, Hamburg 2003, S. 53 und 74. Dieser Bestseller wurde zuletzt 1997 aufgelegt.

<sup>29</sup> Joseph Croitoru, *Der Märtyrer als Waffe*, Wien 2003, S. 165ff.

<sup>30</sup> Bassam Tibi, *Der importierte Hass. Antisemitismus ist in der arabischen Welt weit verbreitet*, in: *DIE ZEIT*, 6. Februar 2006. 

## Islamistischer Antisemitismus als ein Merkmal des neuen Totalitarismus

Von Dr. Wahied Wahdat-Hagh

»Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Polen«, Tagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Dresden), Görlitz, 2. – 4.11.2007

Der Vortrag bewegt sich auf verschiedene Ebenen. Das Problem des heutigen Antisemitismus kann man nur verstehen, wenn wir einen historischen Bezug zu den Anfängen der islamischen Herrschaft herstellen. Der Wille heute kraft islamisch revolutionärer Bewegungen eine islamische Herrschaft nach dem Modell der Herrschaft in Medina, wird im Folgenden als ein Problem beschrieben. Einerseits drängt sich die Frage, ob fundamentalistische Bewegungen und Machtparate, die wie im Falle des iranischen Regimes als fundamentalistische Systeme bekannt sind nicht rein originär islamische Bewegungen sind, andererseits sollen zukünftige islamische Gesellschaften nicht daran gehindert werden sich zu ändern. Fakt ist, dass der fundamentalistische Versuch einen islamischen Staat heute mit den alten religiösen Gesetzen des Islam zu realisieren in die Katastrophe einer Diktatur enden muss.

Ich werde das Problem des islamistischen **Antisemitismus** khomeinistischer Provenienz behandeln und werde auf **endogene Ursachen** des islamistischen Antisemitismus, des Terrorismus und der Diktatur eingehen. Daher werde ich in einem großen Teil des Vortrages damit beschäftigt sein zu begründen, warum der neue Antisemitismus etwas mit dem Willen islamische Gottesstaaten zu gründen und in Folge davon islamistische, militante und nicht-militante islamistische Bewegungen zu unterstützen verbunden ist, d.h. es geht um den totalitären Herrschaftswillen, der das islamische Gesetz als Staatsgesetz durchsetzen will. In der iranischen Gesellschaft, in der die Moderne seit über 100 Jahren eingezogen ist, gerät die Legitimität der traditionellen Gesellschaft in eine Legitimationskrise, der **theokratische Herrschaftswille wird totalitär**.

Der islamistische Antisemitismus in Iran ist nicht zu trennen vom Anti-Bahaismus, von geschlechtsspezifischen Diskriminierung und von der Förderung des islamischen Terrorismus, um einige Beispiele zu nennen.

Die These ist, dass die totalitäre Ideologie des Islamismus das politische Konzept der technologisch modernen Gegenmoderne darstellt.

Es sei erwähnt, dass im Iran bis spätestens 1983 alle systemfremden Intellektuellen und politischen Organisationen und Parteien verboten oder ins Exil gejagt wurden. Alle nicht-islamistischen Initiativen werden gelähmt, soziale Gruppen sollen indoktriniert oder zerschlagen werden. Es wird der Versuch unternommen die Öffentlichkeit staatlich zu beschlagnahmen, und auf das selbst definierte Ummat, die islamische Gemeinschaft, zu reduzieren. Jeder Funke der Freiheit jenseits der »roten Linien« der Diktatur wird systematisch erlöscht.<sup>1</sup>

Vorweg, es geht um die Behandlung eines politischen Systems der technologisch entwickelten Gegenmoderne, das sich als eine paradigmatische Alternative zu westlichen Demokratie und Modernität versteht, aber neue alte Vorurteile, Unterdrückung und Terror hervorbringt und die zukünftige Kriegsgefahr steigern lässt.

### Das Konzept der technologisch modernen Gegenmoderne und der eliminatorische Antizionismus

Der islamistische Antisemitismus ist eine Folge der Feindseligkeit und Feindschaft gegen die Moderne. Der Jude, der Israeli erscheint in der arabischen Welt und bei den iranischen Khomeinisten als der Hauptrepräsentant der Moderne. Es ist quasi der israelische Jude, der Westler, der als Feind wahrgenommen wird, weil er zum Subjekt des sozial-kulturellen Wandels wird. Das Judentum besitzt im Islam einen eigenen Stellenwert, aber der iranische Jude beispielsweise wird geradezu gezwungen sich von Israel zu entsolidarisieren, nicht weil Israel irgendwelche Interessen im Iran hätte, sondern weil das politische Konzept eines demokratischen Staates dem Konzept der Islamisierung der islamischen Welt und der Schaffung von neuen Gottesstaaten widerspricht. Denn der Zionismus als der politische Wille einen modernen demokratischen Staat zu gründen, gilt in der islamistischen Perspektive genauso als teuflisch, wie die USA als imperialistisch und Europa nicht minder böse, als eine verkommene Welt wahrgenommen wird, die

in Jahalat, Unwissenheit, Unwissenheit vom koranischen Gesetz, verweilt.

Vorweg: Meine Hauptthese ist hier, dass der Antizionismus und die antijüdische Haltung geradezu die logische Konsequenz des islamischen Fundamentalismus und eine Konsequenz der fundamentalistischen Gegenmoderne ist. Der **eliminatorische Antizionismus**<sup>2</sup> ist nichts mehr als die Kriegserklärung gegen die Demokratie und gegen die Moderne.

**„ Der Terror gegen Israel, aber auch die Anschläge in London und Madrid, werden in der islamistischen Perspektive mit den Kämpfen Mohammads verglichen. Dabei geht es um die Ideologie der islamischen Weltherrschaft. Eine Tatsache, die weit über das Palästina-Israel-Problem hinausgeht.**

Die islamische Herrschaft gilt in der staatlichen Doktrin der Islamischen Republik Iran als etwas absolutes. Daher forderte auch Ahmdinejad auf der Generalversammlung der UNO<sup>3</sup> eine Islamisierung der Welt, damit Frieden, Liebe und Gerechtigkeit eines Tages herrschen werde, natürlich nur in seiner zynischen ideologischen Vorstellungswelt.

### Anachronistische Projektionen

Die regressive Idee das anachronistische islamische Gesetz als Staatsgesetz einführen zu wollen, ist die endogene Ursache für terroristische Gewalt und für die neue Form der totalitären Herrschaft des Islamismus und damit auch für den neuen Antisemitismus, der sekundär ist, da er sich gegen die israelischen Juden wendet. Die politische Regression entsteht aus der voluntaristischen Projektion eines vergangenen Ideals in die Zukunft, als ob das Modell der Medina von vor 1300 Jahren tatsächlich eine Lösung für die Zukunft der islamischen Welt wäre.

Der Terror gegen Israel, aber auch die Anschläge in London und Madrid, werden in der islamistischen Perspektive mit den Kämpfen Mohammads verglichen. Dabei geht es um die Ideologie der islamischen Weltherrschaft. Eine Tatsache, die weit über das Palästina-Israel-Problem hinausgeht.

Daher geht es mir auch um die Geschichte militanter islamistischer Bewegungen, die als revolutionäre islamistische Bewegung an die Macht gelangen. Sie unterstützen revolutionäre Bewe-

gungen, im Namen des »Widerstandes« und der »Verteidigung des Islam«.

Um das Problem transparent zu machen, wird daher die Rolle der Gewalt in der Frühgeschichte des Islam kurz skizziert. Eine fragmentarische Militärgeschichte des traditionellen Islam soll zudem veranschaulichen, wie sich der Islam kraft Eroberungskriegen über Jahrhunderte verbreiten konnte. Welche historisch-zivilisatorische Rolle hat der Islam für die soziokulturelle Entwicklung der arabischen Welt gespielt?

Prinzipiell ist meine These, dass die Probleme des neuen Totalitarismus und damit auch des neuen Antisemitismus daraus entstehen, dass die fundamentalistischen Machthaber und Revolutions- und Terroristenführer den Zeitgeist und den Wandel der Zeiten nicht begreifen und daher auch die Bedürfnisse der eigenen Gesellschaften nach modernen Werten der Menschenrechte, Emanzipation, Antirassismus, Antidiskriminierung, Demokratie und Freiheit nicht nachvollziehen können. Bestenfalls versuchen manche Reformer diese ideologisch zu besetzen und auszuhöhlen.

Daher muss man davon ausgehen, dass heute revolutionäre und jihadistisch-terroristische Bewegungen den Anspruch des Islam auf Weltherrschaft tatsächlich auf die Ursprünge der islamischen Geschichte projizieren. Zugespitzt heißt dies, dass in der Tat die revolutionären oder die sich an der diktatorischen Macht befindenden Islamisten die Kämpfe der frühen Muslime kämpfen. In einem bestimmten Sinne könnte man daher auf den Begriff des Islamismus verzichten, andererseits sollen auch islamische Gesellschaften das Recht besitzen sich vom islamischen Gesetz zu verabschieden, was das Ticket für den Eintritt in die moderne Zivilisation wäre.

### Der islamische Staat

Islam bedeutet »Hingabe« des Muslim an Gott. Ein Muslim ist ein Monotheist, der – anders als die Polytheisten im Zeitalter Mohammads, des Stifters des Islam –, nur an einen Gott glaubte.

Der Islam war jedoch von Anbeginn nicht nur eine individuelle Glaubensvorstellung. Im Islam gibt es keine Zweiteilung der Gemeinde der Gläubigen und der staatlichen Herrschaft. Während Jesus die Christen gelehrt hatte, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist, kämpfte schon der Prophet Mohammad für die Errichtung einer islamischen Herrschaft. Nicht

von ungefähr beginnt die islamische Zeitrechnung im Jahre 622, als die erste islamische Herrschaftsform entstand, die bis heute als Modell für die islamistische Zivilgesellschaft in der »Islamischen Republik Iran«<sup>4</sup> gilt.

Kurzer Rückblick: Im Jahre 610 träumte Mohammad zum ersten Mal davon, das Siegel der Propheten zu werden. Zwei Jahre später forderte er die Mekkaner auf sich Allah<sup>5</sup> zuzuwenden. Aus Mekka, das damals eine Handelsmetropole war, werden Mohammad und seine Anhänger vertrieben. Die reichen Mekkaner wollten nichts von seinem religiösen Anspruch wissen und verjagten ihn aus der Stadt. Er ging nach Jathrib, das später Medina genannt wird. Die Gewalt ist von Anbeginn ein Motor der Entwicklung des Islam gewesen. Die Gewaltanwendung wurde historisch jedoch aus der Perspektive der Legitimität des Offenbarungsanspruchs, stets als »Verteidigungskrieg« definiert.

Von Medina aus führte Mohammad schon ab 623 die ersten Razzien durch und überfiel Handelskarawanen. Vier Jahre später führte er den ersten Eroberungskrieg gegen Mekka. Seine Soldaten sollten mindestens 6000 seiner Feinde getötet haben, nahmen Frauen und Kinder als Sklaven und verkauften sie. Als im Jahre 628 ein weiterer direkter Angriff auf Mekka nicht gelang, wurde kurzerhand eine friedliche Pilgerfahrt organisiert. Mohammad führte mit seinen mekkanischen Feinden Verhandlungen und traf Übereinkommen, die als Gesetze in die islamische Gesetzgebung einfließen. Der prophetische Präzedenzfall hieß »Hudaibijja«. Demnach darf der Jihad aus taktischen Gründen zwecks Verhandlungen und Abschluss eines vorläufigen Waffenstillstandes unterbrochen werden. Die Ermordung eines Muslim durch einen Mekkaner, – wahrscheinlich ein privater Streit –, wurde von Mohammad als *casus belli* für die entscheidende Schlacht zur Eroberung Mekkas. Mohammad brach im Jahre 630 den vereinbarten Waffenstillstand und überfiel mit seinen Kriegern Mekka. Toynbee schrieb, dass Mohammad seine materielle Macht »erzwingen«<sup>6</sup> wollte, um islamische Konformität in der Gesellschaft zu schaffen.

Der Islam entstand in einer Zeit, als die arabischen Stämme auf der tiefsten Stufe der Barbarei standen. Beispielsweise begruben sie damals ihre Mädchen lebendig. Manchmal wurden sogar Mütter mit dem Tode bedroht, wenn sie Mädchen zur Welt brachten. Im Mittelalter waren die arabischen Völker noch in den Geisteswissenschaften,

in Mathematik, Kultur, etc. den europäischen Völkern überlegen gewesen.<sup>7</sup>

Mohammad hatte bis zu seinem Tod schon viel erreicht. Bernard Lewis schreibt:

»Er [Mohammad] hatte den heidnischen Stämmen Westarabiens eine neue Religion gebracht, deren Monotheismus und ethische Grundsätze auf einer ungleich höheren Entwicklungsstufe standen als das Heidentum, dem sie zuvor angehangen waren. Er hatte diese Religion auf eine Offenbarung gegründet, die in den darauffolgenden Jahrhunderten zum Leitbild des Denkens und Handelns unzähliger Millionen von Gläubigen werden sollte. Es war ihm aber noch mehr als dies gelungen: Er hatte eine Gemeinschaft und einen gut organisierten und wohlbewaffneten Staat gegründet, der dank seiner Macht und seines hohen Ansehens zu einem dominierenden Faktor in Arabien werden sollte.«<sup>8</sup> Die Kriege gingen jedoch weiter und dienten der Islamisierung der Gesellschaften. Unbestreitbar ist der militärische Einsatz als Mittel und Motor der Entwicklung der islamischen Geschichte.<sup>9</sup>

Um die Frage zu beantworten, warum die politische Gewalt von islamistisch-revolutionären Bewegungen heute auf Grenzen stoßen muss, und infolge dessen der neue Antisemitismus als ein Merkmal des neuen Totalitarismus ein Problem ist, wird kurz auf die militärische Frühgeschichte des Islam skizziert.

**»Die Gewalt ist von Anbeginn ein Motor der Entwicklung des Islam gewesen. Die Gewaltanwendung wurde historisch jedoch aus der Perspektive der Legitimität des Offenbarungsanspruchs, stets als »Verteidigungskrieg« definiert.**

Die Razzia, arabisch Ghazw, war schon den arabischen Stämmen, die Rachefeldzüge durchführten, bekannt. Die Krieger des feindlichen Stammes wurden getötet, Hab und Gut angeeignet, Überlebende versklavt. Unter Führung des Propheten Mohammad gab es im 7. Jahrhundert einen Massenaufbruch von mit Lanzen, Pfeilen und Bogen bewaffneter Männer, die von der reichen Beute in Syrien, im Irak und Persien wussten. Die islamischen Quellen heben die religiöse Motivation hervor, wie es im Koran heißt:

»Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Gott und das Jüngste Gericht glauben und nicht verbieten, was Gott und Sein Prophet verbieten; die nicht der wahren Religion folgen, obschon sie zu den

Leuten gehören, die eine offenbarte Schrift erhalten haben – kämpft, bis sie in Erniedrigung Tribut entrichten.«<sup>10</sup>

Als die Armee des Propheten im Jahre 627 in Medina belagert wurde, wurde die offene Nordflanke der Stadt durch einen Graben abgesichert, der auf Anraten des persischen Moslems Salman ausgehoben worden war. Später ging der Prophet Mohammad mit schweren Verlusten in die Offensive. Das Argument der »Verteidigungskämpfe« wurde in der historischen Dimension beschrieben, im Folgenden wird herausgearbeitet, warum heute die Gewaltanwendung im Namen des Islam nur zerstörerische Folgen zeitigen kann und mitnichten eine höhere Zivilisation hervorbringt, sondern eher regressiv und rückschrittlich ist.

### Der historisch-soziokulturelle Stellenwert des Islam

In traditionellen islamischen Gesellschaften gehörte Gewaltausübung im Namen der Verteidigung zum Selbstverständnis der Legitimität der islamischen Herrschaft,<sup>11</sup> so wie dies auch von Max Weber betont wurde.

Mit dem Einzug der Moderne in die traditionellen Gesellschaften gerät die gesellschaftliche Entwicklung in einen Zwiespalt zwischen Tradition und Moderne. Die zerrissene iranische Gesellschaft ist ein Paradebeispiel einer Übergangsphase der soziokulturellen Entwicklung. Wertewandel setzt auch in der iranischen Gesellschaft ein. Die Legitimität traditionaler Herrschaft wird aufgehoben.

**„ Auch heute wollen fundamentalistisch islamische Bewegungen, die auch als islamistisch bezeichnet werden die islamische Welt reislamisieren, islamische Gottesstaaten errichten. Die größte Barriere erscheint zunächst der neue Staat Israel.**

Die Religionen wirken tatsächlich auf die soziokulturelle Entwicklung der Menschheitsgeschichte. Die Menschen entwickeln sich in Jahrtausenden immer weiter, es entstehen neue soziale Bedürfnisse, und die Maßstäbe des sozialen Handelns ändern sich.

Die Religionsgeschichte ist gekennzeichnet durch Aufbauphasen und Blütezeiten. Wenn Machtpolitik die soziokulturelle Rolle der Religion in der Evolutionsgeschichte der Menschheit ersetzt, werden wir Zeugen von Verfallserscheinungen.

Fundamentale Veränderungen in den Gesellschaftsstrukturen erschüttern stets die Weltansicht des einzelnen. Weltanschauungen, Vorstellungen verlieren mit einem Male ihre Geltung. Ervin Lazlo konstatiert:

»Neue Werte, neue Vorstellungen, neue Einstellungs- und Verhaltensmuster müssen sich entwickeln, um Gesellschaftsstrukturen zu tragen, die die dynamische Stabilität der Gesellschaft als Ganzes sowie ein akzeptables Maß an Freiheit, Gleichheit und Mitbestimmung sicherstellen.«<sup>12</sup>

Gesellschaftliche Transformationen gehen mit der Entwicklung neuer Wertesysteme einher. Neue ethisch reife Prioritäten werden gesetzt, wenn Machtorientierung von den alten Religionen nur noch Worthülsen, Rituale und Zeremonien übrig lässt und wenn es lediglich um die Staatsführung mit allen denkbaren Mitteln geht. Das soziokulturelle System des Islam erweist sich heute als besonders resistent, wie das Rechtssystem, insbesondere als Staatsgesetz.

Frappierend ist heute die Opferhaltung der Gewalttäter, die auf die Identifikation mit den Kriegen des Propheten Mohammad zurückzuführen ist. Während in der Frühgeschichte des Islam die neuen Werte einer neuen religiösen Bewegung für den damaligen Stand der arabischen Sumpfgesellschaften, die ihre Töchter lebendig begruben, durchaus fortschrittlich erschien, kann heute die Durchsetzung der religiösen Gesetze des Islam als Staatsgesetz mitnichten als fortschrittlich gelten. Aber genau in dieser Zwickmühle und kulturellen Blockade befinden sich islamische Bewegungen. Jeder gewalttätige militante Mord, der der Rekonstruktion der Vergangenheit, des Überkommenen dient, wird als »Verteidigung« betrachtet. Jeder Selbstmordattentäter wird als Opfer und Märtyrer betrachtet. Die Mittel, die der gewaltsamen Verbreitung des Islam in seiner Frühzeit dienten, widersprechen allen heutigen menschenrechtsorientierten Wertmaßstäben. Wieder in die Gegenwart:

### Mobilisierung der Massen für den antisemitischen Al-Quds-Tag

Auch heute wollen fundamentalistisch islamische Bewegungen, die auch als islamistisch bezeichnet werden die islamische Welt reislamisieren, islamische Gottesstaaten errichten. Die größte Barriere erscheint zunächst der neue Staat Israel. Ein Blick auf die islamische Revolution lohnt sich:

Der iranische Klerus profitierte vom revolutionären Impetus des bewaffneten kommunistischen Kampfes und des Kampfes der Volksmujahedin gegen die Pahlavi-Dynastie. Als die Massen auf die Straßen gingen, gehörte der Klerus nur bedingt zur aktiven revolutionären Bewegung. Dennoch waren die Khomeinisten nicht passiv. Khomeinis Reden auf Kassetten, Tonbändern und Videos dienten der Mobilisierung der Massen in den Moscheen. Im September 1977 hielt Khomeini eine Rede im irakischen Exil und sprach von »Möglichkeiten eines Protestes«, die sich neu eröffnet hätten.<sup>13</sup> In einigen Moscheen wurde Khomeini wie ein Messias erwartet. Die religiösen Rituale wandelten sich im Dezember 1977 zum politischen Protest. Dazu wurden schon im Januar 1978 gewalttätige Demonstrationen durchgeführt. Ab 1978 gewann die Massenbewegung der Moscheenetzwerke eine organisierte Gestalt.<sup>[S1]</sup> Diese Netzwerke sollten die Infrastruktur für die Proteste der Jahre 1978 bilden. Die Moscheen und die religiösen Zentren wurden täglich aktiver und mobilisierten die Massen.

Nach der Machtergreifung begann eine Geschichte der staatlich organisierten Mobilisierung der Massen, die bis heute die Bevölkerung zur Partizipation am Herrschaftssystem bewegen soll. Heute können nicht nur die Pseudo-Wahlen als Beispiel für die staatliche Mobilisierungsstrategie angeführt werden, sondern auch die Mobilisierung zur »Bassiji-Woche«, in der den minderjährigen Kämpfern, die gegen den Irak in den Krieg zogen, gedacht wird, und insbesondere die Mobilisierung für den Al-Quds-Tag (Jerusalem-Tag).

Im Jahr 1979 rief Khomeini zusammen mit anderen iranischen Klerikern erstmals zum Al-Quds-Tag auf. An diesem Tag sollte nicht nur weltweit für die Zerstörung Israels demonstriert werden. Die Revolution sollte als Modell für die Islamisierung der gesamten islamischen Welt exportiert werden. Khomeini forderte dazu die Gründung einer Partei, der Hesbollah, welche die Einheit aller Muslime in der Welt realisieren sollte.

Khomeini sagte im August 1979: »Jahrelang habe ich die Muslime der Welt vor der Gefahr gewarnt, die vom räuberischen Israel ausgeht. Israel hat in diesen Tagen seine Repressionen gegen unsere palästinensischen Brüder und Schwestern verstärkt. Insbesondere in Südlibanon wollen die Israelis die palästinensischen Kämpfer vernichten. Ununterbrochen bombardieren sie deren Häuser. Ich fordere alle Muslime der Welt und alle muslimischen Regierungen auf, den Usurpatoren und ihren Unterstützern die Hände abzuhacken. Und

ich lade alle Muslime der Welt dazu ein, gemeinsam den letzten Freitag im heiligen Monat Ramadan zum Al-Quds-Tag zu machen und ihre internationale muslimische Solidarität zur Unterstützung der legitimen Rechte des muslimischen palästinensischen Volkes zu erklären. Ich bitte den allmächtigen Gott um den Sieg der Muslime über die Gottlosen.«<sup>14</sup>

Mit dieser am 8. August 1979 in der iranischen Tageszeitung *Etelaat* veröffentlichten Botschaft des »Führers der islamischen Revolution« begann die Geschichte des Al-Quds-Tages. Eine Woche später, am 14. 8. 1979, druckte *Etelaat* auf der ersten Seite der Zeitung Photos von führenden Politikern der Islamischen Republik ab, die alle zur Unterstützung des Al-Quds-Tages aufgerufen hatten: Ayatollah Taleqani (linksislamistischer Kleriker), Basargan (damaliger Ministerpräsident und Mitglied der bis heute reformislamistischen »Nehsate Asadi«, der »Freiheitsbewegung«), Sahabi (Mitglied der »Nehsate Asadi«), Tabatabai (wurde wegen Opiumschmuggel hingerichtet) Haj Seyyed Javadi (bekannter Journalist, der ins Exil ging.)

Die Redaktion der Zeitung schrieb dazu: »Die Botschaft des Revolutionsführers zur Durchführung des Al-Quds-Tages beruht nicht nur auf Mitleid. Sie postuliert vielmehr die Einheit zweier Revolutionen, die Harmonie zwischen zwei Völkern und die Brüderlichkeit innerhalb einer gemeinsamen Umma, die mit den ihr gemeinsamen humanitären Zielen gegen den internationalen Imperialismus kämpft. Unser Volk ist gegenüber dem palästinensischen Volk moralisch verpflichtet. Viele unserer Kämpfer und Mujahiddin der Revolution haben in den militärischen palästinensischen Camps die Tradition des Kampfes gegen den Imperialismus gelernt. Sowohl die palästinensischen als auch die kubanischen Lager waren revolutionäre Schulen für die mutigen iranischen Kämpfer. Unsere palästinensischen Brüder waren in den ersten Tagen der Revolution ein Botschafter der Revolution im In- und im Ausland und haben immer die wahren Ziele unserer Revolution in der westlichen Welt verteidigt. [...] Von Beginn an hat der Iran in seinem unversöhnlichen Kampf gegen den Weltimperialismus des Westens und des Ostens auch Israel entschieden und wütend bekämpft. Denn der Kampf unseres Volkes gegen den US-Imperialismus schließt auch den Kampf gegen Israel ein, den aggressiven Polizisten Amerikas in der Region. In diesem Kampf steht das palästinensische Volk gemeinsam mit uns in einer Front. Der Iran hat seine Versprechen gehalten. Palästina hat inzwischen eine Botschaft in Teheran. Genau dort, wo zuvor die

israelische Botschaft war. Israel wird politisch boykottiert und jede Beziehung, die der Schah zu Israel unterhalten hat, wurde abgebrochen. [...] Die klare Niederlage Israels hängt ab von der materiellen und moralischen Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes. Der Al-Quds-Tag symbolisiert die Verbundenheit der revolutionären Muslime des Iran mit den arabischen Ländern und den Kämpfern Palästinas. Er ist ein weiterer Schritt zur muslimischen Einheit gegen die zionistische und imperialistische Front [...], in der Hoffnung, dass wir im nächsten Jahr die Früchte der revolutionären Solidarität der muslimischen Völker in der Region ernten können und Zeugen des Sieges des mutigen palästinensischen Volkes werden. Auf dass wir bald zusammen mit den Palästinensern in der Heimat ihrer Ahnen feiern werden.«<sup>15</sup>

„ **Als Khomeini an die Macht kam, wurde die Förderung der Zerstörung Israel zum Staatsprogramm.**

Am 16. August 1979 berichtete *Ettelaat*, dass auch Mitglieder der Armee in Uniform an den Al-Quds-Demonstrationen teilnehmen können. Das Militärpersonal sollte organisiert und zu Fuß von den Kasernen bis zum Ort der Demonstration marschieren. In derselben Ausgabe heißt es, dass »Millionen Muslime weltweit den Aufruf des iranischen Revolutionsführers gegen den Zionismus begrüßt haben.« Das iranische Außenministerium habe alle Botschafter der islamischen Staaten eingeladen, in Teheran am letzten Freitagsgebet im Fastenmonat Ramadan teilzunehmen. Folgende Staaten haben *Ettelaat* zufolge ihrer offiziellen Teilnahme zugestimmt: »Pakistan, Syrien, Bahrain, Libanon, Jordanien, Palästina und Kuwait.«

**Khomeinistischer Antijudaismus und eliminatorischer Antizionismus**

Das iranische Regime erkennt das Existenzrecht Israels nicht an. In Schulbüchern und in Medien wird behauptet, dass Zionisten mit Nazis zusammengearbeitet haben.<sup>16</sup> Gefolgt wird den Ideen des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini: Jenseits des eliminatorischen Antizionismus gibt es bei Khomeini antijüdische Ressentiments. Khomeini schrieb in seinem Hauptwerk *Welayate Faqih*, das 1970 in Beirut zum ersten Mal veröffentlicht wurde und das Ergebnis einer Vorlesungsreihe ist, die Khomeini 1969 in Najaf im irakischen Exil hielt: »Von Anfang an war die islamische Bewegung mit dem Judentum in Schwierigkeiten geraten. Sie haben mit der antiis-

lamischen Propaganda begonnen. Und wie Sie sehen, dauert es bis heute an.«<sup>17</sup>

An anderer Stelle schrieb Khomeini: »Israel führt gegenwärtig einen Krieg gegen die Moslems. Und diejenigen, die Israel befürworten, führen auch einen Krieg gegen die Moslems.«<sup>18</sup> Khomeini meint »die kolonialistische, unterdrückerische, verräterische, jüdische, christliche und materialistische Politik ist dabei, die Wahrheiten des Islam zu verdrehen. Sie versuchen die Muslime zu verführen. [...] Wir sehen heute, wie die Juden Änderungen im Koran vorgenommen haben. In den Koranausgaben, die in den besetzten Gebieten erschienen sind, haben sie Änderungen vorgenommen. Wir sind verpflichtet, diesen Verrat zu verhindern. Man muss schreien und die Bevölkerung darauf aufmerksam machen, damit deutlich wird, dass die Juden und ihre ausländischen Unterstützer mit den Grundsätzen des Islam nicht einverstanden sind. Sie wollen die jüdische Weltherrschaft errichten. Da sie eine listige und aktive Gemeinschaft sind, fürchte ich, dass sie ihr Ziel erreichen. Unsere Schwäche könnte dazu führen, dass eines Tages ein jüdischer Herrscher uns regiert. Gott bewahre uns vor einem solchen Tag. [...] Auch in Teheran gibt es kirchliche, zionistische und Baha'i-Propaganda, die die iranische Bevölkerung verführen will und vom Islam fern halten will. [...] Sie sind dabei, den Islam zu zerstören.«<sup>19</sup>

Als Khomeini an die Macht kam, wurde die Förderung der Zerstörung Israel zum Staatsprogramm. Er forderte im Namen der »Herrschaft des Gesetzes« das Ende Israels, so dass der Ruf »Tod Israel« zur Standardparole des islamischen Staates geworden ist. Khomeini fragte: »Bis wann soll euer Jerusalem unter den Stiefeln des Abschaums der Amerikaner und der Israelis unterdrückt werden? [...] Bis wann wollt ihr statt die Feinde des Islam zu bekämpfen und Jerusalem zu retten, auf die warme Waffe und militärische und göttliche Macht verzichten und mit versöhnlichen politischen Aktivitäten eure Zeit mit den Supermächten vergeuden?«<sup>20</sup> Es sei klar, dass »Israel und der Irak von der Geschichte des Islam entfernt werden müssen.«<sup>21</sup>

28 Jahre später warnte der angeblich moderate Politiker Rafsanjani ganz im Sinne Khomeinis vor Friedenskonferenzen mit Israel: »Solche Friedenskonferenzen bringen nicht mehr als Zeitverschwendung.«<sup>22</sup> Und kein Geringerer als Ex-Präsident Khatami postulierte: »Lasst uns beten, dass der Gott die Herzen der Palästinenser vereinigt, damit sie eine Einheit bilden und dass die islamischen Regierungen nebeneinander stehen.

[...] In vielen Staaten gibt es dafür Barrieren, aber im islamischen Iran gibt es keine Einschränkungen [...].<sup>23</sup>

Der Antizionismus und die antijüdische Haltung des iranischen Regimes sind die logische Konsequenz des islamischen Fundamentalismus. Der eliminatorische Antizionismus beinhaltet eine Kriegserklärung gegen rechtsstaatliche Demokratie und Moderne. Die Geschichte des Islamismus im Iran, die auf die konstitutionelle Revolution von 1905-06 zurückgeführt werden kann, zeigt, dass der Kampf für die Wiedereinführung des islamischen Staates als ein Moment der Gegenmoderne kaum etwas mit der Gründung des Staates Israels zu tun hat. Es handelt sich um ein totalitäres Projekt, das ein Projekt der modernen Demokratie bekämpft.<sup>[52]</sup>

Khomeini propagierte von der Stunde Null der islamischen Revolution an die Befreiung Jerusalems und die Zerstörung Israels. Im übrigen war es der ägyptische Präsident Nasser, der schon in den Jahren 1962-63 den islamischen Mob und Anhänger Khomeinis auf den iranischen Straßen mit Dollars finanzierte, damit diese gegen die sogenannte Weiße Revolution des Schahs protestieren. Nasser, der den arabischen Nationalismus gegen Israel organisierte, war ein Erzfeind des iranischen Schahs, der als proisraelisch galt. Entsprechend importierte nicht nur die iranische Linke, sondern auch die islamische Bewegung die antiisraelische Propaganda von Nasser. Es wurden die Schriften von Sayyid Qutb übersetzt, dem Vordenker der ägyptischen Moslebrüder und des modernen Djihadismus. Einer der Übersetzer von Qutb war der gegenwärtige iranische Führer Ali Khamenei.

Zurück in die Vergangenheit:

Um die heutigen Verschwörungstheorien über die »internationalen Zionisten«, die auch als externe »Sündenböcke« dienen,<sup>24</sup> nachzuvollziehen, ist es wichtig, einige Aspekte aus der Frühgeschichte des Islam zu betrachten. In Überlieferungen des Propheten Mohammad tauchen Zitate folgender Art auf: »Ihr werdet die Juden bekämpfen, bis einer von ihnen Zuflucht hinter einem Stein sucht. Und dieser Stein wird rufen: »Komm herbei! Dieser Jude hat sich hinter mir versteckt! Töte ihn!.«<sup>25</sup> Mohammad vertrieb die Juden aus Mekka. Der jüdische Stamm Bani Naseir<sup>26</sup> wurde nach einem zwanzigtägigen Krieg gezwungen, Medina zu verlassen, weil die Stammesangehörigen den Islam nicht annehmen wollten. Der Stamm Bani Qarise war militärisch völlig unterlegen und zog sich zurück. Bei einem Angriff töte-

ten die frühen Muslime mehr als 700 Mitglieder dieses jüdischen Stammes. Frauen und Kinder wurden gefangen genommen.<sup>27</sup>

Ayatollah Khomeini stellte direkte begriffliche Zusammenhänge zu dieser Zeit her. Beispielsweise wurden die Feinde des Islam von Mohammad als »Munafeqin« bezeichnet, die mit Juden zusammenarbeiteten. Heute werden die Feinde der Islamischen Republik als Munafeqin titulierte.<sup>28</sup>

David Menashri streicht heraus, dass Khomeinis islamische Doktrin die »Juden als minderwertige Wesen gegenüber den Muslimen betrachtet.«<sup>29</sup> Khomeini verglich auch den heutigen Kampf der Muslime gegen die Zionisten mit dem »Kampf des Islam gegen die Juden von Kheibar«<sup>30</sup> aus den Zeiten von Mohammad. Der Kampf gegen Israel wird als Taklife Sharii, als religiöse Pflicht aufgefasst.

Um diesen Kampf zu forcieren, muss der Feind dämonisiert werden: Kein Geringerer als der Organisator der Holocaust-Konferenz vom Dezember 2006 in Teheran, Mohammad Ali Ramin, ging so weit, dass er ernsthaft behauptete, die Mutter von Hitler sei eine Jüdin gewesen und Hitler habe Israel gegründet. Da die Großmutter und die Mutter von Hitler jüdische Prostituierte gewesen seien, habe er einen Hass gegen seine Mutter und die Juden entwickelt. Er habe dann in einem christlichen Kloster in Österreich Bildmaterialien und antijüdische Informationen erhalten. Hitler habe Gefühle der Solidarität und des Ekels für das Judentum gehegt. Dieser Dualismus habe sein Verhalten bestimmt. Einerseits seien alle seine Verwandten, seine Freunde und Gleichgesinnten, seine Geliebte und sein privater Arzt Juden gewesen. Andererseits begrüßte er laut Ramin aus zwei Gründen die Vertreibung der Juden aus Zentraleuropa: Die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina sei der Wunsch der reichen und einflussreichen Juden gewesen, die ihn umgaben. Zudem sei die Verbannung der Juden aus Europa und aus Deutschland ein allgemeiner und historischer Wunsch der westlichen und christlichen Völker. Schließlich konnte Hitler mit der Unterstützung der Engländer diese Wünsche erfüllen, so dass sein Beliebtheitsgrad unter den Europäern wuchs.<sup>31</sup>

Im selben Dokument ist die Behauptung nachzulesen, Juden hätten die Verreinigten Staaten gegründet, seien für den Ersten und Zweiten Weltkrieg verantwortlich und hätten das Archiv der russischen Zeitung *Prawda* zerstört. Die Anschläge des 11. September führt der Präsidentenberater auf die Konferenz von Durban im September

2001 zurück. Dort seien Juden kritisiert worden und daher habe der Mossad den Anschlag vom 11. 9. geplant, um sich zu rächen. Es handelt sich hier um die absurdesten Verschwörungstheorien, die von Staatswegen propagiert werden.

Die Khomeinisten relativieren den Holocaust, sie leugnen ihn nicht. Sie diskutieren Zahlen und setzen Kriegstote mit gezielten Pogromen gleich. Die Probleme von heute seien nicht mehr die Probleme, die nach dem Zweiten Weltkrieg existierten, sagt der iranische Präsident Ahmadinejad. Nicht der Nationalsozialismus sei das Problem, sondern Irak, Libanon, Palästina und Afghanistan. Ahmadinejad zielt zudem auf die in Österreich und Deutschland existierenden Instinkte der Schuldabwehr. Er fordert die westlichen Regierungen auf, sich nicht wegen der europäischen Geschichte des Antisemitismus und des Nazismus schuldig zu fühlen.

**„ Der Machtanspruch des Staates und dessen Wille zur Beherrschung der gesamten Gesellschaft ist totalitär. Totalitäre Herrscher versuchen eine gemeinsame Identität mit den Beherrschten herzustellen. Der islamisch verbrämte Staat bleibt entschlossen, alle staatlichen Organe zu instrumentalisieren, um seine Macht durchzusetzen. Auch wenn es bislang keinen Staat gab, der auf Dauer seine Allmacht der Gesellschaft aufzwingen konnte, reichen die beschriebenen totalitären Ansprüche aus, um im Falle des Iran von einer dritten Spielart totalitärer Herrschaftsformen zu sprechen.**

Im Iran sind sich die beiden Flügel, Reformislamisten und Hardliner, in der Sache der Leugnung des Existenzrechts Israels einig. Die islamistische Schuldprojektion ist unübertrefflich. Während die Erkenntnisse über die Verbrechen der Nazis an den Juden als übertrieben hingestellt und dadurch verharmlost werden, wird den israelischen Juden vorgeworfen, einen Völkermord an den Palästinenser zu begehen. Dies ist genau die islamistische Form des eliminatorischen sekundären Antisemitismus: Relativierung des Holocaust und Infragestellung des Existenzrechtes Israels. Ahmadinejad behauptet beispielsweise, dass der »wahre Holocaust« sich in Palästina abspiele.<sup>32</sup> Zynischerweise schlägt er vor, dass die Israelis von Deutschland und Österreich aufgenommen werden sollten.<sup>33</sup> Mal sind es auch Kanada und Alaska, welche den Israelis eine neue Heimat bieten sollen.<sup>34</sup>

Der khomeinistische Antisemitismus ist eine neue Form des eliminatorischen Antisemitismus. Dieser ist nicht rassistisch begründet. Der islamistische Antisemitismus betrachtet den einzigen demokratischen Staat im Nahen und Mittleren Osten als ein »Krebsgeschwür«, das militärisch eliminiert werden muss. Durch Ahmadinejads Reden wird das nun in der Weltöffentlichkeit diskutiert. Aber auch der Revolutionsführer Khomeini und der gegenwärtige religiöse Führer des Iran, Ali Khamenei, haben Israel nicht anerkannt. Khamenei hat schon vor Ahmadinejad die nationalsozialistische Judenvernichtung geleugnet und vom »Märchen des Holocaust« gesprochen.<sup>35</sup> Der Zeitung *Partosokhan* zufolge hat der religiöse Führer des Iran, Khamenei, schon im Jahr 2000 den Positionen des französischen Holocaustleugners Roger Garaudy zugestimmt, ohne seinen Namen zu nennen. Er hat die »Notwendigkeit der Freiheit von westlichen Wissenschaftlern« betont, die der zionistischen Geschichtsschreibung widersprechen würden.<sup>36</sup>

Man muss sich das Ausmaß der Perfidie bewusst machen, wenn sogar in Fernsehserien, die von Millionen Iranern gesehen werden, die Legende verbreitet wird, Zionisten hätten in den 30er Jahren einen iranischen Rabbiner getötet, damit die Juden ins damalige Palästina einreisen und Israel gründen. So wird der Hass gegen Israelis und jene Juden geschürt, die sich mit Israel identifizieren, was die Vertreter der Islamische Republik aber nicht daran hindert, stets ihre großherzige Liebe zur jüdischen Religion zu betonen.

### Anti-Baha'ismus

Die Verfolgung der Baha'i im Iran<sup>37</sup> geht einher mit Verschwörungstheorien. Moshe Sharon vergleicht in einer Studie die *Protokolle der Weisen von Zion* und die sogenannten *Memoiren* von Dolgorukov.<sup>38</sup> Die *Protokolle* sind Fälschungen und die *Memoiren* sind einfache Lügen. Die *Protokolle* waren ursprünglich eine satirische Schrift, ein Dialog zwischen Machiavelli und Montesquieu, geschrieben von dem Franzosen Maurice Joly. Diese Schrift erschien 1864 anonym. Ursprünglich spielen die Juden überhaupt keine Rolle. Diese Schrift erschien später auf russisch. Nun wurde den Juden vorgeworfen, die Welt zu beherrschen oder beherrschen zu wollen. Hitler profitierte von dieser Fälschung und die Islamisten setzen die Protokolle ein, um ihre Hasspropaganda fortzusetzen.

Ähnlich fungieren die sogenannte *Memoiren* von Count Dolgorukow. Diese erschienen zunächst 1943 in Khurasan im Iran, ein Jahr später in Teheran. In dieser Verschwörungsgeschichte wird propagiert, dass die Babi,<sup>39</sup> eine Vorläuferbewegung der Baha'i-Religion und die Baha'i den Beweis für eine Konspiration der Freimaurer und der jüdischen Zionisten liefern. Den Babi und den Baha'i wurde vorgeworfen, dass sie alles tun würden, um den Islam zu zerstören. Zudem gelten die Baha'i wie die Juden als die Subjekte der globalen Konspiration. Die Baha'i werden nicht nur in Iran, sondern in der gesamten islamischen Welt verfolgt, besonders in Ägypten. Baha'i sagen, dass Mohammad nicht der letzte Offenbarer Gottes gewesen ist, sondern dass nach ihm der Stifter der Baha'i-Religion erschienen sei. Ihnen wird vorgeworfen, die Welt beherrschen zu wollen. Da im Islam Mohammad als der »Siegel der Propheten« gilt, werden die Baha'i als blasphemische Abtrünnige betrachtet. Sie glauben nicht daran, dass die Scharia das letzte Wort Gottes ist. In den *Memoiren* werden Bab,<sup>40</sup> der als Vorläufer von Baha'u'llah gilt und Baha'u'llah, der Stifter der Baha'i-Religion, als russische Agenten dargestellt, die den Kollaps der islamischen Herrschaft herbeiführen wollten.

Wie stark die *Memoiren* bis heute wirken, zeigt eine Reihe von Artikeln, die in der iranischen Zeitung *Kayhan* erschienen sind. Die Texte sind inzwischen in einem Buch zusammengefasst worden. Als Beweis dafür, dass Baha'i russische Agenten des Zarenreiches seien, wird der Bau eines Tempels in Eshqabad genannt. Der Tempel wurde noch unter sowjetischer Herrschaft zerstört. Dann sollen die Baha'i britische Agenten geworden sein und mit den Freimaurern in Verbindung gestanden haben.<sup>41</sup> Dann heißt es, dass neue Dokumente belegen würden, dass die Baha'is mit den Bolschewisten und dem KGB zusammengearbeitet haben.<sup>42</sup>

Der Baha'i-Glaube wird nicht als Religion, sondern als eine zionistische Angelegenheit dargestellt: »Die Baha'i-Religion ist eine Sekte, die die zionistischen Aktivitäten in den islamischen Ländern eigentlich verdecken sollte, um die Säulen der islamischen Herrschaft zu zerstören. Juden wollten unter dem Deckmantel der Baha'i-Religion die islamische Welt unterwandern.«<sup>43</sup> Die Baha'i seien »internationale Zionisten«<sup>44</sup> und hätten den Juden geholfen den »jüdischen Staat« zu errichten.<sup>45</sup> Zwar seien die Erfinder des Baha'i-Glaubens Russen und Engländer, aber natürlich hätten die Amerikaner die Baha'i gestärkt.

Diese Verschwörungstheorien sind die Grundlage für die heutige Verfolgung und Diskriminierung der Baha'i im Iran, wo sie beispielsweise nicht in Universitäten studieren dürfen und immer wieder ins Visier der staatlichen und pseudostaatlichen Organe geraten.

### Dritte Spielart des Totalitarismus

Der Machtanspruch des Staates und dessen Wille zur Beherrschung der gesamten Gesellschaft ist totalitär. Totalitäre Herrscher versuchen eine gemeinsame Identität mit den Beherrschten herzustellen. Der islamisch verbrämte Staat bleibt entschlossen, alle staatlichen Organe zu instrumentalisieren, um seine Macht durchzusetzen. Auch wenn es bislang keinen Staat gab, der auf Dauer seine Allmacht der Gesellschaft aufzwingen konnte, reichen die beschriebenen totalitären Ansprüche aus, um im Falle des Iran von einer dritten Spielart totalitärer Herrschaftsformen zu sprechen.

Die totalitären Machtorgane des Führers, des Wächterrates, des Nationalen Sicherheitsrates, des Expertenrates, der Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen sollen das politische System der Diktatur in jeglicher Hinsicht stabilisieren. Dies erfordert eine technologische Modernisierung der Wirtschaft, des Militärs und der gesamten staatlichen Strukturen. Vor dem Hintergrund des iranischen Raketenprogramms und des Atomprogramms wird die dritte Spielart des Totalitarismus auch ein Problem für Europa.

Die islamische Herrschaft gilt in der staatlichen Doktrin der Islamischen Republik Iran als etwas Absolutes. Daher forderte Ahmdinejad auf der Generalversammlung der UNO eine Islamisierung der Welt, damit ‚Frieden‘, ‚Liebe‘ und ‚Gerechtigkeit‘, wie sie in der zynischen und ideologischen Vorstellungswelt des iranischen Präsidenten aussehen, eines Tages herrschen werden.<sup>46</sup>

Die Islamische Republik Iran hat ihre ganz eigene »Friedensvision«: eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten, die folgendes zur Bedingung hat: Abzug aller westlichen Mächte, Sturz der prowestlichen Regierungen durch Unterstützung der islamisch-revolutionär-terroristischen Bewegungen, Zerstörung Israels, Schaffung von Gottesstaaten in der gesamten islamischen Welt und, als Endziel, die Islamisierung der gesamten Welt.

Das Atomprogramm des Iran wird vor dem Hintergrund der mahdistischen Staatsdoktrin<sup>47</sup> besonders virulent. Wenn der Iran das Potential zum Bau der Atombombe bekommt – und er ist auf dem besten Wege dahin – wird eine atomare Aufrüstungspolitik die Folge sein, die Kriege im 21. Jahrhundert sehr wahrscheinlich macht. Durch eine khomeinistische Atombombe würden alle Bemühungen um eine Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Nuklearwaffen im Nahen und Mittleren Osten zunichte gemacht. Es sei daran erinnert, dass die offiziell nicht deklarierte israelische Atombombe niemals solche Reaktionen in der arabischen Welt hervorgerufen hat. Trotz aller Konflikte hat das israelische Atomprogramm nicht zu einem Wettrüsten mit den arabischen Nachbarn geführt. Das bedeutet, dass eine iranische Atombombe von den arabischen Ländern um vieles mehr gefürchtet wird als die israelische. Die iranische Atombombe würde ein weltweites atomares Wettrüsten provozieren. Nicht nur Ägypten, Saudi-Arabien und die Türkei, sondern beispielsweise auch Japan und Brasilien, Argentinien und Südkorea könnten auf den Geschmack der Atombombe kommen.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Siehe auch: Wahdat-Hagh, Wahied: Mullakkratie und Wahnsinn, in: vorgänge 144, Dezember 1998, S.16-18, derselbe: Die zynische Diktatur im Iran, vorgänge 147, September 1999, S.22-26, derselbe, Islamistische Charisma und totalitäre Herrschaft, vorgänge 160, Dezember 2002, S.56-58, derselbe: Islamistische Herrschaft als eine Form des Totalitarismus, in vorgänge 173, März 2006, S.45-53

<sup>2</sup> Nach einer Definition der EUMC ist dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen als Antisemitismus zu betrachten: Siehe: [http://honestlyconcerned.info/was\\_ist\\_antisemitismus.html](http://honestlyconcerned.info/was_ist_antisemitismus.html)

<sup>3</sup> Siehe: Wahdat-Hagh, Wahied, Die Welt, Mehr als eine Predigt, 28.9.2007 <http://debatte.welt.de/kolumnen/73/periskop/40627/iran+mehr+als+eine+predigt>

<sup>4</sup> Die »Islamische Republik Iran« kennt keinen republikanischen Geist und hat daher den Namen Republik nicht verdient.

<sup>5</sup> Das Wort Allah heißt »Gott« und ist mit dem hebräischen Wort Elohim verwandt und wird mit »Gott« übersetzt.

<sup>6</sup> Toynbee, Arnold Josef, Der Gang der Weltgeschichte, Tübingen 1980, S.375.

<sup>7</sup> Kennedy, Paul, Aufstieg und Fall der großen Mächte, Ffm 1989, S.30.

<sup>8</sup> Lewis, Bernard, Die Araber, München 2002, S.59f.

<sup>9</sup> Gleichzeitig wird hier betont, dass keine falschen Rückschlüsse auf die Lage der Muslime in der Diaspora gezogen werden darf, denn die radikalen Kräfte bleiben eine Minderheit. Paar Zahlen aus Deutschland.

<sup>10</sup> Zitiert nach Bosworth, Edmund, Die Heere des Propheten, Waffen, Strategie und Taktik der islamischen Kriegsführung, in:

Lewis, Bernhard (Hg.), Welt des Islam, Geschichte und Kultur im Zeichen des Propheten, München 2002, S. 202

<sup>11</sup> Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980, S.654ff, 474-482 und zur hierokratischen Herrschaft: S.688.

<sup>12</sup> Laszlo, Ervin, Die neue Synthese, Wege in die Zukunft, Wien, 1987, S.159.

<sup>13</sup> Kurzman, Charles, The Unthinkable Revolution in Iran, Cambridge 2004, S.21.

<sup>14</sup> Ettelaat, 8.8.1979

<sup>15</sup> Ettelaat, 14.8.1979

<sup>16</sup> Wahdat-Hagh, Wahied, Hasspropaganda als Krimi, <http://debatte.welt.de/kolumnen/73/periskop/39615/iran+hass+propaganda+als+krimi>

<sup>17</sup> Khomeini, Welayate Faqih, Teheran 1997, S.3

<sup>18</sup> Ebenda, S.109

<sup>19</sup> Ebenda, S.116f.

<sup>20</sup> Khomeini, Masaele Siasi wa Hoquqi, Teheran 1980, S.349f

<sup>21</sup> Ebenda, S.351

<sup>22</sup> Farsnews, 5.10.2007, <http://www.farsnews.com/newstext.php?nn=8607130232>

<sup>23</sup> ISNA, 5.10.2007, <http://www.isna.ir/Main/NewsView.aspx?ID=News-1009466> und HC: 9.10.2007

<sup>24</sup> Momen, Moojan, An introduction to Shi'ī Islam, London 1985, S.237.

<sup>25</sup> Sahih al-Buhari, Nachrichten von Taten und Aussprüchen des Propheten Muhammad, Stuttgart 1991, S.310f.

<sup>26</sup> Soroush, Mohammad, Din wa Dowlat dar andisheye Eslami. Teheran 2000, S.206

<sup>27</sup> Qadimi, Rias: Seyyed Rossol Hasrat Mohammad, Islam wa masaebe digar. Totonto 1988, S.24ff. und S.141

<sup>28</sup> Momen, Moojan, An introduction to Shi'ī Islam, London 1985, S.5.

<sup>29</sup> Menashri, David, Iran, the jews and the holocaust. <http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2005/menashri.html>

<sup>30</sup> zit. n. ebenda

<sup>31</sup> Ein Dokument des islamischen Antisemitismus (HC 7. 1. 2007) <http://honestlyconcerned.info/bin/articles.cgi?ID=IR5307&Category=ir&Subcategory=19>

<sup>32</sup> <http://www.memritv.org/Transcript.asp?P1=1034>

<sup>33</sup> <http://www.memritv.org/Transcript.asp?P1=956>

<sup>34</sup> <http://www.memritv.org/Transcript.asp?P1=963>

<sup>35</sup> HC, 27.2.2007, Der religiöse Führer des Iran leugnete den Holocaust lange vor Ahmadinejad, <http://honestlyconcerned.info/bin/articles.cgi?ID=IR8407&Category=ir&Subcategory=19>

<sup>36</sup> Partosokhan, 21.2.2007, S.3

<sup>37</sup> <http://denial.Bahai.org/>

<sup>38</sup> HC, 16.6.2007, Sharon, Moshe, The »Memoires of Dolgorukov and the Protocols of The Elders of Zion«, <http://honestlyconcerned.info/bin/articles.cgi?ID=IR12607&Category=ir&Subcategory=19>

<sup>39</sup> Siehe: <http://www.bahai.org/dir/thebab>

<sup>40</sup> Siehe: <http://www.bahai.de/bahai-religion/geschichte/>

<sup>41</sup> Daftare Pajuheshhaye Moaaseye Keyhan, Sayeye Roshan Baha'iat, Teheran 2006 S.36, 38f.

<sup>42</sup> ebenda, S. 113.

<sup>43</sup> ebenda, S. 114

<sup>44</sup> ebenda, S. 136

<sup>45</sup> ebenda, S. 124

<sup>46</sup> Siehe: Wahdat-Hagh, Wahied, *Die Welt, Mehr als eine Predigt*, 28.9.2007

<http://debatte.welt.de/kolumnen/73/periskop/40627/iran+mehr+als+eine+predigt>

<sup>47</sup> Sayvon, Mansharof,

<http://memri.org/bin/articles.cgi?Page=countries&Area=iran&ID=IA35707>



## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

**Martin Dulig**, geboren 1974 in Plauen, nach seiner Berufsausbildung zum Maurer mit Abitur arbeitete er als Jugendbildungsreferent im SPD-Landesverband Sachsen. Von 1998 bis 2004 studierte er an der TU Dresden Erziehungswissenschaft und arbeitete während dieser Zeit als Trainer in der Erwachsenenbildung. In die SPD ist er 1992 eingetreten und wurde 1999 zum Landesvorsitzenden der Jusos gewählt. Seit 2004 ist er Mitglied des Sächsischen Landtages und seit dem 21.9. 2007 Vorsitzender der SPD-Fraktion. Martin Dulig ist ev.-luth., verheiratet und Vater von sechs Kindern.

**Dr. Norman Geißler**, Studium der Diplompsychologie, promovierte zum Thema »Pädagogische Interventionsmöglichkeiten gegen Antisemitismus«. Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt zu Rechtsextremismus »Vom Rand zur Mitte« im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit dem 1. Januar 2008 arbeitet er am Innovation Center for computer-assisted surgery am Uniklinikum Leipzig.

**Dr. Georg M. Hafner**, geb. 1947 in Heidelberg, Studium der Kunstgeschichte und Germanistik, 1976 Promotion, seit 1988 Abteilungsleiter Fernsehen Politik und Gesellschaft beim Hessischen Rundfunk. Seit 1988 Kommentator bei den ARD-Tagesthemen, Autor zahlreicher Filmdokumentationen, Grimme- und Buber-Rosenzweig-Preisträger

**Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke**, geboren 1952, war von 1979 bis 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Privatdozent an der Universität Frankfurt am Main. Seit 1996 ist er Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege in Berlin. Er hat zahlreiche Bücher zum Thema Rechtsextremismus veröffentlicht.

**Dr. Matthias Küntzel**, geboren 1955, ist Politikwissenschaftler und Publizist. Er ist externer Mitarbeiter des Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism (SICSA) an der Hebrew University in Jerusalem sowie Vorstandsmitglied der internationalen Wissenschaftlervereinigung »Scholars For Peace In The Middle East«. Seine Texte über die Themenbereiche Islamismus, Antisemitismus und Iran wurden in über 10 Sprachen übersetzt und die englische Übersetzung seines Buches »Djihad und Judenhass« (»Jihad and Jew-Hatred. Islamism, Nazism and the Roots of 9/11«) mit dem »Grand Prize« des London Book Festival 2007 ausgezeichnet. Zuletzt erschien von ihm das Buch: Islamischer Antisemitismus und deutsche Politik, LIT-Verlag Münster, 2007.

**Dr. Hans-Wilhelm Pietz**, geboren 1956 in Berlin-Weißensee, Regionalbischof im Sprengel Görlitz der Evangelischen Kirche von Berlin Brandenburg schlesische Oberlausitz.

**Prof. Dr. Karol Sauerland** ist Professor für deutsche Literatur und Ästhetik an den Universitäten von Warschau und Thorn. Er studierte in Berlin und Warschau Mathematik und Germanistik. Neben mehreren Büchern zur Literaturwissenschaft und Philosophie veröffentlichte er zahlreiche Artikel (z.B. über Hermann Broch) und Essays zur Literaturbetrachtung und zu aktuellen politischen Themen in internationalen Zeitschriften und Anthologien. Karol Sauerland ist Vorsitzender der Philosophischen Gesellschaft Warschau. 1995 erhielt er den Förderpreis für deutsche Sprache und Literatur in Mittel- und Osteuropa der Alexander-von-Humboldt-Stiftung.

**Rudolf W. Sirsch** M.A., geboren 1954, Kaufmann, Studium der ev. Theologie, Philosophie und Dipl.-Pädagogik, Familientherapeut, Generalsekretär des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und Geschäftsführer der Buber-Rosenzweig-Stiftung

**Dr. Wahied Wahdat-Hagh**, geboren 1957 in Ludwigsborg, er ist Senior Research Fellow bei der »European Foundation for Democracy« in Brüssel. Er promovierte an der Freien Universität Berlin. 2003 erschien seine Dissertation: »Die islamische Republik Iran'. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus«.

**Dr. Juliane Wetzel**, geboren 1957, Promotion in Geschichte und Kunstgeschichte, seit 1996 wiss. Angestellte am Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin, Geschäftsführende Redakteurin des Jahrbuchs für Antisemitismusforschung, Mitglied Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research als Vorsitzende der Akademischen Arbeitsgruppe.

**Dr. Andreas Zick**, geb. 1962, Studium der Psychologie und Theologie, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Vertretung der Professur Sozialpsychologie an der TU Dresden 2006-2007, Vertretungsprofessur in Jena seit September 2007, Leiter des Projekts »Group Focused Enmity in Europa«.



## Jahrgang 2007

9/07 – **EÖV3 (Europäische Ökumenische Versammlung): 3. Etappe: Ökumenische Begegnung in Wittenberg** – 60 Seiten / 5,10 €

10/07 – **Franz Rosenzweig: Leben und Werk als Herausforderung für Juden und Christen heute** – 72 Seiten / 5,90 €

10a/07 – **50 Jahre Evangelische Militärseelsorge** (Festakt, historischer Rückblick) – 24 Seiten / 3,40 €

11-12/07 – **»Die EKD auf dem Weg zu einer neuen Friedensdenkschrift«** (Diskussionsbeiträge 2001-2006) – 76 Seiten / 5,90 €

13/07 – Themen: **Gehört Religionspolitik zur europäischen Staatsräson?** (Bundesminister Wolfgang Schäuble) – **Kirche und Verfassungsordnung** (Bischof Wolfgang Huber) – 20 Seiten / 2,60 €

14-15/07 – **Gemeinsam Kirche sein.** Ökumenische Herausforderungen und Perspektiven für das Zusammenleben von christlichen Gemeinden unterschiedlicher Sprache und Herkunft (Tagung von ACK und EKD-Kirchenamt) – 76 Seiten / 5,90 €

16/07 – **Stasi-Aufarbeitung in der Thüringer Landeskirche** (Dokumentation einer Tagung in der Evangelischen Akademie Thüringen) – 64 Seiten / 5,40 €

17-18/07 – **Kontroverse um die »Bibel in gerechter Sprache«** [1] (Auswahl von Diskussionsbeiträgen und Stellungnahmen zum Thema) – 84 Seiten / 6,40 €

19/07 – **»Das bedingungslose Grundeinkommen: nicht unbedingt eine gute Idee«** (Beiträge aus dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD) – 28 Seiten / 3,40 €

20/07 – Themen: **Taufanerkennung** (Gottesdienst in Magdeburg) – **Reform in der EKHN** (Perspektivpapier) – **Evangelische Publizistik** (Referat Udo Hahn) – 24 Seiten / 3,40 €

21/07 – **»Sozialethik als politische Kraft«** (Kirchliche Stellungnahmen 10 Jahre nach dem Gemeinsamen Sozialwort der Kirchen, Evangelische Akademie zu Berlin) – 28 Seiten / 3,40 €

22/07 – **Bericht der Meissen Kommission** (Kirche von England und Evangelische Kirche in Deutschland 2002-2006) – 52 Seiten / 5,10 €

23/07 – **»Sola scriptura« – Zur Aktualität des protestantischen Erbes** (Texte eines Symposiums von Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland zur kritischen Auseinandersetzung mit der »Bibel in gerechter Sprache«) – 40 Seiten / 4,10 €

24/07 – **Christen und Muslime in Deutschland** – Reaktionen auf eine Handreichung des Rates der EKD – 76 Seiten / 5,90 €

25/07 – **Konzentration auf die Zukunft!** Die wichtigsten Fakten zur Situation der Kirche aus kirchen- und religionssoziologischer Sicht (Sozialwissenschaftliches Institut der EKD) – 36 Seiten / 4,10 €

26/07 – **31. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Köln (1)** – 72 Seiten / 5,90 €

27/07 – **Islamismus und christlicher Fundamentalismus – Herausforderungen der Moderne?** (Evangelische Akademie im Rheinland) – 56 Seiten / 5,10 €

28/07 – **31. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Köln (2)** – 76 Seiten / 5,90 €

29/07 – **Die Wiederkehr der Religion** (Tagung der Evangelischen Akademie Baden) – 48 Seiten / 4,60 €

30/07 – **»Antworten auf Fragen zu einigen Aspekten bezüglich der Lehre über die Kirche«** (Vatikan-Papier zum Kirchenverständnis) – 24 Seiten / 3,40 €

31/07 – **Tradition erneuern – Glauben stärken** (Beiträge zur Debatte um die »Bibel in gerechter Sprache« [3]) – 40 Seiten / 4,10 €

32/07 – **Christlicher Schöpfungsglaube und naturwissenschaftliches Weltverständnis** (Beiträge zur »Kreationismus«-Debatte) – 40 Seiten / 4,10 €

34/07 – **»Wenn wir die Armen unser Herz finden lassen...« – Kirchengemeinden aktiv gegen Armut und Ausgrenzung** (Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche Deutschland) – 48 Seiten / 4,60 €

35/07 – **Rechtsextremismus in der Gesellschaft – Und Kirche? Zum gesellschaftlichen und kirchlichen Umgang mit Rechtsextremismus** (Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen) – 52 Seiten / 5,10 €

36/07 – **»Herzen gewinnen«** – (Fundraising-Forum Hessen und Nassau 2007) – 44 Seiten / 4,60 €

37/07 – **»Ökumene lebt im und vom gemeinsamen Engagement für das Evangelium«** (Beiträge zum Stand der Ökumene) – 32 Seiten / 4,10 €

38/07 – **Um Himmels Willen – Fundraising und Gemeindeaufbau** (Ergebnisse einer Fundraising-Werkstatt der Evangelischen Landeskirche in Baden) – 36 Seiten / 4,10 €

39/07 – **Menschenwürde zwischen Selbstbestimmung und Lebensschutz – christlich handeln am Lebensende** (Referate der Hospiztagung der hessischen Caritas-Diakonie-Konferenz) – 36 Seiten / 4,10 €

40/07 – **Das Ethos fürsorglicher Praxis im Wandel – Befunde einer empirischen Studie** (Sozialwissenschaftliches Institut der EKD und Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen) – 48 Seiten / 4,60 €

Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik gGmbH  
Verlag/Vertrieb  
Postfach 50 05 50  
60394 Frankfurt am Main

41-42/07 – **Dritte Europäische Ökumenische Konferenz**  
(Schlussbotschaft und eine Auswahl von Grußworten,  
Vorträgen, Berichten und Predigten) – 84 Seiten / 6,40 €

43/07 – **Stimme der katholischen Kirche** (Kardinal Karl  
Lehmann im epd-Interview) – 40 Seiten / 4,10 €

44/07 – **Das Islambild in Deutschland** (Deutsches Institut  
für Menschenrechte); »**A Common Word Between Us  
and You**« (Offener Brief von 138 Islamgelehrten) –  
44 Seiten / 4,60 €

45/07 – Themen: **VELKD-Generalsynode 2007** (Berichte  
und Beschlüsse) – **Friedensdenkschrift der EKD: Aus  
Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen**  
(Auszüge) – 52 Seiten / 5,10 €

46/07 – »**Zwischen Taufschein und Reich Gottes –  
Kirchenmitgliedschaft im Spannungsfeld von Freiheit  
und Verbindlichkeit**« (Tagung der Evangelischen  
Akademie zu Berlin) – 60 Seiten / 5,10 €

47/07 – **EKD-Synode (1)**: Bericht des Rates der Evan-  
gelischen Kirche in Deutschland und Berichte der Wer-  
ke (Auszüge) – 72 Seiten / 5,40 €

47a/07 – **Ökumenischer Lagebericht 2007** –  
24 Seiten / 3,40 €

48/07 – **EKD-Synode (2)**: Texte zum Schwerpunk-  
tthema »evangelisch Kirche sein« – 28 Seiten / 3,40 €

49/07 – **EKD-Synode (3)**: Beschlüsse, Haushalt,  
Predigten, Grußworte (Auswahl) – 44 Seiten / 4,60 €

50/07 – **Christus befreit – darum Kirche für andere!**  
(35 Jahre nach dem Vortrag von Heino Falcke vor  
der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in  
der DDR / Tagung der Evangelischen Akademie  
Thüringen) – 68 Seiten / 5,40 €

51/07 – **Das Sterben leben – Entscheidungen am  
Lebensende aus evangelischer Perspektive**  
(Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund) –  
28 Seiten / 3,40 €

52/07 – **50 Jahre Arnoldshainer Abendmahlsthesen**  
(Festakt von UEK, EKHN und Ev. Akademie  
Arnoldshain) – 28 Seiten / 3,40 €

## Jahrgang 2008

1/08 – GKKE: **Rüstungsexportbericht 2007** –  
52 Seiten / 5,10 €

2/08 – **Gegen den Strom. Gewissensentscheidungen  
in der NS-Zeit und heute** (Tagung der Martin-  
Niemöller-Stiftung) – 68 Seiten / 5,40 €

3/08 – **Überlegungen zur Versachlichung der Dis-  
kussion um einen gesetzlichen Mindestlohn** (Sozial-  
ausschuss der Evangelischen Kirche von Westfalen) –  
16 Seiten / 2,60 €

4/08 – **Selbstkritische Betrachtungen zum jüdisch-  
christlichen Verhältnis** (Studientage des Thüringer  
Predigerseminars 1994-2006) – 32 Seiten / 4,10 €

5/08 – »**Lust auf Gemeinde**« (Erste Ideenmesse der  
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau) –  
32 Seiten / 4,10 €

6/08 – **Kirche in der Stadt** (Texte der EKD-  
Konsultation Kirche und Stadt; Auszüge aus der EKD-  
Studie »Gott in der Stadt«) – 48 Seiten / 4,60 €

7/08 – **Stammzellforschung** (Tagung des Wiener Insti-  
tuts für Ethik und Recht in der Medizin und der Bio-  
ethikkommission beim österreichischen Bundeskanz-  
leramt) – 40 Seiten / 4,10 €

8-9/08 – »**Antisemitismus und Rechtsextremismus in  
Deutschland und Polen**« (Tagung der Gesellschaft für  
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Görlitz und der  
Friedrich-Ebert-Stiftung) – 76 Seiten / 5,90 €

8a/08 – **Wichernjahr 2008** (Ansprachen, Leitsätze zur  
Eröffnung des Wichernjahres) – 20 Seiten / 2,60 €

Der Informationsdienst  
**epd-Dokumentation**  
(ISSN 1619-5809) kann im  
Abonnement oder einzeln  
bezogen werden.  
Pro Jahr erscheinen mindes-  
tens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:  
GEP-Vertrieb  
Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt,  
Tel.: (069) 58 098-191.  
Fax: (069) 58 098-226.  
E-Mail: [vertrieb@gep.de](mailto:vertrieb@gep.de)  
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monat-  
lich 23,60 € inkl. Versand (mit  
Zugang zum digitalen Archiv:  
27,50 €). E-Mail-Bezug im PDF-  
Format (Preis auf Anfrage). Die  
Preise für Einzelbestellungen  
sind nach Umfang der Ausgabe  
und nach Anzahl der Exemplare  
gestaffelt.

Die Liste oben enthält den  
Preis eines Einzel Exemplars;  
dazu kommt pro Auftrag eine  
Versandkostenpauschale (inkl.  
Porto) von 2,30 €.

**epd-Dokumentation** wird auf  
chlorfrei gebleichtem Papier  
gedruckt.